



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die US-Medienpolitik während des Vietnamkrieges – Ein
Vergleich der Informationspolitik der amtierenden
US-Präsidenten“

verfasst von / submitted by

Nathan Carbajal

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 482

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde und
Polit.Bildg. UF Bewegung und Sport

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Alois Ecker

Danksagung

Während meinem Studium und bei der Erstellung der vorliegenden Diplomarbeit hat mich eine Vielzahl an Personen unterstützt denen ich auf diese Weise danken möchte.

Ich danke daher Professor Ecker dafür, dass er das Thema angenommen und mich bei der Erarbeitung der Fragestellung in die richtige Richtung geleitet und meine Diplomarbeit betreut hat.

Der Freundin meiner Schwester Stefanie, meiner Arbeitskollegin Gertraud und meinem Schwiegervater Gerhard danke ich dafür, dass sie die sich die Arbeit durchgelesen und mich auf Ungereimtheiten aufmerksam gemacht haben.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern, die mich all die Jahre durch das Studium begleitet, unterstützt und gefördert haben. Meiner Schwester Melanie danke ich, dass sie mich immer wieder ermutigt hat weiterzumachen.

Mein innigster Dank gilt meiner Frau Christine, die mich immerzu motivierte zu einem Abschluss zu kommen und mich fachlich sehr unterstützt hat. Meinen Kindern Konstantin und Marlene danke ich dafür, dass sie einfach da waren und mir oft die Ablenkung gaben um mich auf andere Gedanken zu bringen.

Vorwort

Der Beweggrund für die Wahl des Themas war die Teilnahme am Fachpraktikum für Geschichte an einer modularen Oberstufe in Wien. Meine Aufgabe war es, in einer der Einheiten mit den Schülerinnen und Schülern einer 8. Klasse den Umgang der US-Regierung mit den Medien während des Vietnamkrieges zu bearbeiten. Als ich mich im Zuge meiner Vorbereitungen für die Unterrichtseinheit dazu einlas, weckte dies aufs Höchste mein Interesse an der Thematik. Ich beschäftigte mich daher im Anschluss zum Fachpraktikum aus Neugier weiter mit der US-Medienpolitik während des Vietnamkrieges und fasste den Entschluss, sie zum Thema meiner Diplomarbeit zu machen. Ich glaube die Thematik war insofern interessant, da sie mir einen Einblick zu Aspekten der Geschichte bot, mit denen ich während meines Studiums eher wenig konfrontiert wurde. Natürlich wird die amerikanische Geschichte bis zu einem gewissen Teil im Rahmen des Geschichtstudiums behandelt, doch was den Vietnamkrieg betraf, hatte ich das Gefühl, dass dieser nur gestreift wurde und sich das eigene Wissen oft auf bekannte Hollywoodfilme, die sich diesem Thema widmeten, stützte. Davon ausgehend waren es vielleicht auch die Filme, die dazu beitrugen, dass sich mehr Interesse zu dem Thema entwickelte, da doch eine gewisse Neugier bestand zu erfahren, wie sich manche Ereignisse wirklich zugetragen hatten. Ein anderer Aspekt war auch die Rolle der Kriegsberichterstatterinnen und Kriegsberichterstatter zu dieser Zeit. Korrespondentinnen und Korrespondenten, die aus anderen Ländern berichten, ist man zwar aus den Nachrichten im Fernsehen, Radio und Printmedien gewöhnt, aber im Grunde wird ihre Funktion als Berichterstatter einfach hingegenommen, ohne weitere Hintergründe zu kennen. Umso faszinierender war daher der Einblick in ihre Arbeit und unter welchen widrigen Umständen die Kriegsberichterstatterinnen und Kriegsberichterstatter für ihre Berichte und Reportagen recherchieren mussten. Diese Arbeit weißt somit auch Elemente anderer Disziplinen auf, insbesondere der Publizistik bzw. Medien- und Kommunikationsgeschichte. Einen ebenfalls großen Schwerpunkt fällt dem Bereich der politischen Bildung zu. Hier lag mein Interesse vor allem daran, von den Methoden und Strategien zu erfahren welche die US-Regierung anwandte, um Informationen über den Kriegsverlauf oder die Kriegsziele zu verheimlichen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	9
1. Geschichtlicher Hintergrund	11
1.1. Vietnam als französische Kolonie.....	11
1.2. Die Amerikaner ersetzen die Franzosen	12
1.3. Aktiver Kriegseintritt der USA.....	15
1.4. Vietnamisierung.....	20
2. Krieg und Medien	23
3. Medienlandschaft	29
3.1. Presse	29
3.2. Radio.....	29
3.3. Fotoreporter	30
3.4. Fernsehen	31
4. Kriegsberichterstattung und Berufsbild	34
4.1. Prinzipien der Kriegsberichterstattung.....	37
4.2. Motivation.....	40
4.3. Konfliktsituationen	42
4.3.1. Niederlage bei Ap Bac.....	44
4.3.2. Operation Rolling Thunder.....	45
4.3.3. Konflikte mit Kollegen und Kolleginnen	46
5. Wende der visuellen Kriegsberichterstattung	48
5.1. Die Exekution von Nguyen Van Lem	48
5.2. Das Massaker von My Lai.....	49
5.3. Kim Phuc – Das Mädchen auf dem Bild	49

6. Inszenierung und Propaganda	51
7. Veränderung der Informationspolitik	54
7.1. Pressepolitik unter Kennedy	54
7.1.1. Anfängliche Beziehung zu den Medien.....	55
7.1.2. Cable 1006	58
7.1.3. Kritik nach Ap Bac	59
7.1.4. Uneinigkeit der Medien	61
7.2. Pressepolitik unter Johnson.....	61
7.2.1. Der Golf von Tonkin Zwischenfall	62
7.2.2. Wachsende Kritik.....	67
7.2.3. Einsatz von Bodentruppen.....	69
7.2.4. Cam Ne	71
7.2.5. Salisburys Bericht aus Nordvietnam.....	75
7.2.6. Tet Offensive	77
7.3. Pressepolitik unter Nixon	81
7.3.1. Angriff auf die Presse.....	82
7.3.2. Ausweitung des Krieges	85
7.3.3. My Lai	87
7.3.4. Kambodscha und Laos	88
7.3.5. Die Pentagon Papiere	90
8. Resümee	93
9. Literatur	97
9.1. Zeitungsartikel der New York Times.....	96

Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Informationspolitik der während der Zeit des Vietnamkrieges amtierenden US-Präsidenten. Von Relevanz sind vor allem die medienpolitischen Strategien der US-Regierungen, die angewandt wurden, um Informationen bezüglich des Südostasienskonflikts zum eigenen Vorteil zu nutzen. Ziel der Arbeit ist es daher, die Diskrepanz zu den Medieninformationen, die sich daraus ergaben, aufzuzeigen. Die Thematik wurde so aufgeteilt, dass sie sich in sieben Kapitel aufgliedert.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit dem geschichtlichen Hintergrund des Vietnamkrieges, in dem vor allem die amerikanische Phase des Krieges beschrieben und die Ursachen für den Kriegseintritt beleuchtet werden.

Im darauffolgenden Kapitel gibt es einen kurzen historischen Einblick in die Wechselbeziehung zwischen Krieg und Medien im Allgemeinen.

Das dritte Kapitel setzt sich mit der Medienlandschaft der damaligen Zeit auseinander und stellt einen Querschnitt von Printmedien, Radio und Fernsehen dar.

Im vierten Kapitel widme ich mich der Kriegsberichterstattung und ihren Akteuren. Hier wird sowohl das Berufsbild der Kriegsreporterin und des Kriegsreporters als auch deren Motivation, aus einem Krisengebiet zu berichten, ausgeführt. Dabei soll auch die Frage geklärt werden, welchen Prinzipien sich die Kriegsberichterstattung verpflichtet fühlt. Darüber hinaus werden auch Konfliktsituationen skizziert, bei denen die Berichterstatter offensichtlich auch an ihre Grenzen stießen.

Die zwei anschließenden Kapitel fünf und sechs beschäftigen sich mit der Wende der visuellen Kriegsberichterstattung gegen Ende des Vietnamkrieges und in Bezug auf die Informationspolitik der US-Präsidenten mit den Begriffen Inszenierung und Propaganda.

Das siebente und letzte Kapitel befasst sich schließlich mit der Veränderung der Informationspolitik der während der amerikanischen Phase amtierenden US-Präsidenten. Jeder der Präsidenten hatte andere Ziele und Möglichkeiten, wie er mit der Berichterstattung der unterschiedlichen Medien umging. Dies wird in diesem Kapitel aufgezeigt. Ebenso Bestandteil des Kapitels ist die Wechselbeziehung zwischen der Regierung und den Medien. Anhand von ausgewählten Beispielen soll hier die Diskrepanz zwischen Medien und Regierung aufgezeigt werden. Daraus ergaben sich in der Folge Versuche der Inszenierung, Vertuschung und Zensur von Seiten der US-Regierung.

Zum Abschluss wird schließlich ein Resümee zur Informationspolitik der US-Regierung gezogen.

1. Geschichtlicher Hintergrund

Der Vietnamkrieg gilt als eines der traumatischsten Kriegsereignisse der Vereinigten Staaten und wird bis heute immer wieder in diversen Medien, seien es Zeitschriften, Bücher oder Filme, thematisiert. Doch nicht nur in der Kriegsführung und in der medialen Berichterstattung wurde während des Krieges in Indochina Neuland betreten. Auch pressepolitisch veränderte sich der Ton im Vergleich zu den vorangegangenen Kriegen.

1.1. Vietnam als französische Kolonie

Seit Ende des 19. Jahrhunderts war Indochina eine französische Kolonie, die allerdings wirtschaftlich und sozial wenig Entwicklung erfuhr. Zwar wurden einige katholische Vietnamesen in die Verwaltung eingebunden, jedoch von den meisten in der Bevölkerung als Unterdrücker angesehen. Abgelehnt wurde die französische Herrschaft vor allem von den gebildeten Vietnamesen, wie Nguyen Ai Quoc, der sich später auch Ho Chi Minh nannte. (vgl. Frey, 2004, S. 156 f.) Er gründete 1929 zusammen mit anderen vietnamesischen Intellektuellen die Kommunistische Partei Indochinas in Honkong. Die Aufstände in China 1911 und die russische Oktoberrevolution 1917 hinterließen einen bleibenden Eindruck unter der kleinen vietnamesischen Bildungselite, wodurch der Widerstand gegen die französische Kolonialmacht wuchs. Im Mai 1941 formierte sich schließlich die *Liga für die Unabhängigkeit Vietnams*, auch Viet Minh genannt, um sich einerseits gegen die französische Kolonialherrschaft als auch gegen die japanische Oberhoheit in Indochina zu wehren. In den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs, kurz vor der Kapitulation Japans, wurden die Viet Minh sogar offizielle Verbündete der Alliierten. (vgl. Frey, 1998, S. 12-16)

Nach dieser erfolgreichen Zusammenarbeit sah Ho Chi Minh 1945 die Gelegenheit für die Unabhängigkeit gekommen und rief in Hanoi die Demokratische Republik Vietnam aus. Im Süden konnte Frankreich daraufhin seine Herrschaft wieder herstellen und ein Kompromissabkommen mit Ho Chi Minh abschließen, das allerdings nicht lange anhielt und 1946 somit der erste Indochina-Krieg ausbrach. (vgl. Frey, 2004, S. 158)

Zwischen Ende 1945 und Anfang 1946 schrieb Ho Chi Minh acht Briefe an die US-Regierung und erbat darin amerikanische Unterstützung für die Unabhängigkeit Vietnams. Allerdings konnten keine Hinweise darauf gefunden werden, dass die amerikanische Regierung je auf diese geantwortet hatte bzw. zugab, diese Gesuche erhalten zu haben. (vgl. Pentagon Papers, 1971, S. 2)

Ein Faktor der allerdings Einfluss auf die Indochinapolitik der USA hatte, war der Sieg Mao Zedongs über seinen Rivalen Tschiang Kai-Schek 1949 und damit der Sieg des Kommunismus in China. Die Viet Minh wurden schließlich sowohl von China als auch von der Sowjetunion als rechtmäßige Regierung der Demokratischen Republik Vietnam anerkannt. (vgl. Frey, 1998, S. 25) Somit erhielt Nordvietnam einen mächtigen Verbündeten und machte Ho Chi Minh in den Augen der USA von einem antikolonialen Rebellen zu einem Teil der globalen kommunistischen Aggression. Präsident Truman bot daher der französischen Regierung seine Militärhilfe im Kampf gegen die Freiheitsbestrebungen der Vietnamesen an. Die Niederlage der Franzosen konnte 1954 dadurch auch nicht verhindert werden. Es folgten Verhandlungen in Genf im Juli 1954, bei denen man sich auf eine vorübergehende Teilung Vietnams entlang des 17. Breitengrades einigte und freie Wahlen im ganzen Land für Juli 1956 vorsah. (vgl. Frey, 2004, S. 158)

1.2. Die Amerikaner ersetzen die Franzosen

Die Franzosen zogen sich schließlich südlich des 17. Breitengrades zurück und übertrugen die Regierung an ihre ansässigen vietnamesischen Verbündeten mit dem ehemaligen Kaiser Bao Dai als Präsidenten. Der Antikommunist und Katholik Ngo Dinh Diem wurde auf Drängen der USA Premierminister, obwohl die Franzosen vor dessen Inkompetenz und Verrücktheit warnten. Auf diese Weise erhielten die USA das koloniale System weiterhin am Leben und waren somit die neue Kolonialmacht. Diem entpuppte sich schließlich als Diktator, der seine Macht auf Verwandte und Katholiken der Oberschicht stützte. (vgl. Frey, 2004, S. 159) Nach einer manipulierten Wahl - Diem erhielt bei 405 000 Wahlberechtigten 605 000 Stimmen - setzte er 1955 Bao Dai ab und übernahm selbst das Amt des Präsidenten. Darüber hinaus lehnten Diem und die USA die nach dem Genfer Abkommen vorgesehenen freien Wahlen mit der Begründung ab, dass weder Bao Dais Staat noch die USA die Beschlüsse unterzeichnet hätten. (vgl. Frey, 1998, S. 50f.)

Viele führende Politiker und ihre Berater waren Verfechter der sogenannten Domino-Theorie, die besagt, dass die kommunistische Machtübernahme in einem Land auf die benachbarten Länder übergehen würde. (vgl. Frey, 2004, S. 159)

Von Eisenhower bis Nixon folgte jeder US-Präsident dieser Theorie und erhob die Verteidigung Südvietnams zur obersten Priorität. Präsident Eisenhower war nach dem Ende des Korea-Kriegs jedoch nicht zu einer weiteren militärischen Intervention bereit und unterstützte Südvietnam wirtschaftlich vorerst mit 250 Millionen Dollar und einigen wenigen militärischen Beratern. Diem schaffte es allerdings nicht, eine vernünftige Regierungspolitik aufzubauen und brachte immer mehr Teile der Bevölkerung gegen sich auf. Dies zeigte sich darin, dass immer mehr Menschen, die nach der Teilung nach Norden abgewandert waren, zurück in ihre Heimatdörfer kamen, um mit Unterstützung von Nordvietnam Widerstand zu leisten. (vgl. Frey, 2004, S. 160) Zu diesem Zweck trafen sich im März 1960 Angehörige der Viet Minh, der kommunistischen Partei und weiterer religiöser Widerstandsgruppen, um den Weg für eine Allparteienregierung im Süden vorzubereiten. In der Folge befürwortete die Führung in Hanoi dieses politische Unterfangen im Süden. Daraus bildete sich im Dezember 1960 schließlich unter der Führung eines nicht-marxistischen Anwalts aus Saigon die *Nationale Front zur Befreiung Vietnams* (NLF), auch Vietcong genannt. Zwar setzte man die NLF aufgrund des Einflusses aus Hanoi mit der kommunistischen Partei gleich, im Grunde genommen war sie jedoch eine große Koalition verschiedener religiös-politischer Gruppen, die auch sehr unabhängig agierte. (vgl. Frey, 1998, S. 65)

Mit der Präsidentschaft John F. Kennedys wurde die Politik Eisenhowers fortgesetzt. Vor allem sein Verteidigungsminister Robert McNamara und sein Sicherheitsberater McGeorge Bundy waren sich aufgrund der militärischen und technologischen Vormacht der USA sicher, die Vietcong zu besiegen. (vgl. Frey, 2004, S. 160) Mit dem *Counterinsurgency-Programm* entwickelten die USA ein Konzept, mit dem sie dem Vietcong auf militärischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene entgegentreten wollten. Die Idee dahinter war, den südvietnamesischen Dörfern militärische Sicherheit zu geben, anschließend eine zuverlässige Verwaltung einzusetzen und schließlich eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu bieten. Für das amerikanische Militärkommando, das vielmehr auf Feuerkraft setzte, war dies jedoch nur eine intellektuelle Spielerei und es war daher mitverantwortlich für das Scheitern des *Counterinsurgency-Programms*. (vgl. Frey, 1998, S. 88) Der Reporter David Halberstam erinnert sich daran, dass geäußerte

Zweifel gegenüber der Situation in Vietnam sogleich Zahlenmaterial über das auch als Wehrdorfprogramm bekannte Projekt nach sich zog, um dessen Effektivität zu beweisen. Allen Kritiken zum Trotz sollte das Wehrdorfprogramm das militärische Versagen im Mekong Delta ausgleichen und wurde daher mit enormen Geldsummen aus den USA unterstützt. (vgl. Halberstam, 1965, S. 106f.) Das Diem Regime entwickelte an diesem Konzept angelehnt fast zeitgleich das *strategic hamlet program*, bei dem Bewohner auf eigene Kosten und gewaltsam aus Krisengebieten in befestigte Anlagen umgesiedelt wurden und so vor Angriffen geschützt werden sollten. Diese Politik bewirkte jedoch das Gegenteil und verschaffte den Guerillas neue Mitglieder, deren Zahl sich innerhalb von zwei Jahren auf 17 000 verdreifachte. Die Antwort der US-Regierung darauf war die Steigerung der Militärberater von 900 auf 16 000 und eine direkte Beteiligung an den militärischen Einsätzen der Südvietnamesen. Die Verfolgung der buddhistischen Mehrheit und die Niederschlagung von Protesten zeigten, dass Diem immer unberechenbarer und zu einem Risikofaktor für die USA wurde. (vgl. Frey, 2004, S. 161)

Bei einer Konferenz im Juli 1963 zeichnete der Referent des Außenministeriums für Angelegenheiten des Fernen Ostens Roger Hilsman Folgendes auf: „Wir waren der Meinung, dass es in den nächsten vier Monaten auf jeden Fall zu einem Putschversuch kommen werde, (...). Ob einer dieser Versuche erfolgreich sein wird, kann unmöglich vorhergesagt werden.“ (Pentagon Papers, 1963, S. 187)

Schließlich kam die Kennedy-Regierung zur Erkenntnis, dass Südvietnam unter Diems Führung nicht weiterbestehen konnte und verhinderte daher im November 1963 den Sturz des Präsidenten durch das eigene Militär nicht. Mit dem Tod Diems und seines Bruders übernahmen nun die USA die volle Verantwortung für ihren Satellitenstaat. Keine drei Wochen später fiel Präsident Kennedy einem Attentat zum Opfer und ließ seinen Nachfolger Lyndon B. Johnson mit einer ungelösten Situation in Südvietnam zurück.

Johnsons Interesse galt zwar mehr der Innenpolitik, allerdings war auch er ein Anhänger der Domino-Theorie und nicht bereit dem Kommunismus nachzugeben. (vgl. Frey, 2004, S. 161) Johnson vertraute dabei auf die Beratung der vorherigen Kennedy-Führung, die schon seit 1961 die militärische und wirtschaftliche Unterstützung Südvietnams förderte und veranlasste. Johnson war auch von der Richtigkeit des amerikanischen Engagements in Indochina überzeugt, obwohl er ein Gegner des im November durchgeführten Putsches war. (vgl. Frey, 1998, S. 99) Mit dem Vorsatz, die USA aus einem Krieg herauszuhalten,

ging Johnson in die Präsidentschaftswahlen 1964 und präsentierte sich damit als Friedenskandidat. Auf Drängen der Militärs, die Bombardierungen und die Entsendung von Bodentruppen verlangten, war die Eskalation des Krieges jedoch schon eine beschlossene Sache. Den Grund dafür stellte der am 2. August 1964 im Golf von Tonkin beschossene amerikanische Zerstörer Maddox dar, der sich allerdings in nordvietnamesischen Gewässer aufhielt und daher einen Angriff legitimierte. Der *unprovokierte Angriff* wurde daher mit einem Vergeltungsschlag auf nordvietnamesische Ziele geahndet. (vgl. Frey, 2004, S. 162) Doch bereits sechs Monate vor dem Zwischenfall im Golf von Tonkin fanden schon geheime kriegerische Aktionen gegen die Nordvietnamesen statt. Der Grund hierfür war eine lange vorbereitete Resolution, die die Regierung vom Kongress erwirken wollte und die nach der Tonkin-Affäre hervorgeholt wurde. Die heimlichen Angriffe wurden klarerweise nicht erwähnt. (vgl. Sheehan, 1964, S. 230)

1.3. Aktiver Kriegseintritt der USA

Mit einer deutlichen Mehrheit erhielt Präsident Johnson daher am 7. August desselben Jahres die Berechtigung, alles zu unternehmen, um weitere Angriffe auf die USA zu verhindern. Dies realisierte Johnson, indem er im Februar 1965 die Operation *Rolling Thunder* befahl, deren Ziel es war, die Wirtschaft Nordvietnams zu zerstören und schließlich die Unterstützung der Rebellen zu beenden. Der für acht Wochen geplante Luftangriff wurde jedoch auf drei Jahre ausgeweitet. In dieser Zeit ging eine Million Tonnen Bomben auf Nordvietnam nieder. Die mittlerweile 23 000 stationierten amerikanischen Militärberater wurden daraufhin mit immer aggressiveren Angriffen konfrontiert, weshalb General Westmoreland Unterstützung forderte. (vgl. Frey, 2004, S. 163) Der amerikanische Botschafter Taylor versuchte noch zu beschwichtigen und von einem Einsatz von Bodentruppen abzusehen, um eine weitere Verantwortlichkeit zu verhindern. Neben neuen Aufgaben für die Bodentruppen wies er auch auf mögliche Spannungen mit den Einheimischen hin. (vgl. Frey, 1998, S. 121) Doch bereits im März 1965 wurden 3 500 Marines nach Südostasien entsandt und damit die ersten offiziellen amerikanischen Kampftruppen, die bis zum Ende des Jahres auf 184 300 US-Soldaten anstiegen. Der Krieg gegen die Guerillakämpfer erwies sich allerdings als komplizierter als

erhofft, da sich diese in kleinen Einheiten bewegten und Unterstützung und Schutz bei der verarmten Landbevölkerung fanden. Meist griffen die Vietcong Außenposten oder Patrouillen in der Nacht an und mieden offene Kämpfe mit der US-Armee. (vgl. Frey, 2004, S. 163) Nordvietnam hingegen erhielt von der Volksrepublik China Unterstützung, die im Zuge eines Hilfsabkommens 320 000 Logistik- und Artilleriesoldaten über mehrere Jahre verteilt zusicherte. Damit wollte die chinesische Führung in Peking ihre Vormachtstellung und ihren Einflussbereich noch vor der Sowjetunion in Nordvietnam ausbauen. Doch auch die Sowjetunion half Nordvietnam, sein Militärpotential deutlich auszubauen, und vergab in der Zeit von 1965 bis 1975 Kredite in der Höhe von geschätzten fünf Milliarden Dollar. (vgl. Frey, 1998, S. 111f.)

„Für die Nordvietnamesen lag die Schwierigkeit darin, dass sie weder auf den Beistand Chinas noch auf den der Sowjetunion verzichten konnten, das heißt ohne Hilfe dieser beiden Länder konnten sie den Krieg im derzeitigen Ausmaß nicht weiterführen.“ (Salisbury, 1967, S. 194)

Anhand einer Studie konnte allerdings festgestellt werden, dass dennoch 90 Prozent der Waffen der Rebellen von der südvietnamesischen oder amerikanischen Armee stammten und sich die Vietcong daher den Großteil ihrer Waffen bei ihren Angriffen vom Gegner holte. Zwar waren die Amerikaner personell in der Überzahl, in militärischer und psychologischer Hinsicht jedoch den Guerillakämpfern unterlegen. (vgl. Frey, 2004, S. 164) Daher entwickelte General Westmoreland zusammen mit seinem Stab den Kriegsplan der *Abnutzungsstrategie*. Diese Strategie beinhaltete *Suchen*, *Zerstören* und *Vertreibung* des Feindes und Sicherungsoperationen des eroberten Gebietes. Während die Amerikaner die ersten Aufgaben übernahmen, wurde den Einheiten der südvietnamesischen Armee die Sicherung und Befriedung übertragen. Allerdings trat damit genau das ein, wovor der amerikanische Botschafter Taylor gewarnt hatte, nämlich dass die Amerikaner die eigentliche Kriegsführung übernahmen. Das Zählen der toten Körper und die Tötungsrate wurden als Maßstab für den Erfolg der *Abnutzungsstrategie* herangezogen, nicht zuletzt, um weiterhin an dieser Strategie festhalten zu können. (vgl. Frey, 1998, S. 131-136) Diese Strategie beinhaltete auch die Erstürmung und Eroberung diverser Gebiete und Anhöhen, um sie kurze Zeit später wieder aufzugeben. Der Fotoreporter Erik Durschmied war bei der Erstürmung des Hügels 943 dabei:

Nun stehe ich auf einem Hügel, der niemanden etwas bedeutet, heute, morgen, der Zukunft oder der Geschichte, außer den sechshundneunzig Überlebenden, die ihn gestürmt haben. Es wird in keinem Geschichtsbuch als die große Entscheidungsschlacht von Vietnam vorkommen. Keine Medaillen werden vergeben, es gab keine spektakuläre Opfer. (Dürschmied, 2004, S. 197)

Aufgrund kultureller Unterschiede, aber auch aufgrund mangelnden Verständnisses nahmen die amerikanischen Soldaten mit der Zeit bald alle Vietnamesen als potentiellen Feind wahr, wodurch die Landbevölkerung ins Fadenkreuz der amerikanischen Streitkräfte kam. Wenn es daher vietnamesische Opfer gab, mussten es Vietcong sein. (vgl. Frey, 1998, S. 131-136) Die brutale Taktik der Amerikaner war auch verantwortlich dafür, dass die Rebellen immer mehr Kämpfer rekrutieren konnten, welche die aus Nordvietnam kommenden Truppen verstärkten. (vgl. Frey, 2004, S. 164)

Die Hilfe aus Nordvietnam, die in Form von Waffen und Proviant über den Ho-Chi-Minh-Pfad nach Süden gelangte, war auch eines der Probleme der Amerikaner, das unterbunden werden sollte. Dies gestaltete sich ebenfalls schwieriger als gedacht, da der Pfad aus der Luft nicht zu erkennen war und die Guerillas unter dem dichten Laubwerk Schutz suchten. Aus diesem Grund kamen Chemikalien wie *Agent Orange* oder Napalm-Brandbomben zum Einsatz, die nicht nur den Wald und die Reisernten zerstörten, sondern auch genetische Schäden bei der Bevölkerung verursachten und somit gegen das Völkerrecht verstießen. In der Zeit zwischen 1965 und 1973 wurden bis zu acht Millionen Bomben über Nordvietnam abgeworfen, die zum Ziel hatten, die Wirtschaft Nordvietnams zu zerstören. Allerdings war das Land so arm, dass es nicht viel zu zerstören gab. Zwar fügte die amerikanische Luftwaffe Nordvietnam von 1965 bis 1968 einen Schaden von 300 Millionen Dollar zu, die 700 abgeschossenen Flugzeuge der USA hingegen machten 900 Millionen Dollar aus. (vgl. Frey, 2004, S. 165) Hinzu kam, dass laut einem Gutachten des Instituts für Verteidigungsanalysen festgestellt wurde, dass bereits 1965 die Bombardierungen der Amerikaner keine größeren Auswirkungen auf Entscheidungen in Hanoi hatten, den Krieg fortzusetzen oder abubrechen. Vielmehr stärkte die harte Linie des Regimes dessen Ansehen und weckte das patriotische und nationalistische Gefühl in der Bevölkerung. Die Beziehungen zu ihren Verbündeten wurden sogar verbessert, da die Sowjetunion sowohl materielle als auch politische Unterstützung liefern konnte. (vgl. Pentagon Papers, 1966, S. 505)

Trotz der täglichen Kosten von 66 Millionen Dollar im Jahr 1966 wurden die Kampfhandlungen weiter forciert und die Zahl der stationierten Soldaten auf 385 300 erhöht. Den Höchststand von 536 100 GIs erreichte man schließlich im Jahr 1968. (vgl. Frey, 2004, S. 165) Die Soldaten, die mit 19 Jahren ein relativ junges Durchschnittsalter hatten, rekrutierten sich zu 80 Prozent aus der Unterschicht und zu 12,6 Prozent aus der afroamerikanischen Bevölkerung und waren Wehrdienstleistende oder Freiwillige. Da es jedoch weder eine genaue Frontlinie gab, noch ein klarer Fortschritt in Form von Vorrücken oder Landnahme ersichtlich war, litt vor allem die Kampfmoral der US-Truppen. In der Regel beschränkte sich die Dienstzeit auf ein Jahr, in der gefährliche Situationen gemieden wurden. (vgl. Frey, 1998, S. 134f.) Zwar zogen viele anfangs noch mit anti-kommunistischer und patriotischer Überzeugung ins Feld, aber aufgrund der im Krieg erlebten Erfahrungen wurden diese Werte gegen Alkohol und Drogen eingetauscht. Abgesehen davon erhöhte die ungewohnte Form der Guerillakriegsführung das Aggressionspotential der US-Soldaten, da es schwer war, zwischen Zivilisten und feindlichen Kämpfern zu unterscheiden. Den Tiefpunkt markierte dabei das Massaker von *My Lai*, in dem amerikanische Truppen wahllos hunderte Zivilisten töteten und das erst ein Jahr später publik wurde. (Emmerich, 2014, S. 206 f.)

Laut einem Memorandum des Verteidigungsministers McNamara in den später als geheime Regierungsdokumente veröffentlichten *Pentagon Papers* war man sich über das Ausmaß der öffentlichen Meinung sowohl im In- als auch im Ausland durchaus bewusst.

Es könnte eine bestimmte Grenze geben, deren Überschreitung durch die Vereinigten Staaten von vielen Amerikanern und einem guten Teil der übrigen Welt nicht mehr akzeptiert wird. Es macht ganz und gar keinen guten Eindruck, dass die stärkste Supermacht der Welt jede Woche 1000 Zivilisten bei dem Versuch tötet, ein winziges, rückständiges Land in einer überaus umstrittenen Frage zum Nachgeben zu zwingen. (Pentagon Papers, 1967, S. 581f.)

Gegen Ende des Jahres 1967 war das US-Militär schließlich zuversichtlich, den Krieg bald zu gewinnen, was jedoch im Jänner 1968 mit der Großoffensive der Vietcong zum vietnamesischen Neujahrsfest Tet zunichte gemacht wurde. Dabei griffen 70 000 Guerillakämpfer hunderte Städte in Vietnam an, besetzten mehrere Radiostationen und drangen sogar bis zur amerikanischen Botschaft vor. (vgl. Frey, 2004, S. 166) Damit dieser von langer Hand geplante Angriff erfolgreich verlief, versuchte man die Südvietnamesen

und Amerikaner von dem eigentlichen Ziel abzulenken. Die Nordvietnamesen erweckten daher den Eindruck, dass sie an dem Bergdorf *Khe Sanh* stärkeres Interesse hätten. Sie konzentrierten ca. 20 000 Mann in dessen Gegend und griffen das Dorf, das eine amerikanische Marineinfanteristen-Basis beherbergte, an. Innerhalb von wenigen Tagen verteidigten ungefähr 50 000 US-Soldaten die Basis in *Khe Sanh*. Die Angriffe auf die Städte im Zuge der Tet-Offensive trafen die Amerikaner und Südvietnamesen daher völlig unerwartet und zeugten ein weiteres Mal davon, dass die Amerikaner ihren Gegner unterschätzten. (vgl. Frey, 1998, S. 162 f.) Drei Tage nach den ersten Angriffen versicherte Präsident Johnson den Reportern im Weißen Haus, dass das Militär auf die feindliche Offensive vorbereitet gewesen wäre und in zweierlei Hinsicht, nämlich militärisch als auch psychologisch, siegreich war. Dem entgegen brachte die Pentagon-Studie jedoch Aufschluss darüber, dass die Stoßkraft, Intensität und Dauer des Vietcong-Angriffs die Regierung jedoch zutiefst schockiert und überrascht hatte. (vgl. Pentagon Papers, 1971, S. 592)

Für den Vietcong war die Tet-Offensive zwar eine militärische Niederlage, psychologisch gesehen jedoch ihr größter Erfolg. Die amerikanische Öffentlichkeit, die mit einem baldigen Ende des Krieges gerechnet hatte, war daraufhin tief erschüttert. Schließlich stimmte Johnson seinem Verteidigungsminister McNamara zu, mit Nordvietnam einen Rückzug auszuhandeln. (vgl. Frey, 2004, S. 167) Im Hintergrund des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes verkündete Johnson Ende Oktober 1968 den Start von Friedensgesprächen und das Einstellen der Luftangriffe auf Nordvietnam. Angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen stiegen die Umfragewerte des demokratischen Kandidaten Hubert Humphrey, sodass der republikanische Kandidat Richard Nixon der Öffentlichkeit versprach, mittels eines Geheimplans den Krieg zu beenden. Darüber hinaus verhandelte Nixon über Mittelsleute mit dem südvietnamesischen Präsidenten Thieu, dass er unter seiner Präsidentschaft bessere Bedingungen für sie erwirken würde. Da Thieu dem zustimmte, wurden keine Vertreter Südvietnams zu den Verhandlungen in Paris geschickt. (vgl. Frey, 1998, S. 176 f.)

1.4. Vietnamisierung

Aufgrund der gescheiterten Bemühungen der Demokraten und seines *geheimen Planes* sicherte sich Nixon schließlich seine Präsidentschaft. Entgegen seines Versprechens führte er allerdings mit seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger den Krieg in Vietnam vier Jahre weiter. Außerdem wurde der Krieg auch noch auf die Nachbarländer Kambodscha und Laos ausgeweitet. Der Plan der Nixon-Regierung sah allerdings auch vor, die eigenen Bodentruppen schrittweise abziehen und durch neu ausgebildete südvietnamesische Soldaten auszutauschen, was auch unter dem Begriff *Vietnamisierung* bekannt wurde. (vgl. Frey, 2004, S. 167) Diese sukzessive Übertragung der Kriegsführung auf die südvietnamesische Armee wurde von der amerikanischen Bevölkerung durchaus befürwortet. Das Militär hingegen sah darin eine sich in die Länge ziehende Kapitulation, da sie einen Sieg der ARVN (Armee der Republik Vietnam) bezweifelten. Die Zahl der südvietnamesischen Armee stieg schließlich auf über eine Million Mann an und wurde von den Amerikanern mit Waffen der neuesten Technik, Munition, Ausrüstung und diversen Fahrzeugen ausgestattet. Neben der Fortsetzung des Pazifizierungsprogramms wurde auch eine Landreform verabschiedet, die ca. 800 000 Familien zugutekam. Das Problem der *Vietnamisierung* offenbarte sich jedoch im Detail. So überforderten oftmals die technisch komplizierten Waffensysteme die Soldaten, die brutale Kriegsführung förderte weiterhin den Zulauf zur NLF und die anhaltende Korruption hemmte eine erfolgreiche Verwaltung. (vgl. Frey, 1998, S. 194) In einer für den Präsidenten ausgearbeiteten Studie *National Security Study Memorandum No. 1* (NSSM-1), die sich mit Streitpunkten bezüglich Vietnam befasste, kam die Frage auf, wann die südvietnamesischen Streitkräfte bereit wären, ohne amerikanische Unterstützung Angriffe der Nordvietnamesen abzuwehren. Die Antwort darauf erfuhr die Öffentlichkeit nie, denn das Pentagon stellte bereits im Februar 1969 fest, dass dies niemals der Fall sein werde. (vgl. Ellsberg, 1972, S. 36f)

Erklärtes Ziel war immer noch die Zerstörung des *Ho-Chi-Minh-Pfades*, der sich auch entlang der Nachbarländer Laos und Kambodscha erstreckte. In der Folge kam es 1969 zu heftigen Bombardements der Amerikaner auf Ziele in Kambodscha, allerdings wurden sie geheim gehalten, da diese gegen das Völkerrecht verstießen. Doch auch die zweite Offensive gegen den *Ho-Chi-Minh-Pfad* nützte in militärischer Hinsicht nichts. Stattdessen wurde im März 1970 der Sturz der Regierung von Prinz Sihanouk durch die USA initiiert und ein pro-amerikanischer Regierungschef eingesetzt. Dadurch konnten im April desselben Jahres amerikanische Truppen in Kambodscha einmarschieren. Dies konnte

jedoch die Aktivitäten auf dem *Ho-Chi-Minh-Pfad* nicht einschränken. Die Invasion hatte aber verheerende Folgen für das Land selbst, da daraufhin die kommunistische Rebellenbewegung der *Roten Khmer* enormen Zulauf erhielt. Mit dem Abzug der letzten amerikanischen Truppen aus Indochina im Jahr 1973 hatten die *Roten Khmer* bereits einen Großteil des Landes unter ihrer Kontrolle. (vgl. Frey, 2004, S. 168)

Die Invasion in Laos 1971 hingegen wurde von der südvietnamesischen Armee durchgeführt, da der Kongress den Einmarsch von amerikanischen Truppen verbot. Hier zeigte sich jedoch, dass die südvietnamesische Armee eine geringere Schlagkraft aufwies als angenommen. Obwohl die Invasion ähnlich wie die in Kambodscha ablaufen und die Führung in Hanoi zu Verhandlungen bringen sollte, entwickelte sich diese Offensive zu einem Desaster. Grund dafür war vor allem, dass die NLF über alle Operationspläne Bescheid wusste und auf den Angriff gut vorbereitet war. Nur mit Hilfe massiver amerikanischer Luftunterstützung konnte eine Niederlage der südvietnamesischen Streitkräfte verhindert werden. (vgl. Frey, 1998, S. 201) Wie in Kambodscha führte auch in Laos die Ausweitung des Krieges zu einer Stärkung der kommunistischen Partei *Pathet Lao* und 1975 sogar zu deren Machtübernahme. 1971 standen die USA schließlich vor dem gleichen Problem wie zehn Jahre davor, nämlich, dass die südvietnamesische Armee auf sich allein gestellt war und lediglich Unterstützung von 156 800 amerikanischen Soldaten erhielt. Die Nixon-Regierung wollte natürlich weiterhin einen Zusammenbruch des Verbündeten verhindern und daher einen Abzug der nordvietnamesischen Truppen erwirken. (vgl. Frey, 2004, S. 169) Die Nordvietnamesen drangen allerdings im März 1972 mit 120 000 Soldaten in Südvietnam ein und starteten von verschiedenen Seiten mehrere Angriffswellen. Unterstützung erhielten sie dabei auch von der NLF, die sich an dieser Offensive beteiligte. Die Amerikaner reagierten daraufhin mit der Verminung des Hafens von Haiphong, einer Seeblockade gegen Nordvietnam und neuerlichen Bombenangriffen aus der Luft. (vgl. Frey, 1998, S. 205f.) Im Dezember kam es schließlich zu einem der heftigsten Bombardements der Geschichte. Die Sprengkraft der hunderttausend Bomben, die innerhalb von elf Tagen abgeworfen wurden, stellte das Fünffache der Atombombe von Hiroshima dar. Wie schon davor erwiesen sich die Angriffe der Amerikaner als wirkungslos und die Gegenseite verweigerte weiterhin jegliche Zugeständnisse. (vgl. Frey, 2004, S. 169)

Anfang 1973 kam es schlussendlich unter Druck der Luftoffensive zu einem Friedensplanabkommen. Dies beinhaltete eine Einstellung der Kampfhandlungen, den vollständigen Rückzug der USA und den Verbleib der nordvietnamesischen Truppen im Süden. Als Triumph wurde das Abkommen jedoch von keiner Seite wahrgenommen. Die südvietnamesische Regierung um Thieu sah sich durch diese Kompromisslösung im Stich gelassen, obwohl die ARVN drei Viertel des Territoriums kontrollierten und die USA Südvietnam weiterhin wirtschaftlich unterstützte. (vgl. Frey, 1998, S. 211f.)

Für viele stellten diese Zugeständnisse auch eine versteckte Kapitulation der USA dar. Im Frühjahr 1975 konnten schließlich die Vietcong und die Truppen Nordvietnams weite Teile Südvietnams unter ihre Kontrolle bringen und nahmen Ende April beinahe kampflos die Hauptstadt Saigon ein. (vgl. Frey, 2004, S. 169)

Der rasche Erfolg der Nordvietnamesen nach einem dreißig Jahre andauernden Krieg und der mangelnde Widerstand der ARVN überraschten schließlich die Amerikaner. Ein militärisches Eingreifen wurde zwar ausgeschlossen, aber man versuchte zuvor noch eine finanzielle Soforthilfe bereitzustellen. Während sich der Kongress diesbezüglich noch beriet, überschlugen sich allerdings die Ereignisse in Vietnam, sodass nur noch die Evakuierung der eigenen Bürger blieb. (vgl. Frey, 1998, S. 219f.) Somit gerieten trotz der Bemühungen der Amerikaner Vietnam, Kambodscha und Laos unter kommunistische Führung, was jedoch nicht die Domino-Theorie bestätigte, da andere Länder wie Thailand oder Malaysia von kommunistischer Aggression verschont blieben. (vgl. Frey, 2004, S. 170) Innerhalb der amerikanischen Gesellschaft blieb der Krieg ein schmerzliches Ereignis und läutete das Ende der imperialen Präsidentschaft ein. Neben 60 000 gefallenen US-Soldaten verloren auch über eine Million Vietnamesen ihr Leben. Der Krieg hinterließ weiters viele traumatisierte Kriegsveteranen. Anhand von Vietnam zeigte sich, dass selbst eine gefestigte Demokratie wie die USA in einen illegitimen Krieg hineingezogen werden konnte. (Emmerich, 2014, S. 206 f.)

Nach der historischen Aufarbeitung des Vietnamkonflikts folgt nun die Interaktion zwischen Krieg und Medien. Diese ist deshalb relevant, da Berichterstattung und kriegerische Handlungen miteinander Hand in Hand gehen. Seitdem sich die Menschen bekriegen, seitdem wurde auch davon berichtet, sei es mündlich oder schriftlich. Mit der immer fortschrittlich werdenden Kriegsführung entwickelte sich auch die Technik in der Berichterstattung weiter, wodurch der Krieg immer mehr zu einem medialen Ereignis wurde.

2. Krieg und Medien

Der Krieg ist untrennbar mit der Geschichte der Menschheit verbunden, in dem es um nichts weniger als um Leben und Tod geht. Die mediale Berichterstattung über den Krieg war daher nicht nur seit der Einführung der Schrift ein Thema, sondern fand mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der mündlichen Überlieferung sein Publikum. (vgl. Karmasin, 2007, S. 11) So waren es schon in der Antike heimkehrende Soldaten oder Feldherrn, die von ihren erlebten Kämpfen berichteten. Gaius Julius Caesar oder Alexander der Große führte beispielsweise Schriftführer mit sich, um ihre Feldzüge schriftlich festzuhalten. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 62)

Mit dem Buchdruck verbreiteten sich somit auch die Berichte von Militäraktionen und Kriegsnachrichten. Kriege wurden dadurch zu einem bevorzugten Gegenstand der Berichterstattung publizierender Massenmedien. (vgl. Karmasin, 2007, S. 11) Durch diese massenhaft verbreiteten Medien vollzog sich ein qualitativer Sprung, der nicht zuletzt der immer beliebter werdenden Tageszeitungen geschuldet war. In Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit wurden die Medien immer mehr in die Vorbereitung, Führung und Aufarbeitung der Kriege miteinbezogen. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 62)

Für die Entwicklung der Medien trugen Kriege daher einen nicht unwesentlichen Teil bei. Seit dem 16. Jahrhundert finden sich Versatzstücke der Kriegsberichterstattung, allerdings waren es, abgesehen von der bildlichen und sprachlichen Gestaltung, noch nicht moderne Kriegsberichte. Als einer der ersten von den Massenmedien ausführlich dokumentierten Kriege sticht der Krimkrieg hervor. Besonders ein Reporter der *Times*, nämlich William Howard Russell, wird als Vorreiter der Kriegsberichterstattung hervorgehoben. Die Visualisierung von Tod und Verwundung, aber auch die Grausamkeit des Krieges beeinflussten natürlich die Kriegsmoral und trugen ihren Teil zur Meinungslenkung durch die Medien bei. (vgl. Karmasin, 2007, S. 12f.) Eine institutionalisierte Zensur und Presselenkung gab es in dem Sinn noch nicht, weshalb die Militärs den Umgang mit den Medien erst kennen lernen mussten. Doch auch für die Presseleute war die Anwesenheit auf dem Schlachtfeld etwas Neues und warf für einige die Frage auf, an wen oder wohin man sich wenden sollte. Der Kriegsberichtersteller William Russell stand schließlich bezüglich seiner Berichte über die englische Führung und Generalität in der Kritik und wurde darüber hinaus auch beschuldigt, die Grenzen der militärischen Geheimhaltung

überschritten zu haben, sodass gegen Ende des Krieges sogar eine Zensur der Presse eingeführt wurde. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 63f.)

Im 19. Jahrhundert waren es der amerikanische Bürgerkrieg und der deutsch-französische Krieg, in dem die Medien für propagandistische Inszenierung genutzt wurden. In diesem Zusammenhang zeigte schließlich der Erste Weltkrieg, dass der Krieg zu einem globalen Medienereignis wurde. Abgesehen davon, dass es sich beim Ersten Weltkrieg um einen Materialkrieg handelte, nutzten ihn die staatlichen und militärischen Behörden auch zur Lenkung der allgemeinen Meinung. (vgl. Karmasin, 2007, S. 13) Mit Hilfe von Geheimdienstgeldern wurden der britische und französische Propagandaapparat unterstützt, um die sogenannte Gräuelpopaganda zu verbreiten. Ziel der oft übertriebenen und unglaubwürdigen Geschichten war es vor allem, die Deutschen zu verunglimpfen und als barbarisch darzustellen. Bei den Deutschen hingegen fand sich zu Kriegsbeginn nicht einmal eine zivile Pressestelle. Was jedoch alle Kriegsparteien gemein hatten, war die Aufhebung der Pressefreiheit und explizite Bestimmungen, worüber berichtet werden durfte. Die Kriegsberichterstattung von der Front wurde daher entweder untersagt oder so beschränkt, dass dies nur unter Begleitung stattfand. Der darauffolgende Bericht wurde darüber hinaus auch noch von militärischen Zensoren kontrolliert. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 66f.)

Die Nationalsozialisten gingen sogar einige Schritte weiter und radikalisierten den Umgang mit den Medien, indem sie zensurierten, kontrollierten und manipulierten. (vgl. Karmasin, 2007, S. 14) Nach der Gleichschaltung der Medien 1933 hieß dies für viele Journalisten und Medienschaffende Exil oder Berufsverbot. Von den 4702 Zeitungen blieben 1944 nur noch 977 im Deutschen Reich übrig, was allerdings nicht eine Reduktion der Reichweite darstellte, sondern eine Zentrierung auf wenige Unternehmen. Der Rundfunk, das Fernsehen und die Filmindustrie wurden verstaatlicht und die Printmedien über Presseanweisungen bis ins kleinste Detail dirigiert. (vgl. Hickthier, 2007, S. 107f.) Im Gegensatz zu den Engländern, die nur ausgewählte Journalisten hinter die Front ließen, bauten die Deutschen eine eigene Propaganda-Kompanie auf, in denen militärische Einheiten die Rolle der Reporter übernahmen. Diese Kriegsberichte wurden sowohl national als auch international erfolgreich vertrieben, nicht zuletzt wegen den damals relativ neuen Medien wie Hörfunk und Film. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 69f.)

Der Vietnamkrieg war es schließlich, der mit Hilfe des Massenmediums Fernsehen den Krieg in die Wohnzimmer transportierte. Die Visualisierung und Präsentation des Krieges wurden regelrecht zu einem massenkulturellen Ereignis, in dem der Krieg einmal mehr

zum medialen Inhalt wurde. Zensur und Propaganda fanden hier immer stärker Eingang in der öffentlichen Wahrnehmung. (vgl. Karmasin, 2007, S. 14f.) In der Geschichte der Kriegsberichterstattung nimmt der Vietnamkrieg eine bedeutende Stellung ein, da hier das Fernsehen als relativ junges Medium seinen erstmaligen Kriegseinsatz absolvierte. In der Anfangsphase des Konflikts in Südostasien unterlag die Kriegsberichterstattung auch noch keiner militärischen Zensur. Die heute oft gängige Bezeichnung als erster *Krieg im Wohnzimmer*, entwickelte sich erst in der Spätphase des Krieges, nicht zuletzt, da der Vietnamkrieg anfangs nur einer von vielen Krisenherden für die amerikanische Bevölkerung war. Dies änderte sich allerdings, als die USA nach dem Tonkin-Zwischenfall erstmals offiziell in die Kampfhandlungen eingriffen. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 71) Die uniformierten Journalistinnen und Journalisten, die mit Hubschraubern nahe an die Front gebracht wurden und Patrouillenboote begleiten durften, konnten zweifelsfrei über vieles, das sie sahen, berichten. Gewisse Frontabschnitte unterlagen dennoch der Militärzensur und waren für die Reporter tabu, auch wenn die gängige Meinung herrschte, dass es keine Zensur gab. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 79)

Neben der Authentizität und Intensität der Nachrichtenbilder stellte der Vietnamkrieg kriegsgeschichtlich noch eine weitere Besonderheit dar. Die Berichterstattung der Medien schränkte nämlich, wie kein Krieg zuvor, die militärische Handlungsfreiheit ein, sodass den Medien im Nachhinein eine moderne Dolchstoßlegende zugeschrieben wurde. (vgl. Karmasin, 2007, S. 15) Grund hierfür war möglicherweise, dass die Journalistinnen und Journalisten nur einige Grundregeln der militärischen Geheimhaltung befolgen mussten, aber ansonsten recht frei agieren konnten. Schließlich verlor das Militär die Kontrolle über die immer mehr werdenden Kriegsberichterstatteerinnen und Kriegsberichterstatteer, die für ihre Akkreditierung lediglich ein Visum und ein Begleitschreiben ihres Medienunternehmens benötigten. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 71)

Der Medieneinsatz im Krieg war daher ein Thema, welches das Militär folglich selbst planen und kontrollieren wollte. Berichterstattungsverbote, Embedded Journalism oder Pressebetreuung waren schließlich verzweifelte Versuche, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. (vgl. Karmasin, 2007, S. 16)

Die Sicherheitsüberprüfung, wie die Militärs die Zensur bezeichnen, blieb daher im Grunde eine staatliche und militärische Überwachung. Die Publizierungen von Print- oder Rundfunkmedien wurden in der Folge dahingehend überprüft, ob sie unerwünschte Äußerungen oder Darstellungen beinhalteten und in manchen Fällen sogar unterdrückt.

Diese einseitige Beeinflussung der Nachrichtenrezipientinnen und Nachrichtenrezipienten durch die Regierung nahm der Öffentlichkeit jedoch das Recht auf Information. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 73) Vor allem die US-Invasion in Grenada oder auch der Falklandkrieg der Briten war nach dem Vietnamkrieg von einer zensurierten Berichterstattung geprägt. Einerseits blieb den Korrespondenten aufgrund der geographischen Lage der Zugang verwehrt, andererseits gab es von militärischer Seite ein generelles Verbot, das Kriegsgebiet zu betreten. Daher waren die Journalistinnen und Journalisten abhängig von Briefings und Lageberichten der Militärs, die nicht selten zu Falschinformationen führten. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 74) Diese Eingriffe und Einschränkungen in die journalistischen Tätigkeiten von Seiten der Militärs misslangen jedoch. Nicht zuletzt wegen der Eigensinnigkeit und des Widerstandes der Medien, die ihre eigenen Selektionsmuster anwandten. (vgl. Karmasin, 2007, S. 16) Die Nachteile dieser Strategie wurden den Militärs erst während des ersten Golfkrieges und danach bewusst. Die Unterdrückung und gezielte Freigabe von Information entluden sich schließlich in Diskussionen und Protesten bezüglich der Medienbeteiligung im Krieg. Aufgrund einiger Gerichtsverfahren wegen der Behinderung der Berichterstattung war das US-Militär folglich gezwungen, seine Medienstrategie zu verändern oder anzupassen. Die Unterdrückung von Informationen wurde daher weitgehend eingestellt, da dadurch Raum für gegnerisches Informationsmaterial entstand. Als neue Linie sollte das Prinzip des Informationsmanagements etabliert werden, indem man die Medien selbst mit Informationen und Bildern versorgte. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 76)

Schlussendlich ist Krieg als Inhalt beinahe unverzichtbar und vollzieht sich sowohl *in* den Medien als auch *durch* die Medien. *In* der medialen Kommunikation wird der Krieg selbst zum Thema und zwar im Zuge der journalistischen Kommunikation als Augenzeugenbericht oder in Form von fiktionaler Kommunikation. Anders wird der Krieg *durch* mediale Kommunikation beleuchtet. Hier sind es Propaganda, Formen militärischer Kommunikation, Zensur und die Kriegsberichterstattung als Teil des Krieges, die zum Thema gemacht werden. Damit wird ersichtlich, dass Historizität und Medialität einander ergänzen. (vgl. Karmasin, 2007, S. 17)

Der Visualisierung des Krieges wurde seit dem Ersten Weltkrieg daher eine immer größer werdende Bedeutung zuteil. Bis dahin waren es nur schriftliche Überlieferungen und Schlachtengemälde, die die Darstellung des Krieges prägten. Zwar konnten vom Schlachtfeld während des Ersten Weltkrieges noch wenig authentische Bilder geliefert

werden, da dies mit einer möglichen Todesfolge verbunden war, der Vietnamkrieg hingegen wurde durch seine vermeintlich echten Aufnahmen zu einem globalen Ereignis. (vgl. Karmasin, 2007, S. 21)

Es lässt sich nicht abstreiten, dass Kriege deutliche Entwicklungseinflüsse im Bereich der Medientechnologie hatten. War es während des Dreißigjährigen Krieges noch die Felddruckerei, kam im Krimkrieg bereits die Fotografie zum Einsatz. Im Deutsch-Französischen Krieg sorgte die Telegraphie für die schnelle Weitergabe von Informationen. Der Hörfunk brachte im Zweiten Weltkrieg die neuesten Nachrichten in beinahe jeden Haushalt, was das Fernsehen mit dem Vietnamkrieg tat. Die Live-Technologie bot mit dem Golfkrieg schließlich eine nicht zu entrinnende Unmittelbarkeit. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 79) Abgesehen davon, dass Krieg mittlerweile generell zu einem Medienereignis geworden ist, so hat er auch Anteil an der Memorialkultur. Die medialen Überlieferungen bieten hierfür eine Fülle an Beobachtungen, die zum Thema *Erinnerung an den Krieg* beitragen. Dazu gehören nicht nur Printmedien, sondern auch Oral History, Denkmäler, Gemälde oder Feiertage. Durch die medientechnischen Entwicklungen trat die Schrift allerdings immer mehr in den Hintergrund, sodass die Memorialkultur im 20. Jahrhundert vor allem visualisiert wurde. (vgl. Karmasin, 2007, S. 22) Einen wesentlichen Anteil daran hatten nicht zuletzt visuelle Medien, welche die Printmedien im Bereich der Kriegsberichterstattung ergänzten. So blieben Ereignisse aus dem Vietnamkrieg, wie die Exekution eines Vietcong Offiziers, die Selbstverbrennung eines buddhistischen Mönches und die Flucht eines kleinen Mädchens vor einem Napalm Angriff bleibend in Erinnerung. Während die Bilder die Neugierde weckten, sorgten die Zeitungen und Magazine schließlich für die Details. (vgl. Vincent & Galtung, 1993, S. 178f.)

Die Geschichte vom Krieg wird jedoch anhand ihrer Bedeutung medial konstruiert und vermittelt, in der sich auch interpretative Strukturen einfügen lassen. Folglich kommt es nach dem Krieg zu einem Kampf der Erinnerungen, in dem Wahrnehmungs- und Kommunikationsmöglichkeiten von den Medien strukturiert werden. (vgl. Karmasin, 2007, S. 25) Immerhin geht es auch darum, möglichst viele Individuen zu erreichen und ihnen dieselben Informationen zukommen zu lassen. Über die Jahre stellte sich mittlerweile heraus, dass kriegsbezogene Ereignisse aufgrund ihrer Dramatik bereits als Nachrichten gewertet werden. Den Medien obliegt dabei die Rolle der Geschichtenerzähler. (vgl. Vincent, 1993, S. 178)

Bei Kriegsbildern geht es daher nicht ausschließlich um deren Echtheit, sondern auch darum, unter welchen Umständen diese entstanden und vom Betrachter empfunden werden. Bezüglich Deutung und Erinnerung ist es wieder der Vietnamkrieg, der sich von anderen Kriegen abhebt und Bilder des Krieges mit denen der Massenkultur verschmelzen lässt. Damit wurden Kriege zu einem Teil der Unterhaltungskultur und nach ihrem Vorbild auch inszeniert und erinnert. (vgl. Karmasin, 2007, S. 26)

Von seiner Redaktion unter Druck gesetzt, Bilder zu liefern, inszenierte sogar ein ARD-Korrespondent die Schlacht in der Ebene der Tonkrüge, bei der die Nordvietnamesen in das unbeteiligte Laos eingedrungen sein sollen. Obwohl es diese Schlacht nie gab, wurde sie dennoch Basis für die darauffolgende Laos-Konferenz. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 82)

Medien ziehen natürlich aus Katastrophen, Kriegen und Massakern wiederum auch einen wirtschaftlichen Nutzen. Solche medialen Großereignisse werden zwar mit einer gewissen Abscheu, aber andererseits auch mit etwas Gewaltlust vermarktet. Die Verwertung der Kriegsereignisse sind daher für die Medienunternehmen auch ökonomische Konzentrationsprozesse. (vgl. Dominikowski, 2004, S. 79)

Damit einher geht auch eine Veränderung der Nachrichtensendungen, die durch Auswahl-, Gestaltungs- und Präsentationskriterien regelrecht zu *news-shows* werden. Um im Wettbewerb mit der Konkurrenz bestehen zu können, werden Krieg und Krisen kommerzialisiert. Eng verbunden damit ist auch die Überschreitung der nationalen Medienabsatzmärkte und Erweiterung des Aktionsradius für Großunternehmen. (vgl. Löffelholz, 1993, S. 59)

So gesehen bringt Krieg Aufmerksamkeit und diese wiederum bedeutet Einnahmen, die sich in Form von Quoten, Werbung, Exklusivität und vieles mehr widerspiegeln. Aufgrund seiner massenkulturellen Aneignung nimmt der Krieg Einzug in die Alltagskultur, wodurch er zwar nicht seinen Schrecken verliert, aber in kommunikativer und konsumatorischer Hinsicht Eingang findet. (vgl. Karmasin, 2007, S. 27)

3. Medienlandschaft

Nach den Medien und dem Krieg im Allgemeinen widmet sich das folgende Kapitel den verschiedenen Nachrichtenmedien, wobei aufgrund seiner Bedeutung für den Vietnamkrieg vorrangig das Fernsehen behandelt wird.

3.1. Presse

Die Ausrüstung der schreibenden Journalistinnen und Journalisten war recht überschaubar und beinhaltete in den meisten Fällen ein Notizbuch, ein Diktiergerät oder im günstigsten Fall eine Schreibmaschine. Diese Utensilien machten die Journalistinnen und Journalisten zweifelsohne sehr mobil und flexibel, aber ganz unkontrolliert konnten sie dennoch nicht agieren. Presseoffiziere oder Dolmetscher waren es in der Regel, die die Reporterinnen und Reporter begleiteten und in Gruppen zusammenfassten. Die Übermittlung ihrer Berichte hingegen war, verglichen zu anderen Medienkolleginnen und Medienkollegen, relativ einfach. Ein Fax, Telex, Brief oder sogar ein Telefonat reichten diesbezüglich aus, um eine Story weiterzugeben. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 46)

3.2. Radio

Das Radio war ein Medium, das vor allem während des Zweiten Weltkriegs für Propagandareden und Kriegsdebatten immer wichtiger wurde. Abgesehen von den hunderten lokalen Radiosendern in den USA, bekamen die Auslands- und Frontberichtserstattungen eine immer größer werdende Bedeutung. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte dabei das *Office of War Information* (OWI), welches einen erheblichen Einfluss auf die Berichterstattung nahm. Neben dem *Radio War Guide*, der während der Kriegszeit als Leitfaden für die verschiedenen Sender galt, bot das OWI den Sendern auch eigenes Radiomaterial an. Natürlich beeinflusste dieses kostenlos zur Verfügung gestellte Material das Programm der Sender und enthielt ganz offensichtlich Propagandamaterial. Dies störte allerdings eher wenig, da das OWI-Material Interviews

und Gespräche mit Generälen beinhaltete, zu denen die Sender teilweise gar nicht gekommen wären. Das Radio war zwar nicht von vornherein ein Propagandawerkzeug, aber durch seine Ausrichtung auf das Ohr des Zuhörers war es für eine Manipulation prädestiniert. (vgl. Elter, 2005, S. 100-103)

Ähnlich gut wie die schreibenden Journalistinnen und Journalisten waren die Radioberichterstatterinnen und Radioberichterstatter ausgerüstet, die einen Kassettenrekorder oder ein Tonbandgerät mitsamt den nötigen Mikrofonen mitführten. Als problematisch erwies es sich jedoch, Berichte aus einem Land zu senden, dessen Kommunikationssystem zusammengebrochen war. Im schlechtesten Fall wurde eine besprochene Kassette per Bote außer Landes gebracht. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 47)

3.3. Fotoreporter

Die insgesamt 1500 Fotoreporterinnen und Fotoreporter, die sich während der Zeit des Vietnamkrieges im Land befanden, hatten aufgrund ihrer kleinen und leichten Kameras den Fernsehteams einiges an Mobilität voraus, da sie damit näher am Kriegsgeschehen sein konnten. Eine weitere Neuheit bot 1963 schließlich der Farbbildbericht, der den Illustrierten einen weiteren Vorsprung in der Berichterstattung ermöglichte. (vgl. Paul, 2004, S. 324)

Fotografinnen und Fotografen fielen allein schon aufgrund ihrer umfangreichen Ausrüstung auf. Zu eben dieser zählten zwei bis drei Kameras, mehrere Objektive, Filme, Reinigungstücher und sogar eine mobile Dunkelkammer. Anders als die schreibenden Journalistinnen und Journalisten oder Radioreporterinnen und Radioreporter mussten sich die Fotografinnen und Fotografen regelmäßig in ausgesetztes Gebiet begeben, um ein spektakuläres Bild zu bekommen. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 47)

Das anfangs in den Tageszeitungen und illustrierten Magazinen positive Bild der amerikanischen Soldaten als Helfer der vietnamesischen Bevölkerung belegte sogar eine Untersuchung der drei Wochenmagazine *Time*, *Life* und *Newsweek*. In der Zeit der öffentlichen Unterstützung des Krieges konzentrierte man sich auf die waffentechnische Überlegenheit der US-Armee und vermied es, Kampfhandlungen zu dokumentieren. Diese Einstellung wandelte sich allerdings 1968 nach der Tet-Offensive und der Abnahme der öffentlichen Zustimmung des Krieges. Aufnahmen aus der Nähe und die

Auseinandersetzung von bewaffneten US-Soldaten mit wehrlosen Zivilisten ließen den Krieg keineswegs mehr als heldenhaftes Ereignis erscheinen. Eine große Anzahl der bereits während des Vietnamkrieges veröffentlichten Fotos, in der die Täter-Opfer-Beziehung in alltäglichen Situationen dargestellt wurde, ermöglichte den Rezipientinnen und Rezipienten eine Identifikation und Auseinandersetzung mit den gezeigten Bildern. Dies war anders als in den vorangegangenen Kriegen, die vorwiegend vorher und nachher Kampfsituationen ablichteten. (vgl. Paul, 2004, S. 325-327)

3.4. Fernsehen

In den fünfziger Jahren entwickelte sich das Fernsehen zum Leitmedium in den USA und zeigte, dass untertags mehr Fernseh- als Radiogeräte eingeschaltet wurden. Bereits Ende 1956 befand sich in 78 Prozent der amerikanischen Haushalte ein TV-Anschluss, der im Schnitt fünf Stunden eingeschaltet war. Auch wenn anfangs nur Sport- und Unterhaltungsprogramme konsumiert wurden, setzten sich 1963 schließlich Informationssendungen durch, aus denen die Amerikanerinnen und Amerikaner ihre Nachrichten bezogen. Zwar war der Koreakrieg der erste Krieg, über den im Fernsehen berichtet wurde, aber zur damaligen Zeit geschah dies enorm zeitversetzt. Vor der Ausstrahlung musste das Filmmaterial noch ins Sendezentrum und daher bereits Tage vorher verschickt werden. In der Zwischenzeit war die Bevölkerung schon über die Zeitungen und das Radio informiert. Erst nach dem Koreakrieg 1956 probierte der Sender CBS ein neues Bandmaterial aus, in dem die Belichtung wegfiel und der Schnitt schneller zu bearbeiten war. Der mit der einfachen technischen Ausstattung einhergehende Vorteil erlaubte auch Zwei-Personen-Teams, was sich als kostengünstiger erwies. (vgl. Elter, 2005, S. 105-107) Die Entwicklung einer kompakten lichtempfindlichen Tonkamera, das verbesserte Lufttransportsystem und die aufkommende Satellitenkommunikation trugen ebenfalls dazu bei, dass Bilder schneller übertragen wurden. (vgl. Paul, 2004, S. 315)

Doch trotz des technologischen Fortschritts erwies sich die Fernsehberichterstattung während des Vietnamkrieges als relativ teuer. So kostete der direkte Transport der Bilder per Flugzeug von Südostasien nach Seattle 3 000 Dollar, die Übertragung per Satellit sogar 4 000 Dollar. Im Jahr 1967 gaben schließlich die Fernsehanstalten für die Berichterstattung aus Vietnam mindestens eine Million Dollar aus. (vgl. Klein, 2006, S. 196)

Im Gegensatz zu den vorherigen Berufsfeldern war die Fernseharbeit abhängig von den beteiligten Personen, welche daran mitwirkten. Zwar konnte man einerseits auf die Tonfrau und den Tonmann oder die Cutterin und den Cutter verzichten, aber andererseits wirkte sich dies wiederum auf die Qualität des Filmmaterials aus. Wie auch die Fotografinnen und Fotografen musste sich ein Fernsehteam im Krisengebiet einer höheren Gefahr aussetzen, um an Filmaufnahmen zu gelangen. Abhängig davon, welchen Aufgabenbereich das jeweilige Mitglied des Fernsehteams hatte, befanden sie sich direkt vor Ort oder im Hotelzimmer. Meist waren es die Kamera- und die Tonfrau oder der Kamera- und der Tonmann, die sich in Lebensgefahr begaben. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 48)

Jahre später stellte der AP-Korrespondent Peter Arnett fest, dass er die Konkurrenz durch das neue Medium Fernsehen unterschätzt hatte. Die schwere Ausrüstung und der aufwendige Transportweg der Berichte ließen damals keine ernsthafte Wettbewerbsfähigkeit erwarten. Fernsehjournalisten wie der CBS-Reporter Morley Safer hingegen waren diesbezüglich anderer Ansicht. Obwohl die Gefahr und die körperlichen Anstrengungen hoch waren, konnte man immerhin mit den gefilmten Bildern ein Spektakel über Leben, Tod und Tapferkeit liefern. (vgl. Klein, 2011, S. 56f.)

Erst im Nachhinein erkannte Arnett das Potential der Fernsehberichte.

Dennoch fingen sie mit ihren Kameras manchmal Eindrücke ein, die wir mit unseren Mitteln einfach nicht wiederzugeben vermochten. In solchen Momenten hätten wir eigentlich merken müssen, dass das Fernsehen in der Zukunft eine dominierende Rolle spielen würde. Stattdessen taten wir großartige Reportagen wie Morley Safers Bericht über Cam Ne als bloßen Zufallstreffer ab. (Arnett, 1994, S. 223f.)

Schon vor dem Vietnamkrieg setzte sich das Fernsehen als Hauptinformationsquelle durch und wirkte noch dazu realistischer als das Radio oder die Printmedien. Im Gegensatz zum Kino musste man die Wohnung nicht mehr verlassen und die Fernsehsender erreichten ihr Publikum auch auf der emotionalen Ebene. Mit dem Vietnamkrieg zeigte sich allerdings, welche Auswirkungen die optische Nachvollziehbarkeit auf seine Zuschauer hatte. (vgl. Elter, 2005, S. 108f.)

Am Höhepunkt des Vietnamkrieges befanden sich 100 Millionen Empfangsgeräte in den USA und veranschaulichten damit auch den veränderten Status des Medium Fernsehen. Das Interesse der Bevölkerung wechselte von illustrierten Magazinen hin zum Bildschirmmedium, aus dem mittlerweile 60 Prozent der Amerikanerinnen und

Amerikaner ihre Nachrichteninformation bezogen. Dies konnte auch daran liegen, dass sich die Fernsehanstalten im Gegensatz zu den wöchentlichen Nachrichtenmagazinen mehr auf aktuelle Themen wie den Vietnamkrieg konzentrierten. Durch die regelmäßigen Fernsehberichte aus Vietnam wurde der Krieg zu einem Bestandteil des Alltags und veränderte dahingehend auch die Wahrnehmung. Neben der Seifenoper am Nachmittag und dem Abendfilm fügte sich der Vietnamkrieg als weiterer Teil in das Fernsehprogramm ein. Doch trotz dieser Präsenz des Vietnamkrieges im Fernsehen blieb den Zuschauerinnen und Zuschauern das wahre Ausmaß des Konflikts verborgen. (vgl. Paul, 2004, S. 315f.)

Am vorherigen Kapitel ansetzend folgen nun die Personen, die hinter der Berichterstattung standen und agierten. Die Kriegsberichterstattung bildet hierbei eine eigene Sparte im Journalismus und damit auch ein eigenes Berufsbild.

4. Kriegsberichterstattung und Berufsbild

Für Medien ist ein Krieg eine enorme Herausforderung, bei der es gilt, eine faire angemessene Berichterstattung zu liefern. Hinzu kommt auch noch der Druck vom Staat und vom Militär, die ihrerseits eine Unterstützung ihrer Kriegsziele sehen wollen. In eben diesem Spannungsfeld agieren nun die Kriegsberichterstellerinnen und Kriegsberichtersteller, die zwischen ihren journalistischen Idealen, der militärfreundlichen Öffentlichkeit und der möglichen Zensur vom Staat vermitteln müssen. Nicht selten können dabei Kriegsberichterstellerinnen und Kriegsberichtersteller einerseits für staatliche und militärische Propaganda instrumentalisiert werden, aber auch andererseits sich als angesehene Kritiker öffentlicher Propaganda und Aufdecker schamloser Lügen profilieren. (vgl. Kellner, 2007, S.17)

Kriegsjournalismus bedeutet konkret die Kriegsberichterstattung einer Journalistin und eines Journalisten und deren thematische und operative Ausprägung. Die Kriegsthematisierung ist dabei ein zentrales Merkmal der Kriegsberichterstattung und behandelt Aspekte, die mit Krieg in Zusammenhang gebracht werden. Neben der unmittelbaren Kriegsgewalt und ihren Folgen, wie Tod und Zerstörung, gehören auch Ereignisse dazu, welche neben den Kampfhandlungen passieren. Dazu gehören Aufmärsche, Mitteilungen von Repräsentationspersonen, Expertengespräche, Meinungsumfragen oder auch Demonstrationen. Thematisch bewegt sich die Kriegs- oder auch Krisenberichterstattung vor allem in der Nähe der Inland- und Auslandspolitik-berichterstattung. (vgl. Staiger, 2004, S. 151f.)

Darüber hinaus existieren zwei Modelle der Krisenberichterstattung nebeneinander. Im Fokus des Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus stehen sich beispielsweise mehrere Parteien gegenüber, die um den Sieg kämpfen und sich mit der Frage beschäftigen, wer die Oberhand behält. Die Berichterstattung schaltet sich dabei erst ab Ausbruch des Konflikts ein und orientiert sich hier an den augenscheinlichen Folgen des Krieges - Tote, Verwundete und materieller Schaden. Von den Journalistinnen und Journalisten wird auch eine klare Stellung für eine Seite bezogen. Dabei versuchen sie auch Unwahrheiten und Täterinnen und Täter der anderen Seite zu offenbaren. Vertuschungsversuche und Lügen der eigenen Seite werden hingegen gedeckt. Im Gegensatz dazu steht der Friedens- bzw. Konfliktjournalismus, der sich mit den Hintergründen des Konflikts beschäftigt und

versucht, diesen transparent zu machen. Es wird dabei keine bestimmte Partei als das Problem angesehen, sondern der Konflikt selbst. Die Lösung des Konflikts und die Friedensbemühungen sind dadurch der Kernbereich der Berichterstattung. Lügen, Vertuschungen, Täterinnen und Täter aller Parteien werden dabei von den Journalistinnen und Journalisten aufgedeckt und beschäftigen sie aufgrund ihrer Lösungsorientiertheit auch in der Nachkriegsphase. (vgl. Hanitzsch, 2004, S. 173)

Bei dem Berufsbild des Kriegsberichterstatters kann man vier Arbeitsfelder unterscheiden. So gibt es die schreibenden Journalistinnen und Journalisten, die Radioreporterinnen und Radioreporter, die Fotografinnen und Fotografen und ein aus mehreren Personen bestehendes Fernsichtteam. Im Allgemeinen sollte sich jeder oder jede aus diesem Berufsfeld über die politische Entwicklung, die Geschichte, die wirtschaftliche Lage und die kulturellen Besonderheiten im Krisengebiet informieren, bevor er oder sie das Land bereist. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 46) Gerade diese Informationshintergründe waren Kritikpunkte, welche den jungen Reporterinnen und Reportern in Vietnam vorgeworfen wurden. So bemängelte man oft den geringen politischen und geschichtlichen Inhalt der Berichte und das fehlende Wissen über die Gesellschaft und Kultur des Landes. Auch David Halberstam gab zu, anfangs wenig über Vietnam gewusst zu haben. (vgl. Klein, 2011, S. 222) Die Besonderheit am Vietnamkrieg war allerdings die generelle Veränderung in der Kriegsberichterstattung. So verlangten die amerikanischen Nachrichtenkanäle nach immer mehr Schlachtszenen und Bildern von kämpfenden Männern. Obwohl die TV-Sender in manchen Situationen zusammenarbeiteten, so gab es dennoch heftige Konkurrenzkämpfe untereinander. In Hinblick auf Umfragewerte setzten sich die TV-Sender, solange sie Reporterinnen und Reporter hatten, die sich zur nächsten Schlacht begaben, keine Grenzen. (vgl. Durschmied, 2004, S. 155f.)

Nicht selten wurden die Medien auch als eine Art vierte Gewalt bezeichnet, deren Einfluss und Wirkung von den Politikerinnen und Politikern keinesfalls unterschätzt wurde. Daher mussten sich die Journalistinnen und Journalisten mit ihren Kameras in Krisengebieten strengen Reglements unterordnen. Sogenannte Akkreditierungen waren und sind heute auch noch Beglaubigungsschreiben, die praktisch den Zugang zu Krisengebieten oder an die Front ermöglichten. Wurde man allerdings nicht offiziell von einer der Konfliktparteien zugelassen, so war dies auch mit einem Arbeitsverbot gleichzusetzen. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 69)

Neben den verschiedenen Berufsfeldern ließen sich aber unterschiedliche Arten der Berichterstattung ausmachen. Die als Hotelberichterstatterinnen und Hotelberichterstatter bezeichneten Journalistinnen und Journalisten befanden sich hauptsächlich in ihren Hotels und informierten sich über die neuesten Kriegsgeschehnisse über Briefings, Pressekonferenzen oder Botschaftsempfänge, an denen sie teilnahmen. Die daraus entstandenen Reportagen oder Analysen konnten bei den Hotelberichterstatterinnen und Hotelberichterstattern durchaus blutrünstiger ausfallen, als es wirklich der Fall war. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 51) Der für die BBC tätige Fotoreporter Erik Durschmied beschrieb diese sogenannten Hotelberichterstatterinnen und Hotelberichterstatter folgendermaßen:

Einige fanden immer literarischere Formen, um ihrem Publikum mitzuteilen, dass sie gar nichts wussten. Ihre wichtigsten Informationsquellen waren teilweise Gerüchte. Das waren jene, die von den Bars des *Continental* oder vom *Caravelle* aus berichteten, was sich ‚im Hinterland‘ tat – die Kriegsprofiler oder Sonderkorrespondenten. (Durschmied, 2004, S. 156)

Eine weitere Art der Berichterstattung war der Fensterbrettjournalismus, bei dem die Reporterinnen und Reporter aus sicherer Entfernung von der Front für ihre Berichte recherchierten. Für sie war dies ein überschaubares Risiko und es erlaubte ihnen, im Krisengebiet den notwendigen Überblick zu behalten. Aufgrund dieser Tatsache gehörte der überwiegende Teil der Kriegsberichterstatterinnen und Kriegsberichterstatter zu dieser Gruppe. Zu der letzten Gruppe der Berichterstatterinnen und Berichterstatter zählten vor allem junge Fotografinnen und Fotografen oder Kameraleute, die in der Frontberichterstattung ihre Chance sahen, sich einen Namen zu machen und nicht selten als todessehnsüchtig bezeichnet wurden. Das Auf-der-Lauer-Liegen, um auf das *eine* Foto oder auf die *eine* Story zu warten, grenzte dabei schon an Besessenheit und Fanatismus, zeigte aber auch, wie entschlossen diese jungen Kriegsberichterstatterinnen und Kriegsberichterstatter waren, alles zu riskieren. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 52) Dies brachte ihnen aber auch den Respekt und die Wertschätzung anderer Kolleginnen und Kollegen ein, die sie für ihre eingegangenen Risiken bewunderten. Allerdings war es unüblich, dass Kriegsberichterstatter solche direkten Kampferfahrungen machten. Tatsächlich waren es etwa 35 Prozent der Reporterinnen und Reporter, die sich direkt an die Front wagten, und von den 4 100 Fernsehberichten zehn Prozent sogenannte *bang-bang* Geschichten lieferten. (vgl. Klein, 2006, S. 197)

4.1. Prinzipien der Kriegsberichterstattung

In der Kriegsberichterstattung finden sich fünf Grundprinzipien wieder, denen sich die Kriegsberichterstattung verpflichtet fühlt. Dazu gehören die Beobachterabhängigkeit, die Selbstbezüglichkeit, die Selbstorganisation, die Nicht-Linearität und die Viabilität. (vgl. Staiger, 2004, S. 153)

Beginnend mit der *Beobachterabhängigkeit* stellt sich diese als ein Prinzip dar, bei dem sich die journalistische Kriegsthematisierung qualitativ und quantitativ auf die menschliche Wahrnehmung eingrenzen lässt. Im Zuge dieser Wahrnehmung wird diese selektiert und rekonstruiert, wobei die Präsentation einer absoluten Realität des Krieges nicht möglich ist. Die angestrebte Objektivität wird vielmehr in einer vereinheitlichten Vorgehensweise des Erkenntnisgewinns zusammengefasst und äußert sich darin, dass Nachrichten und Kommentare getrennt werden. Dennoch versucht der Kriegsjournalismus unter widrigsten Bedingungen, eine umfassende und wahrhaftige Berichterstattung zu liefern, mit der sich das Publikum gut informiert fühlt. (vgl. Staiger, 2004, S. 153f.) In der ersten Phase des Vietnamkrieges in der Zeit von 1965 bis 1968 wurde dergleichen allerdings außer Acht gelassen. Hier galt es vor allem, die tapferen amerikanischen Jungs gut aussehen zu lassen. Die Korrespondentinnen und Korrespondenten, die den Soldaten in die Einsatzgebiete folgten, gelang es meist nicht, reale Kampfhandlungen einzufangen, weshalb diese im Nachhinein mit den GIs nachgestellt wurden. Diese Inszenierung des Krieges wirkte auch auf die Soldaten zurück, die sich dabei wie Hollywoodstars fühlten. 22 Prozent aller Filme aus dieser Zeit hatten daher einen eher geringen Informationsgehalt und wirkten vielmehr wie Ausschnitte aus Hollywood. Bilder von Verwundeten oder gar Toten wurden von den drei großen Fernsehsendern tunlichst vermieden, weshalb man solche Nachrichten über den Krieg eher den Textbeiträgen überließ. (vgl. Paul, 2004, S. 317) Die Absicht, eine objektive Berichterstattung zu liefern, kollidiert jedoch damit zu entscheiden, wer als gut und böse wahrgenommen wird. Schon alleine Fotos oder Filmaufnahmen geben bereits einen subjektiven Standpunkt vor, womit die Journalistin und der Journalist eine Beurteilung abgibt, die die Erwartungshaltung der Zuschauerinnen und des Zuschauers bestimmt. Indem sie sich ein eigenes Bild der Lage in einem Krisengebiet machen, bewerten die Journalistinnen und Journalisten den Konflikt und beenden damit ihre Objektivität. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 83)

Die *Selbstbezüglichkeit* ist ein weiteres Kennzeichen der Kriegsberichterstattung. Hierbei beziehen sich die Journalistinnen und Journalisten nicht nur auf den Krieg, sondern auch auf andere journalistische Systeme. Auf diese Weise kommt es zu einem Abgleich der Themenstruktur, des Inhalts oder der Bewertung der Kriegskonstruktionen. (vgl. Staiger, 2004, S. 155) Neben den Spannungen zwischen den Militärs und der Presse kam es daher auch zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Medien. Der Washingtoner Zeitungskolumnist Joseph Alsop kritisiert beispielsweise in einem Brief an James Reston, den Washingtoner Büroleiter der *New York Times*, die Berichterstattung des *New York Times* Korrespondenten Neil Sheehan. Alsop verurteilte darin die negative Darstellung des Krieges und die Berichterstattung selbst als sensationslüstern. (vgl. Elter, 2005, S. 121f.)

In der Kriegsberichterstattung nimmt das Phänomen der *Selbstorganisation* eine überaus präzise Stellung ein. Im Fokus steht dabei das Zusammenwirken von Strukturen und Abläufen kriegsjournalistischer Systeme. Journalistin, Journalist und Redaktion stellen dabei einzelne Systeme dar, die allerdings auf die jeweilige Eigendynamik keinen Einfluss haben. (vgl. Staiger, 2004, S. 156) Im Krisengebiet werten die verantwortungsvollen Journalistinnen und Journalisten die Fülle an Material vor Ort aus, um eventuelle Gräuelszenen herauszunehmen. Um dem Blatt- oder der Senderlinie treu zu bleiben, können jedoch die Ressortleiterinnen und Ressortleiter, die Chefredakteurinnen und Chefredakteure oder die Herausgeberinnen und Herausgeber hingegen schon dafür sorgen, dass vom Korrespondentinnenbericht und Korrespondentenbericht nur noch das Gerüst übrigbleibt. Dahinter stehen nicht selten von Politikerinnen und Politikern ausgegebene Direktiven zum Schutz der Außenpolitik. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 78) Beispielhaft dafür steht die Konfrontation zweier Korrespondenten des *Time Magazine* mit ihrer Heimredaktion in Washington. In einem Bericht über die Situation in Südostasien begannen Charles Mohr und Merton Perry damit, dass der Krieg in Vietnam verloren sei. Abgesehen davon, dass der Satz vor der Veröffentlichung entfernt wurde, wurde der Text komplett geändert und machte aus einem kritischen einen überaus zuversichtlichen Bericht. Hier zeigte sich, dass die amerikanischen Heimredaktionen sehr optimistisch bezüglich eines siegreichen Kriegsverlaufs waren. Grund dafür waren einerseits der routinierte Umgang mit Regierungsmitgliedern und den daraus entstandenen persönlichen Beziehungen, aber andererseits auch das Abhandenkommen kritischer Distanz gegenüber der Regierung. (vgl. Elter, 2005, S. 121)

Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit sind Themen, welche das Prinzip der *Nicht-Linearität* betreffen. Dahingehend lässt sich feststellen, dass Abläufe und Entwicklungen im Kriegsgeschehen unmöglich bestimmt oder erfasst werden können. Der Kriegsjournalismus wirkt dem allerdings entgegen, indem er in den Medienereignissen Linearität und Kausalität zu vermitteln versucht. Konstruiert werden dabei triviale Fragen bezüglich Schuld und Verantwortung in einem Krieg. (vgl. Staiger, 2004, S. 157f.)

In Bezug auf den Vietnamkrieg lag die Schuld folglich beim Gegner, dem Vietcong, der nicht nur als der Böse, sondern auch als fanatisch, selbstmörderisch und wahnsinnig dargestellt wurde. Die nichtssagenden Fernsehberichte und die von der Brutalität entschärften Beiträge boten dem Fernsehpublikum schließlich nur noch eine Wiederholung der immer gleichen Symbole und Sequenzen. Vereinfacht gesagt waren die landenden Hubschrauber, die umherstreifenden Soldaten oder das im Hintergrund hallende Artilleriefeuer ein stilisierter, aber dennoch distanzierter Überblick eines zusammenhangslosen Konflikts. (vgl. Paul, 2004, S. 319)

Viabilität wiederum ist ein Konzept, welches sich an der Gangbarkeit der journalistischen Strukturen und Konstruktionen orientiert. Konkret geht es darum, dass der Journalismus mit den Strukturen seiner Umwelt vereinbar wird. Es gilt daher, die Erwartungen der Rezipientinnen und Rezipienten oder des finanzierenden Systems zu erfüllen. (vgl. Staiger, 2004, S.153-159) Nicht selten wurden daher Bilder oder Ausschnitte eines Fernsehberichts von den Journalistinnen und Journalisten oder den Fernsehanstalten zurückgehalten, wenn sie der Meinung waren, sie könnten die Öffentlichkeit verstören oder sogar schockieren. Einige Reporterinnen und Reporter lehnten es sogar dezidiert ab, über Gräueltaten zu berichten, um nicht moralische und politische Wertungen zu verbinden. Filmmaterial vom Abtransport toter Vietcong zu einem Massengrab oder das Sammeln abgeschnittener Ohren toter Vietcong von US-Marines verweigerte der Nachrichtensender NBC beispielsweise auszustrahlen. (vgl. Paul, 2004, S. 318f.) Ein Bericht der Journalisten Horst Faas und Peter Arnett über ein Bataillon, das einem feindlichen Soldaten mit einem Kriegsbeil den Kopf abschlug, fand nur teilweise seinen Weg an die Öffentlichkeit. Als Rückmeldung zu ihrem Bericht wurde den Journalisten mitgeteilt, dass die Fotos archiviert und Passagen über die Hinrichtung des Opfers herausgenommen wurden. Arnett erfuhr einige Jahre später, dass man der Meinung war, dass *die Sache einen üblen Beigeschmack* hatte und die Geschichte daher nicht ausführlicher herausgebracht wurde. (vgl. Arnett, 1994, S. 210f.)

Ein weiterer Artikel Arnetts, bei dem er über Plünderung von amerikanischen Soldaten in einem südvietnamesischen Ort berichtete, erfuhr ebenfalls Kürzungen. Der Chef des Auslandsresorts begründete dies damit: „Bezüglich Südostasien ist die Situation in den Vereinigten Staaten momentan sehr angespannt, deshalb sollten wir uns in der Berichterstattung zurückhalten (...) Aus diesem Grund haben wir heute Hinweise auf Plünderungen und ähnliche Vorkommnisse aus Arnetts Artikel gestrichen.“ (Arnett, 1994, S. 326)

4.2. Motivation

Den ersten Entwurf einer Geschichte zu liefern hat in Journalistenkreisen eine besondere Bedeutung und zählt damit zum Selbstverständnis in dieser Berufsgruppe. Auch die Tatsache, Geschichte erleben zu wollen, ist einer der Hauptgründe, weshalb Journalistinnen und Journalisten die Kriegsberichterstattung ausüben. Doch abgesehen davon finden sich auch andere Verweise, weshalb Kriegsberichterstatteerinnen und Kriegsberichterstatteer ihrem Beruf nachgehen. Einer der trivialsten Gründe ist wahrscheinlich die Notwendigkeit der Informationsbeschaffung an der Front. Der Wunsch, die eigene Karriere voranzutreiben, ist ebenfalls ein wesentlicher Faktor, sich den Gefahren der Kriegsberichterstattung auszusetzen. (vgl. Klein, 2011, S. 47) Im Roman *Flug nach Arras* schrieb Antoine de Saint-Exupéry *Krieg ist eigentlich kein Abenteuer, er ist nur Abenteuer-Ersatz*. Mit diesen Worten identifiziert sich auch der Schweizer Peter Balsiger, der für die Nachrichtenagentur *United Press International* (UPI) während des Vietnamkrieges als Berichterstatteer tätig war. Für ihn war es wichtig, den einfachen Soldaten im Krieg zu zeigen und dies seinen Lesern auch näherzubringen. Der Wunsch jedoch, den Krieg kennenzulernen, resultierte darin, an der mit dem Militär verbundenen Welt der Männer und Erwachsenen teilzuhaben. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 113-116)

Jaques Leslie beispielsweise gab an, dass sein Antrieb darin bestand, den eigenen Namen auf der ersten Seite einer Zeitung zu lesen. Wohlwissend, sich so zu einem Teil der elitären Gemeinschaft von Kriegsberichterstatteern zählen zu können. (vgl. Klein, 2006, S. 195) Für den aus Österreich stammenden ABC-Kameramann Paul Bruck war das Leitmotiv, ebenfalls einen sogenannten *Scoop* zu landen und bessere Bilder zu machen als andere. Der Bericht selbst hatte für ihn keine Bedeutung. Er gibt jedoch zu, die Gefahr bis zu

einem gewissen Grad auch herausgefordert zu haben, nicht zuletzt aufgrund seines Haschischkonsums. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 131-138)

Sich Grenzsituationen auszusetzen gehörte jedoch zur Kriegsberichterstattung dazu und zählt zu einer der wichtigsten Motive der Reporterinnen und Reporter. Situationen zu beobachten, in denen es um Leben und Tod ging, entsprach dem Selbstbild der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) und machte den Reiz aus, sich kleineren, aber auch größeren Gefahren auszuliefern. Stellte nun für einige Reporterinnen und Reporter die Gefahr selbst die Motivation dar, so war sie für andere wiederum ein Hindernis, wodurch Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r), die ihr Leben aufs Spiel setzten, zu Heldinnen und Helden stilisiert wurden. Der für die *Associated Press* (AP) tätige Peter Arnett würdigte in seinen Erinnerungen vor allem Kolleginnen und Kollegen, die im Zuge ihrer Berichterstattung verletzt oder gar getötet wurden. (vgl. Klein, 2011, S. 52) Erik Durschmied gehörte zu eben diesen Reportern. In seinem Buch *Shooting Wars* schildert er, wie er sich während eines Einsatzes im Vietnamkrieg verletzte und dennoch weiterfilmte.

(...) ich schaltete meine Kamera ein und sprang aus dem schwebenden Hubschrauber. Als ich auf dem Boden aufkam, schoss ein stechender Schmerz durch mein linkes Bein und durch meinen Hintern. Ich war in einem verdammt Bambusbusch gelandet. (...) Ich filmte die Kavalkade von Hubschraubern, die eine Rangerkompanie ausspuckte. (Durschmied, 2004, S. 126)

Eine der ersten Gruppen von Kriegsberichterstatte(r)en bildeten 1963 die amerikanischen Reporter David Halberstam, Neil Sheehan und Charles Mohr. Zu ebendieser Gemeinschaft gehörte auch der Deutsche Horst Faas. (vgl. Klein, 2006, S. 195) Der in Berlin geborene Fotograf sah eher in der Geschichte oder in einem Bild das Hauptmotiv für sein Schaffen. Vor allem das Bild sah er wie die Sprache als Ausdrucksmittel an. Dennoch gab es seiner Meinung nach viele Reporterinnen und Reporter, die, wie er es nennt, wegen des *Kribbelns* mit den Soldaten in die Kampfgebiete zogen. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 165-170) Schließlich garantierte ein Krieg Abenteuer, Nervenkitzel, aber auch Ruhm und Geld. Doch wie die Soldaten durchliefen auch die Journalistinnen und Journalisten einen festen Turnus im Kriegsgebiet, weshalb es in dieser Zeit für junge energische Reporterinnen und Reporter galt, Abwechslung in den tristen Alltag zu bringen. Nicht wenige brachten dabei kaum Erfahrung in der Kriegsberichterstattung mit. (vgl. Klein, 2006, S. 195) Folglich waren es vor allem solche unerfahrenen, jungen Fotoreporterinnen und Fotoreporter ohne

Arbeitgeber, die sich an die vorderste Front der Krisengebiete begaben. Mit der Bereitschaft, enorme Risiken für ein Foto einzugehen wollte man sich nicht zuletzt den Respekt der älteren Kolleginnen und Kollegen verdienen. (vgl. Klein, 2011, S. 53)

Ganz anders sah es der Deutsche Peter Scholl-Latour, der sogar im französischen Indochinakrieg kurz vor dem Vietnamkrieg seinen Kriegsdienst ableistete. Für ihn als Journalisten war es wissenschaftliches Interesse, das ihn antrieb, aus Krisengebieten zu berichten. Im Gegensatz zu anderen Journalistinnen und Journalisten, die die Zeit während des Vietnamkrieges hauptsächlich in Saigon verbrachten, empfand er es als intensiveres Gefühl, bei einer Offensive dabei zu sein und direkt davon zu berichten. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 282-295)

Eine unverzichtbare Anforderung für Kriegsberichterstatte(r)innen und Kriegsberichterstatte(r) und damit die Besonderheit des Berufs war daher die Nähe zum Geschehen. Der daraus resultierende Anspruch, Situationen richtig einzuschätzen und den Überblick zu behalten, gehörte dazu. (vgl. Klein, 2011, S. 53)

Im Zuge der Kriegsberichterstattung ist es nicht ungewöhnlich, dass ein Bericht nicht immer die Zustimmung aller Beteiligten findet. Dadurch ergeben sich Konfliktsituationen, die durch Spannungen mit Institutionen oder anderen Personen gekennzeichnet sind.

4.3. Konfliktsituationen

Üblicherweise versucht das Militär in Kriegszeiten, die Medien für sich zu nutzen und darüber hinaus diese auch streckenweise durch Zensur zu kontrollieren. Auf diese Weise sichern sich der Staat und das Militär Berichterstattungen, die ihnen dienlich sind und zum Vorteil reichen. So lässt sich dokumentieren, dass in vielen Fällen Kriegskorrespondentinnen und Kriegskorrespondenten zu Propagandisten für Staat und Militär wurden. Kritische Journalistinnen und Journalisten hingegen wurden sogar gezwungen das Schlachtfeld zu verlassen und wurden somit daran gehindert zu berichten. (vgl. Kellner, 2007, S.18)

Der für *Newsweek* berichtende Reporter Francois Sully verärgerte bereits früh das Diem Regime mit seinem Bericht über eine südvietnamesische Frauenmiliz. Die Folge war die Ausweisung aus dem Land, nachdem der Artikel erschienen war. Ein amerikanischer

Korrespondent, dem ebenfalls die Ausweisung drohte, war der für die *New York Times* tätige Homer Bigart. Er äußerte sich dabei des Öfteren kritisch über das Diem Regime und machte sich dadurch bei der südvietnamesischen Regierung schnell unbeliebt. Ausschlaggebend für die Anordnung seiner Ausweisung waren schließlich seine Recherchen dazu, dass die USA den Krieg nicht nur unterstützten, sondern auch anführten. (vgl. Klein, 2011, S. 87-90)

Die spektakuläre Selbstverbrennung des Mönches Thich Quang Duc während der Buddhistenkrise im Sommer 1963 sorgte ebenfalls für Schlagzeilen auf der ganzen Welt. Für die südvietnamesische Führung rund um Präsident Diem war dies wiederum ein Ärgernis, da dadurch die Buddhisten Sympathien und Anteilnahme erhielten. Diem unterstellte daher dem Reporter Malcolm Browne, der die Fotoserie über die Selbstverbrennung aufnahm, dass dieser die Mönche bestochen habe, um den Selbstmord zu inszenieren. Das Misstrauen und die Feindseligkeit Diems gegenüber der ausländischen Presse wurden dadurch mehr als deutlich. (vgl. Browne, 1966, S. 247)

Die Beziehung zwischen Journalismus und Patriotismus wird folglich immer komplizierter, weshalb es durchaus sein kann, dass Objektivität und journalistische Werte zugunsten von parteiischen Zielen aufgegeben werden. Nicht zuletzt, da einige politische US-Konservative ganz besonders von Journalistinnen und Journalisten Patriotismus verlangen und dabei auch noch Standards wie Objektivität und Neutralität in Frage stellen. Der institutionelle Druck ist eine weiterer Grund dafür, dass Journalistinnen und Journalisten dazu tendieren, nicht kritisch zu sein, wodurch die Anpassung an eine Kriegsbegeisterung und mit ihr das Streben nach Quoten und Reputation mehr und mehr gefördert wird. (vgl. Kellner, 2007, S.18ff.)

Bereits während des Vietnamkrieges begann sich die Idee durchzusetzen, dass der eigentliche Feind nicht im Ausland zu verorten war, sondern sich innerhalb des Militärs, der Politik und der Medien versteckte. Vor allem die Vietnamkriegs-Korrespondentinnen und -Korrespondenten waren stets kritisch gegenüber offiziellen Verlautbarungen und haben, soweit es ihnen möglich war, unabhängig berichtet. (vgl. Klein, 2006, S. 191)

4.3.1. Niederlage bei Ap Bac

Als Beginn eines tiefgreifenden Konflikts zwischen Medien und Militär lässt sich vor allem der Kampf um das Dorf *Ap Bac* Anfang Januar 1963 festmachen. Entgegen dem Optimismus von General Harkins und dem Verschweigen der tatsächlich eingesetzten personellen und materiellen Unterstützungen veröffentlichten einige Journalisten die wahren Gegebenheiten. Die Verheimlichungen über das wahre Ausmaß der amerikanischen Beteiligung wurden in der Folge immer einfallender. (vgl. Frey, 1998, S. 91) Seit dem Aufbau der amerikanischen Präsenz war die Schlacht bei *Ap Bac* am schwerwiegendsten, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass eine 2000 Mann starke und damit zahlenmäßig überlegene südvietnamesische Armee mit ihren amerikanischen Beratern eine herbe Niederlage gegen eine vergleichsweise geringe Anzahl von 200 Guerillakämpfern erlitt. (vgl. Klein, 2011, S. 98f.)

Mit 80 toten und über 100 verwundeten vietnamesische Regierungssoldaten, drei toten und acht verletzten Amerikanern und fünf abgeschossenen Hubschraubern ließ sich diese Demütigung auch nicht abstreiten. Offiziell wurden die Verlustzahlen der Südvietnamesen jedoch gering gehalten. (vgl. Sheehan, 1992, S. 269) Der für die *Chicago Daily Tribune* tätige Nicholas Turner zog am Ende seines Berichts eine ähnliche Bilanz. In einem Bericht der *Associated Press* stützte man sich auf Aussagen amerikanischer Militärs, die von zu wenig Unterstützung und geringer Aggressivität der Südvietnamesen sprachen. Darüber hinaus wurden auch eine mangelhafte Abstimmung und eine schlechte Aufklärung für die Niederlage verantwortlich gemacht. Doch trotz dieser negativen Beurteilungen von Seiten der Medien und einiger Militärangehöriger sprach die militärische Führung unter General Paul Harkins von einem Erfolg. (vgl. Klein, 2011, S. 98-102)

Im Zuge dieser Niederlage stellte schließlich der Oberstleutnant John Paul Vann einen 91 seitigen Bericht für General Harkins zusammen. Einige Vorgesetzte Vanns wie Colonel Porter taten dasselbe und legten Harkins kurzgefasste Berichte vor. Der General bestand allerdings allen Analysen zum Trotz auf einen Sieg und war der Meinung, das Angriffsziel erreicht zu haben. (vgl. Sheehan, 1992, S. 286-288) Über den Bericht von Colonel Porter war General Harkins sogar so empört, dass er von diesem alle Exemplare einsammeln ließ und bei einer Konferenz mit seinen Offizieren anmerkte, dass dessen Bericht erst saniert werden müsse. Ungewöhnlich daran war, dass üblicherweise die Berichte höherer Offiziere an die anderen weitergegeben wurden, der Bericht von Colonel Porter wurde jedoch nie freigegeben. (vgl. Halberstam, 1965, S. 99) Den ersten Reaktionen zufolge sah

die Militärführung daher keineswegs einen Rückschlag in der Schlacht um *Ap Bac*. General Wheeler sprach in dieser Hinsicht von deutlichen Fortschritten in einem fiesem zähen kleinen Krieg. Darüber hinaus tat er alle Berichte über kampferweigernde südvietnamesische Soldaten als falsch ab und betonte die guten Beziehungen zwischen den amerikanischen Beratern und den Südvietnamesen. Auch der Abschuss der fünf Helikopter wurde heruntergespielt, indem Wheeler von lediglich einem zerstörtem Hubschrauber sprach. (vgl. Klein, 2011, S. 134)

Zwei Tage nach der Schlacht kam schließlich Admiral Harry Felt auf eine Inspektionsreise nach Saigon, wo er auf eine Frage des Reporters Neil Sheehan antwortete: „Ich möchte sagen, dass ich den Zeitungsberichten nicht glaube. Nach dem was ich erfahren habe, war es ein Sieg der Vietnamesen, nicht eine Niederlage wie die Zeitungen behaupten.“ (Halberstam, 1965, S. 86)

Den in Vietnam tätigen Korrespondenten wurde schließlich vorgeworfen, eine erfolgreiche Politik zu sabotieren und schädigend auf die Kriegsanstrengungen einzuwirken. Man machte Frustration und unbedachte Äußerungen von Militärangehörigen dafür verantwortlich, auf deren Aussagen sich die Reporter stützten. (vgl. Sheehan, 1992, S. 309)

4.3.2. Operation Rolling Thunder

Bei der *Operation Rolling Thunder* beispielsweise wurde die amerikanische Bevölkerung bewusst im Dunkeln gelassen, indem man das Ausmaß der Luftangriffe herunterspielte und als Vergeltungsmaßnahmen titulierte. Die Verlautbarung, dass es sich dabei um eine unbegrenzte Luftoffensive handelte, verschwieg man. (vgl. Frey, 1998, S. 119) Ziel der Bombardierung war, die nordvietnamesische Führung dazu zu zwingen, die Unterstützung der NLF einzustellen. Darüber hinaus wollte man auch den Fluss der feindlichen Kämpfer nach Südvietnam behindern und die Moral der Südvietnamesen steigern. Der Plan, Nordvietnam an den Verhandlungstisch zu bringen, indem man möglichst viele Luftangriffe durchführte, verwirklichte sich allerdings nicht, da Nordvietnam nie an den von den USA erhofften *breaking point* kam, bei dem es sich für Verhandlungen bereit erklärt hätte. (vgl. Miller, 2016, S. 142f.)

Im Zuge der *Rolling Thunder* Bombardements der USA zeichneten die Reportagen von Harrison E. Salisbury von der *New York Times* ein gänzlich anders Bild als die

Verlautbarungen des Pentagons. Die bedeutenden militärischen Ziele stellten sich ihm ganz anders dar als vermutet und waren gekennzeichnet von Verwüstung und Zerstörung. Eine schlüssige Bedeutung und der militärische Zweck blieben ihm diesbezüglich verborgen. (vgl. Frey, 1998, S. 127ff.)

In den Erinnerungen eines nordvietnamesischen Soldaten werden die Genauigkeit der Bombenabwürfe und die Flugtechnik der amerikanischen Piloten zu Beginn der Angriffe gelobt. Daher war es für ihn schließlich unverständlich, weshalb die Amerikaner danach beschlossen, die Bomben überall abzuwerfen, sodass auch Zivilisten unerwartet getötet wurden. Er nimmt schlussendlich an, dass die Piloten aufgrund des Luftabwehrfeuers keine Rücksicht mehr darauf nahmen, wo sie die Bomben abwarfen. (vgl. Miller, 2016, S. 143f.) Bis zum Jahr 1968 waren allerdings ein Großteil der Presse, des Radios und des Fernsehens immer noch mehrheitlich für das militärische Engagement in Südostasien und drückten bis dahin nur in einigen wenigen kritischen Berichten ihre Besorgnis und ihre Frustration über den Krieg aus. (vgl. Frey, 1998, S. 151)

4.3.3. Konflikte mit Kollegen und Kolleginnen

Nicht selten fanden sich die Reporterinnen und Reporter in Saigon in einer Konfliktsituation mit älteren Kolleginnen und Kollegen oder sogar auch mit der eigenen Heimredaktion wieder. Ein besonderes Beispiel hierfür war die Auseinandersetzung mit der amerikanischen Journalistin Marguerite Higgins bezüglich des Fortschritts der Kriegsanstrengungen der USA in Vietnam. Die während des zweiten Weltkriegs als Kriegsreporterin tätige Higgins warf den jungen Journalistinnen und Journalisten in Vietnam eben diese fehlende Erfahrung aus dem Zweiten Weltkrieg vor und sprach ihnen generell die Anforderung für den Beruf der Kriegsberichterstatterin und des Kriegsberichterstatters ab. Der *New York Times* Reporter David Halberstam musste sich sogar den Vorwurf gefallen lassen, beim Anblick toter Vietcong Tränen vergossen zu haben. Dieser Angriff von Marguerite Higgins wurde dadurch erheblich persönlicher als ihre allgemeinen Anschuldigungen davor. Sie unterstellte dem Reporter damit, Partei für die Vietcong ergriffen zu haben, dem Krieg in Vietnam psychisch nicht gewachsen zu sein und stellte darüber hinaus seine Männlichkeit in Frage. (vgl. Klein, 2011, S. 227f.)

Halberstam selbst erklärt diese Uneinigkeit über den Fortschritt des Krieges damit, dass solche nur das Kriegsgebiet besuchende Journalistinnen und Journalisten wie Joseph Alsop

oder Marguerite Higgins weniger Kriegsberichterstattung betrieben, als vielmehr politisierten. Die pessimistische Berichterstattung der lokalen Reporterinnen und Reporter untergrub Alsops Meinung nach die Kriegsanstrengungen der Militärs und er bezeichnete die berichtenden Journalistinnen und Journalisten sogar als unpatriotisch. (vgl. Halberstam, 1979, S. 626f.) Anderweitige Kritik kam vom englischen Korrespondenten Robert Elegant, der den jungen Journalistinnen und Journalisten vorwarf, einer eigenen Vision des Krieges verfallen zu sein, die sie noch dazu mit surrealistischen Berichten förderten. Den Grund hierfür sah er in der Unfähigkeit der Journalistinnen und Journalisten, sich ehrlich und ohne politische Ablehnung mit der Regierung und dem Militär auszutauschen. (vgl. Wölfl, 2005, S. 58) Ähnliche Kritik kam auch vom Militärhistoriker S. L. A. Marshall, der im Herbst 1966 in der Zeitschrift *New Leader* vom Versagen der Presse in Vietnam schrieb. Er warf den Journalistinnen und Journalisten in Vietnam Zynismus und mangelnde Integrität vor und sprach ihnen ab, von echten Schlachten zu berichten, da ihnen der nötige Mut fehlte. Er ging sogar so weit zu behaupten, dass die Vietnamkriegsberichterstatteerinnen und Vietnamkriegsberichterstatteer nur von spektakulären Ereignissen wie Demonstrationen oder Aufständen berichteten, um sich für den begehrten Pulitzerpreis zu nominieren. (vgl. Arnett, 1994, S. 247)

Mit der Zeit schafften es die jungen Reporterinnen und Reporter, sich immer mehr gegen ihre älteren Kolleginnen und Kollegen durchsetzen und in die Rolle der *Erfahrenen* hineinzuwachsen. Allerdings waren sie im direkten Vergleich mit Größen wie Joseph Alsop und Marguerite Higgins dennoch ein beliebtes Ziel vieler Kritikerinnen und Kritiker. Erst die Vergabe des für Journalistinnen und Journalisten begehrten Pulitzerpreises hob die Bedeutung ihrer Arbeit und ihres Schaffens in Vietnam an. (vgl. Klein, 2011, S. 234f.)

5. Wende der visuellen Kriegsberichterstattung

Nicht zu unterschätzen war die Macht der Bilder und der Emotionen. Es waren daher drei visuelle Ereignisse, die dem Vietnamkrieg in seiner späteren Phase ein neues Gesicht gaben und für Empörung und Diskussion sorgten. Eine besondere Rolle spielten dabei die amerikanischen Soldaten und die südvietnamesischen Verbündeten der USA. Die Bilder und Aufnahmen sorgten nicht zuletzt aufgrund ihrer Brutalität und Menschenverachtung für Aufregung.

5.1. Die Exekution von Nguyen Van Lem

Zu Beginn der Tet-Offensive fotografierte der AP-Reporter Eddie Adams den Polizeichef von Saigon *General Nguyen Loan*, als er am ersten Februar 1968 den gefangenen Vietcong-Kämpfer *Nguyen Van Lem* auf offener Straße exekutierte. Man ging anfangs sogar davon aus, dass das im ersten Moment als Spontanaufnahme gemachte Bild sich in Wahrheit um eine Inszenierung für die Kameras handelte, da sich auch mehrere Fernseherteams vor Ort befanden. (vgl. Paul, 2004, S. 327f.) Obwohl die Sender CBS und ABC mitdrehten, wurde die Hinrichtungsszene nur von NBC komplett aufgenommen. Bereits am darauffolgenden Tag druckte die *New York Times* drei Fotos von Adams dazu ab. Die weltweite Anteilnahme und die Absicht des Reporters, die er mit der Fotoserie verfolgte, traten dabei soweit auseinander wie bei kaum einem Ereignis zuvor. Auch wenn die *Associated Press* keine moralische Absicht mit der Veröffentlichung verfolgte und eine mögliche Intention des Fotografen außer Acht gelassen wurde, so hatten die Fotos die einfache Wirkung, dass sie dem Feind ein Gesicht gaben. Der mangelnde Fortschritt im Kriegsverlauf kombiniert mit den Bildern Adams stärkte in der Folge die Argumente der Antikriegsbewegung. (vgl. Klein, 2011, S. 197)

Jahre später war der Fotograf Eddie Adams jedoch der Ansicht, den Kriegsanstrengungen seines Landes und dem Ruf des vietnamesischen Polizeichefs geschadet zu haben, da dieser sich im Affekt dazu hatte hinreißen lassen. Sein Kollege Peter Arnett hingegen war der Meinung, dass eben dieses Foto die alltägliche Brutalität in Vietnam einfing, die dort herrschte. (vgl. Arnett, 1994, S. 308)

5.2. Das Massaker von My Lai

Die Bilder vom Massaker von *My Lai*, die von Ronald Haeberle gemacht wurden, thematisierten eine ähnliche Situation, nur dass es amerikanische Soldaten waren, die am 16. März 1968 mehrere hundert vietnamesische Zivilisten exekutierten. Die Aufnahmen wurden allerdings erst nach ersten Berichten über das Massaker und der Anklage des befehlsführenden Lieutenant am 20. September 1969 veröffentlicht. (vgl. Paul, 2004, S. 328f.) Der Grund für die verspätete Veröffentlichung war die lange Vertuschung durch die am Vorfall beteiligten Soldaten und deren Vorgesetzte. Erst der Brief eines ehemaligen Soldaten an Politikerinnen, Politiker und Militärs zog schließlich eine Untersuchung des Vorfalls nach sich und endete mit der Anklage des Kommandeurs Lieutenant William Calley. Da allerdings zu wenig über den Fall veröffentlicht wurde, recherchierte der Journalist Seymour M. Hersh nach den Hintergründen für die Anklage Calleys. Bereits nach seinem zweiten Bericht erschien am 20. November 1969 das erste Foto zu den Ereignissen in *My Lai* im *Cleveland Plain Dealer*. Das wahre Ausmaß des Massakers zeigte sich erst am 5. Dezember 1969, als die vom *Life* Magazin erworbene Fotoserie abgedruckt wurde. (vgl. Klein, 2011, S. 199f.)

5.3. Kim Phuc – Das Mädchen auf dem Bild

Mit dem Bild von einer Gruppe von fünf Kindern, die aus einem brennenden Dorf flüchteten, lieferte der AP-Korrespondent Nick Ut am 8. Juni 1972 eine Aufnahme, die den Schrecken des Vietnamkrieges am deutlichsten darstellte. (vgl. Paul, 2004, S. 328f.)

Zwei kurz davor gestartete südvietnamesische Kampfmaschinen bombardierten das Dorf *Trang Bang* mit dem Kampfstoff Napalm, der Temperaturen bis zu 1200 Grad Celsius erreichte. Eine Gruppe von flüchtenden Dorfbewohnern kam dabei in die Abwurfzone. Einige vietnamesische und ausländische Journalisten hatten den Angriff beobachtet und fingen die Szene von den flüchtenden Kindern aus dem Dorf mit Hilfe ihrer Kameras ein. Im Gedächtnis blieb vor allem die Fotografie von Huynh Cong Ut, der für AP unter dem Namen Nick Ut arbeitete. Sein Bild zeigte das neunjährige Mädchen *Tran Thi Kim Phuc*, das zusammen mit anderen Kindern unbekleidet aus dem angegriffenen Dorf floh. Zuvor hatte es sich ihrer brennenden Kleidung entledigen müssen, von der es zahlreiche Verbrennungen an den Armen und am Rücken davontrug. (vgl. Miller, 2016, S. 144)

Die Gemeinsamkeit der Bilder ließ sich schließlich durch die Bedeutung und Aussagekraft im politischen Kommunikationszusammenhang erfassen. Damit wurden sie zum Symbol des schmutzigen Krieges und der Anti-Vietnamkriegs-Protestbewegung. Die Bilder boten der Beobachterin und dem Beobachter eine Identifikation mit den Opfern und suggerierten eine klare Trennung von Gut und Böse. Doch die Meinungen der US-Amerikanerinnen und Amerikaner zu den Aufnahmen gingen klar auseinander. So rechtfertigten die Kriegsbefürworterinnen und Kriegsbefürworter die Ereignisse als Antwort auf die Gräueltaten der Gegner, während die Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner sie als Bestätigung für ihre Haltung ansahen. (vgl. Paul, 2004, S. 329f.)

Der Schweizer Reporter Peter Balsiger gab beispielsweise an, dass das Fotografieren von sterbenden und verwundeten Menschen in gewisser Hinsicht ein geringes Maß an Voyeurismus aufweisen würde. Seiner Meinung nach sei es die Gier nach Sensation, die im Boulevardjournalismus zu finden wäre. Dabei werden vor allem die Geschichten gesucht, welche die primären Emotionen des Menschen wie Tod, Trauer oder Schmerz ansprechen. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 122)

6. Inszenierung und Propaganda

Hinsichtlich seiner Beziehung zwischen Medien und Militär hat jedes Land seine ganz eigene Tradition, bei der es gilt herauszufinden, ob von den Regierungen Strategien entwickelt wurden, einerseits eine unabhängige Berichterstattung über Kriegsvorbereitung zu verhindern und andererseits die Medien in den Planungsprozess des Kriegszustands zu involvieren. (vgl. Luostarinen, 1998, S.21)

Der Nutzen der Propaganda an einer Kriegsfront dient vor allem dazu, den Kampfeswillen zu stärken und die öffentliche Meinung für die eigene Sache zu gewinnen, um dafür Unterstützung zu erhalten. Diese Mobilisation geht dabei soweit, dass die für den kommenden Sieg gestellten Opfer unentbehrlich wirken. Im Gegenzug soll die Propaganda allerdings auch gegen den Feind eingesetzt werden, so soll dessen Kampfeswillen geschwächt und er selbst verwirrt werden. (vgl. Foggensteiner, 1993, S. 58) Die nordvietnamesische Regierung bediente sich diesbezüglich der Gräuelpopaganda, um den Patriotismus in der Bevölkerung zu fördern. Es handelte sich dabei um barbarische und abartige Gräuelpopaganda, die in Zeitungen zu lesen oder in Schaustellungen zu sehen waren. Allerdings war nicht festzustellen, wie sehr sich der Hass gegenüber den Amerikanerinnen und Amerikanern im nationalen Bewusstsein der Nordvietnamesinnen und Nordvietnamesen manifestierte. (vgl. Salisbury, 1967, S. 158)

Bei der Verbreitung von Propaganda und Lügen ist es kein Geheimnis, dass auch Kriegskorrespondentinnen und Kriegskorrespondenten dabei eine tragende Rolle spielen können und sich so zu Komplizinnen und Komplizen machen. Dem Mythos der Journalistin als Heldin oder des Journalisten als Held stehen minderwertige Berichterstattungen, die Komplizenschaft mit dem Militär und Kompromisse die von den Korrespondentinnen und Korrespondenten eingegangen werden, gegenüber. Kriegsberichterstatteerinnen und Kriegsberichterstatteer sind daher öfter als man glaubt Mitwirkende an irreführenden und augenscheinlich falschen Darstellungen des Militärs beteiligt. Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es natürlich gleichzeitig auch die ehrenhaften und kritischen Kriegskorrespondenten gab, die den verzerrten Darstellungen ihre aufschlussreichen Berichterstattungen entgegenstellten. (vgl. Kellner, 2007, S.19)

Der AP-Reporter Malcolm Browne machte während seiner Zeit in Vietnam sogar die Erfahrung mit der sogenannten *schwarzen Propaganda*, bei der einer Person etwas unterstellt wird, um sie nachher diesbezüglich zu beschuldigen. Browne landete auf einer

von der Nationalen Befreiungsfront stammenden Liste von ausländischen Korrespondentinnen und Korrespondenten, die mit dem Vietcong sympathisieren würden. Wie sich herausstellte kam das Dokument jedoch vom Informationsministerium der südvietnamesischen Regierung und war eine Fälschung. Dennoch löste es wohl beabsichtigte Gerüchte aus. (vgl. Browne, 1966, S. 210f.)

In den ersten Jahren des Krieges konnte durch die Gestaltung des TV-Programms und der Auswahl geeigneter Bilder die Kriegspolitik der Regierung sogar noch gefördert werden. Das Fernsehen stellte meist die Kampfgegner als faule, hinterhältige Nichtstuer dar und zeigte in den seltensten Fällen in den Abendnachrichten Bilder von heftigen Gefechten, Toten oder gar verwüsteten Dörfern. Pentagonsprecher und Generäle vermittelten ein optimistisches Bild, genauso wie landende Hubschrauber oder mutige durch den Dschungel streifende Soldaten. Auf diese Weise präsentierte das Fernsehen den Eindruck eines sauberen aber erfolgreichen Krieges. (vgl. Frey, 1998, S. 151)

Bis zum Tonkin Zwischenfall 1964 war der Konflikt in Vietnam für die amerikanischen Medien nur ein weiterer Kriegsschauplatz. Erst danach wurde das von der Regierung vorher geleugnete Engagement in eine PR-Kampagne umgemünzt, bei der Journalistinnen und Journalisten nach Vietnam eingeladen wurden. Die darauffolgende Legitimationskampagne *Why Vietnam?* nutzte vor allem das Medium Fernsehen, um Parallelen zwischen dem Angriff im Golf von Tonkin und dem in Pearl Harbour zu ziehen. Die Einteilung in Gut und Böse, Frei und Unfrei unterstrich dabei noch die Position des Films. Der Film, der einen friedlichen Einsatz suggerierte, wurde kam sogar in High Schools und bei den Streitkräften zum Einsatz, ohne jedoch mit dem Verweis *Propaganda der Regierung* versehen zu sein. (vgl. Paul, 2004, S. 314f.)

In der Öffentlichkeit wird der Einsatz militärischer Gewalt äußerst kritisch beäugt, was natürlich die Legitimierungsbemühungen der Vertreter der Streitkräfte vor eine große Herausforderung stellt. Schließlich müssen diese die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines militärischen Einsatzes überzeugen, ohne gegen die davor propagierten Begründungen zu verstoßen. Bilder von Kollateralschäden und flüchtenden Zivilisten führen zu einer mangelnden Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung, wodurch die Regierung oder das Militär bezüglich ihrer Informationspolitik zunehmend unter Druck geraten. Die vorangegangene Zielsetzung kann der Öffentlichkeit nur glaubhaft vermittelt werden, wenn sie auch erkennbar ist und die Zivilbevölkerung kaum Schaden davon nimmt. (vgl. Reeb, S. 206)

Der AP-Reporter Peter Arnett beobachtete 1965 beispielsweise, wie im Auftrag des *United States Information Service* (USIS) ein Film über den Vietnamkrieg gedreht wurde. Der Auftrag bestand darin, einen halbstündigen Film zu drehen und zu zeigen, wie es wirklich in Vietnam zugeht. Dabei sollte der Film laut des USIS Vertreters möglichst realistisch wirken, ohne jedoch einen angreifenden Vietcong zu zeigen. Als Arnetts Artikel schließlich veröffentlicht wurde beklagten sich einige Chefredakteure darüber, dass dieser zu wenig kritisch sei, für den Direktor der USIS war es jedoch Grund genug, die Dreharbeiten abubrechen und den Film vernichten zu lassen. (vgl. Arnett, 1994, S. 231f.) Der ebenfalls bei AP tätige Malcolm Browne berichtete von einem ähnlichen Ereignis, allerdings handelte es sich dabei um einen Autobus, der über eine von den Vietcong gelegte Mine fuhr, wobei zahlreiche Zivilisten verletzt wurden. Innerhalb kürzester Zeit wurden von USIS Kameraleuten Aufnahmen gemacht, diese dann auf Flugblätter gedruckt und an die Bevölkerung verteilt, um auf die abscheulichen Taten der Vietcong aufmerksam zu machen. (vgl. Browne, 1966, S. 205)

In den USA war es zur Zeit des Vietnamkrieges dennoch üblich, sich trotz der unterschiedlichen Meinungen gegenüber der Kriegsführung hinter den Präsidenten als militärischen Befehlshaber zu stellen. (vgl. Klein, 2011, S. 207) Nach der Bekanntgabe, die Truppenstärke von 75 000 auf 125 000 Mann zu erhöhen und diese nach Vietnam zu schicken, wurde die Entscheidung vom Großteil der Bevölkerung begrüßt. Bei Interviews gaben die Menschen daher an, ihren Präsidenten zu unterstützen, da er wisse, was am besten sei. (vgl. Halberstam, 1974, S. 560f.) Je länger und verlustreicher sich allerdings der Militäreinsatz gestaltete, desto mehr begann der Konsens in dieser Hinsicht zu bröckeln. Erst Mitte der 1960er Jahre, als sich die Meinung innerhalb der Führungselite änderte, fand auch die Anti-Kriegs-Position mehr Gehör in den Meinungsumfragen. (vgl. Klein, 2011, S. 207)

7. Veränderung der Informationspolitik

Die immer größer werdende Eskalation in Vietnam beschäftigte schließlich drei US-Präsidenten während ihrer Amtszeit, die einerseits versuchten, die Außenpolitik des Vorgängers fortzusetzen, aber andererseits auch sie zu verbessern und ihr neue Aspekte abzugewinnen. Im Umgang und im Austausch mit den Medien zeigte sich jedoch, dass das Verhältnis zu ebendiesen, ähnlich wie der Vietnamkrieg, den Präsidenten immer mehr entglitt.

7.1. Pressepolitik unter Kennedy

Die US-Pressepolitik war anfangs durch Pragmatismus geprägt und rief die Journalistinnen und Journalisten zu einer freiwilligen Zensur auf. Da sich die USA allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht offiziell im Krieg befand, wäre eine Zensur ohnehin unbegründet gewesen. Präsident Kennedy hatte schon vor dem schwellenden Konflikt in Vietnam einen guten Kontakt zur Presse, weshalb er sie auch als Sprachrohr von Regierungsinteressen nutzte. (vgl. Elter, 2005, S. 115) Dazu bat er seinen Berater Roger Hilsman, sich alleine mit den amerikanischen Reporterinnen und Reportern in Saigon zu treffen um von diesen zu erfahren, was sie in Washington tun müssten, um ihre schwierige Situation zu verbessern. Hilsman sollte auch herausfinden, was die Journalistinnen und Journalisten über den Kriegsverlauf dachten. (vgl. Hilsman, 1967, S. 457) Kennedy benutzte das Fernsehen um andere Institutionen zu beeinflussen, inklusive seiner eigenen Partei. Damit konnte er die Parteispitze übergehen und sich über das Fernsehen direkt an die Leute wenden. Der Präsident kannte auch die inneren Mechanismen des Fernsehens und wusste von dem Verlangen der Produzenten nach einer guten Show. (vgl. Halberstam, 1979, S. 542f.)

7.1.1. Anfängliche Beziehung zu den Medien

Die gute Beziehung zur Presse zeigte sich bereits im Mai 1961, als 400 US-Spezialeinheiten nach Vietnam geschickt und von den Medien als Unterstützung für Verbündete deklariert wurden. Die Beschwichtigungen und das Herunterspielen des Einsatzes in Vietnam von Seiten der Regierung wurden Großteils von der Presse übernommen. Darüber hinaus hatten viele Medien die gleichen anti-kommunistischen Ansichten wie die politische Führung, die sich besonders an dem Modell der Dominotheorie orientierte. Sowohl die Bevölkerung als auch die Medien befürworteten daher die Vietnampolitik der Regierung, doch diese betrieb weiterhin eine Geheimhaltungspolitik, vor allem um das Image Kennedys zu wahren. (vgl. Elter, 2005, S. 115) In einer Pressekonferenz sagte Kennedy daher bezüglich des Einsatzes in Vietnam, dass die USA die südvietnamesische Regierung schon seit dem Genfer Abkommen in ihrer Unabhängigkeit unterstützt hätten. Die amerikanischen Soldaten wären nur dort, um die südvietnamesischen Truppen zu trainieren sowie für den Transport und dafür jegliche Unterstützung anzubieten, die notwendig sei. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1962, S. 122) Unter dem Vorwand des Katastrophenschutzes betonte man immer wieder, dass die amerikanischen Berater nur im Zuge der Selbstverteidigung in Kämpfe eingreifen würden, obwohl bereits die Anwesenheit der Berater gegen das Genfer Abkommen von 1954 verstieß. In der Folge forderte Präsident Kennedy von der Presse einen überparteilichen Konsens. Dies tat Kennedy, indem er am 27. April 1961 in einer Rede an die *American Newspaper Publisher's Association* an die Selbstdisziplin der Presse appellierte, unautorisierte Berichte nicht frühzeitig zu veröffentlichen. Dabei hob er vor allem den Gedanken der Nationalen Sicherheit hervor, dem sich die Medien bewusst sein sollten. Schließlich wollte man keine direkte Zensur einführen, da dies einem offiziellen Kriegszustand gleichkam. (vgl. Wölfl, 2005, S. 40-43)

Kein Krieg davor hätte die eigene Sicherheit oder das Überleben der Nation und ihre Freiheit mehr bedroht, wurde Kennedy in der *New York Times* zitiert. Er gab dabei zu bedenken, dass einige Zeitungen natürlich mehr den journalistischen Prinzipien unterworfen wären als dem Gedanken der Nationalen Sicherheit. In Kriegszeiten müsse man folglich umdenken. Es sollte sich daher jede Zeitung bei ihren Berichten selbst die Frage stellen, ob es Nachrichten seien und ob sie im Interesse der Nationalen Sicherheit wären. Der Präsident wolle jedoch nicht, dass dies als Zensur missverstanden werde. (vgl. Porter, 1961, S. 1,4)

Dies überließ man vielmehr dem Diem Regime in Saigon, wodurch man sich die Solidarität der Reporterinnen und Reporter im Krisengebiet sicherte, aber immer noch auf den Einfluss der Verlegerinnen und Verleger im eigenen Land zurückgreifen konnte. (vgl. Wöfl, 2005, S. 40-43) Die sukzessive Erhöhung der Anzahl der Militärberater nannte der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger schließlich die Politik des *one more step*, bei der man sich bei jedem Schritt den gleichen Erfolg erhoffte wie beim vorherigen Schritt. Auch wenn bei jedem dieser Schritte angenommen wurde, dass es sich um den letzten handeln würde, so forderte letztendlich jeder Schritt nur den nächsten heraus. (vgl. Ellsberg, 1972, S. 50f.)

Im November 1961 argumentierte man in der Öffentlichkeit, dass aufgrund von außenpolitischen Entscheidungsprozessen eine US-Beteiligung für einen Krieg in Vietnam möglich wäre. (vgl. Elter, 2005, S. 116) Grund dafür könnte wahrscheinlich ein Memorandum von Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara gewesen sein. Darin schlugen sie einen vorbereitenden Einsatz amerikanischer Streitkräfte und wenn notwendig sogar einen direkten Angriff auf die Aggressoren in Nordvietnam vor, um einen möglichen Erfolg in Vietnam zu garantieren. (vgl. Pentagon Papers, 1971, S. 146) Kennedy dementierte im Januar 1962 noch die Beteiligung von US-Soldaten an Kampfhandlungen und vertrat die Position, dass sie lediglich beratende Funktionen hätten, obwohl dies der Wahrheit eindeutig widersprach. (vgl. Elter, 2005, S. 116)

„Q. Mr. President, are American troops now in combat in Viet-Nam? The President. No“ (Public Papers of the Presidents, 1962, S. 17)

Die US-Regierung unternahm große Anstrengungen, um ihr Engagement in Vietnam geheim zu halten. Im Grunde wurde das Genfer Abkommen schon vor dem 8. Februar 1962 verletzt, als das neue Militärhilfskommando gebildet wurde. Zu dem Zeitpunkt befanden sich nämlich bereits 4000 amerikanische Soldaten in Vietnam. Dennoch wurde vom Pentagon die nach dem Abkommen geltende Bestimmung, dass sich 685 amerikanische Militärpersonen in Indochina befänden, weiterhin öffentlich behauptet. (vgl. Wise, 1966, S. 165f.) Offiziell hieß es ebenfalls, dass keine US-Einheiten in Kampfhandlungen verwickelt seien und nur an sogenannter Kampfunterstützung teilnahmen. Darüber hinaus meinte der Präsident bei einer Pressekonferenz, dass er nicht garantieren könne, ob die Öffentlichkeit alles erfahren würde. (vgl. Raymond, 1962, S. 1,3) Mit dem letzten Satz in einem Artikel der *New York Times* vom 12. Februar 1962 sprach

der Reporter J. Raymond erstmals davon, dass die Regierung etwas zu verheimlichen hatte, wenn die Öffentlichkeit nicht alles erfahren würde.

Zwar wurde zugegeben, dass die amerikanischen Truppen zu ihrer Verteidigung zurückschießen würden, aber man legte Wert darauf, diese nicht als Kampftruppen im eigentlichen Sinne zu bezeichnen. Mit der Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte stiegen natürlich auch die Verluste, weshalb man schließlich die gestiegenen Truppenzahlen öffentlich zugeben musste. (vgl. Pentagon Papers, 1971, S. 104) Daher erlaubte man im Juni dem Pressereferenten nach vorheriger Absprache mit Verteidigungsminister McNamara und dem Pentagon zu erwähnen, dass einige tausend Militärpersonen vorübergehend in Vietnam stationiert seien. Dem Pentagon war es jedoch weiterhin ein Anliegen, gewisse Dinge wie die Verwicklung in Kampfhandlungen oder das Steuern von Fluggeräten von amerikanischen Soldaten zu verschleiern. Schließlich war der amtliche Tenor, dass lediglich eine *beratende* und *ausbildende* Funktion ausgeübt wurde, obwohl es Augenzeugen für solcherlei Tatsachen gab, die dem widersprachen. (vgl. Wise, 1966, S. 165f.)

Nicht zuletzt wollte man unliebsame Berichte unterbinden und ein eigenes Bild des Vietnameinsatzes zeigen. Bereits im Dezember 1961 beobachtete der Fotoreporter Malcolm Browne einen vietnamesischen und einen amerikanischen Piloten im Cockpit eines Bombers, den eindeutig der Amerikaner flog. Zwar wollte er das Ganze auf einem Foto festhalten, die Erlaubnis dazu wurde ihm allerdings verwehrt. Ähnlich erging es dem Journalisten Stanley Karnow, der in Saigon ganz klar einen amerikanischen Flugzeugträger am Meer erblickte und dies auch kundtat, was aber von einem begleitenden amerikanischen Presseoffizier abgestritten wurde. (vgl. Klein, 2011, S. 62f.) Bei einer Pressekonferenz auf derartige Fälle angesprochen antwortete der US-Präsident, dass es sich um militärische Gründe handelte, um dem Feind keine Informationen in die Hände zu spielen. Der Befehl vom Verteidigungsministerium, der es Militärmitarbeitern verbot, Korrespondentinnen und Korrespondenten auf Militärmissionen mitzunehmen, die über Routineoperationen hinausgingen, wurde allerdings vom Weißen Haus gebilligt. (vgl. Wölfl, 2005, S. 43f.)

Es zeigten sich damit bereits große Unterschiede bezüglich den Regierungsverlautbarungen und den Berichten und Beobachtungen der Reporterinnen und Reporter. Allerdings wurde dies nicht weitergehend diskutiert oder in groß angelegten

Berichten thematisiert, wodurch der Kennedyregierung das Vertrauen der Bevölkerung weiterhin erhalten blieb.

7.1.2. Cable 1006

Nachdem Ende Februar 1962 von der Regierung schließlich doch Kampfeinsätze zugegeben wurden, änderte sich in Form des *Cable 1006* auch plötzlich die Pressepolitik. Darin befanden sich Anweisungen, wie mit der Presse umgegangen werden sollte. Dazu gehörte das Unterbinden von negativen Meldungen über das südvietnamesische Regime oder der Ausschluss von Reporterinnen und Reportern bei Militäraktionen, aber auch das Bestrafen bei der Weitergabe von Information. Dieses an Zensur grenzende Vorgehen hatte jedoch wenig Einfluss auf die Bewegungsfreiheit der Reporterinnen und Reporter. Diese hatten schließlich andere Möglichkeiten der Informationsbeschaffung, nämlich durch Kontakte zu unteren Rängen des Militärs, und waren daher nicht mehr von offiziellen Verlautbarungen abhängig. Die Idee mit dem *Cable 1006* eine restriktivere Berichterstattung zu erzielen erwies sich für die Regierung als Misserfolg und verschlechterte dadurch nur die Beziehung zur Presse. (vgl. Elter, 2005, S. 117) Einer der Punkte im *Cable 1006* ließ dabei keinen Zweifel offen, dass sogar Informationen zurückgehalten oder gar manipuliert werden sollten. Diese recht widersprüchliche Pressepolitik der Kennedy-Regierung zielte darauf ab, das amerikanische Engagement möglichst diskret aus den Schlagzeilen herauszuhalten. (vgl. Wöfl, 2005, S. 45) Schlagzeilen wie *U.S. heavily committed in struggle to save south vietnam* zeigten jedoch, dass man sich Gedanken zu den immer größer werdenden Verwicklungen in Vietnam machte. Mittlerweile erkannte man auch, dass die im Jahr zuvor in Vietnam stationierten amerikanischen Berater von 700 auf beinahe 8 000 Mann angestiegen waren und diese immer mehr in Kampfhandlungen verwickelt wurden. Der Schlusssatz zu einem in der *New York Times* veröffentlichten Artikel lautete schließlich: *The united states involvement here could become even deeper before this war is won.* (vgl. Trumbull, 1962, S. 9) Damit wurden die Töne in den Zeitungen eindeutig kritischer, wenn nicht sogar in manchen Passagen prophetisch.

Um den Erfolg des Engagements in Vietnam besser zu veranschaulichen, setzte man schließlich auf die Veröffentlichung einer Anzahl statistischer Kriterien. So war die Zahl

der von der Regierungsseite durchgeführten Angriffe ebenso erhöht wie die Kampfmoral der südvietnamesischen Regierungstruppen. Dem gegenüber standen eine hohe Anzahl der im Kampf getöteten Vietcongekämpfer. Auch die Zahl der gefangengenommenen und übergelaufenen Vietcongekämpfer war im Vergleich zur geringen Anzahl an Desertationen auf der Regierungsseite erhöht. Dieser mittels Zahlen positiv gezeichnete Verlauf des Krieges täuschte über die immer größer werdende Verwicklung in Vietnam hinweg. (vgl. Hilsman, 1967, S. 444) Widersprüchlich dazu waren jedoch Berichte wie der von David Halberstam, der am 19. April 1963 in der *New York Times* von heftigen Gefechten in der Quangngai Region schrieb und laut einer Quelle von 134 gefallen Vietcong berichtete. Diese Zahl konnte allerdings nicht bestätigt werden. Schlussendlich zeigte die Bilanz der Opferzahlen, dass am Höhepunkt des Gefechts sechs tote Vietcong Guerillas gefunden wurden. (vgl. Halberstam, 1963, S. 1) Zehn Tage später, als 40 südvietnamesische Soldaten von Guerillas überfallen wurden, meinte eine militärische Quelle, dass die Angreifer auf jeden Fall schwere Verluste erlitten haben mussten. Doch auch dies konnte nicht bestätigt werden. (vgl. Halberstam, 1963, S. 1)

Obwohl die Regierung auf Zahlen und Statistiken setzte und damit ein positives Bild bezüglich der Situation in Vietnam zeigen wollte, so waren es wiederum die Reporterinnen und Reporter, die ein gänzlich anderes Bild offenbarten und ihre realen Beobachtungen den übertriebenen Darstellungen der Regierung gegenüberstellten.

7.1.3. Kritik nach Ap Bac

Die Niederlage der südvietnamesischen Truppen gegen die Vietcong bei der Stadt *Ap Bac* im Januar 1963 zeigte schließlich, wie unterschiedlich die Schlacht von Militär und Medien dargestellt wurde. Der US-Oberkommandierende General Harkins bezeichnete kurz nach der Schlacht diese als einen Sieg für die Südvietnamesen. Allerdings waren auch einige Journalisten bei den Kämpfen anwesend, woraufhin in amerikanischen Zeitungen Berichte über eine Niederlage zu lesen waren. (vgl. Elter, 2005, S. 118) Die Schlagzeile am 3. Januar von David Halberstam dazu lautete: *Vietcong downs five U.S. copters, hits nine others*. Er berichtete dabei von der schwersten Niederlage seit dem Beginn der Unterstützung der Amerikaner in Vietnam. Halberstam konnte aufgrund seiner Anwesenheit bei der Schlacht sehr ausführlich und detailliert von den Ereignissen berichten und daher genaue Angaben über die getroffenen Helikopter und die

Verwundeten und getöteten Amerikaner machen. Aus Sicht der amerikanischen Beobachter, schrieb Halberstam, hätten die südvietnamesischen Truppen zu wenig aggressiv und mit fehlender Initiative agiert. (vgl. Halberstam, 1963, S. 1,2) Das Pentagon gab wiederum einen Bericht heraus, dass zwar von den 15 Helikoptern alle getroffen wurden, allerdings nur einer nicht zurückkehrte und eine Notlandung zwei Kilometer entfernt vom Schlachtfeld durchführte. (vgl. Halberstam, 1963, S. 6)

Die Regierung bezeichnete schließlich die Berichterstattung als falsch und politisch unverantwortlich und beendete damit die liberale Medienpolitik. Dem Herausgeber der *New York Times* wurde sogar von Präsident Kennedy persönlich nahegelegt, seinen in die Kritik geratenen Reporter Halberstam aus Vietnam abziehen. Darüber hinaus wurden auch Geheimdienstmitarbeiter dazu abgestellt, Reporterinnen und Reporter in Saigon zu beschatten, um an ihre Informationsquellen und Kontakte zu kommen. (vgl. Elter, 2005, S. 118)

Besonders diese groben Unterschiede der militärischen Aussagen und der journalistischen Berichterstattung machten die Spannungen deutlich, die bereits zwischen den Militärs und den Medien bestand. Vor allem die Beharrung auf den an die Öffentlichkeit abgegebenen Statements, obwohl die Augenzeugenberichte der Reporter etwas anderes behaupteten, machten das Verhalten der militärischen Führung aber auch das der Regierung noch unbegreiflicher.

Die nach der Schlacht von *Ap Bac* eskalierende Kritik an den Korrespondentinnen und Korrespondenten hatte nicht nur zur Folge, dass südvietnamesische Zeitungen die westlichen Journalistinnen und Journalisten als verräterisch bezeichneten, sondern auch Berichte aus den USA ein negatives Bild von ihren Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten zeichneten. (vgl. Klein, 2011, S. 149)

Ein Bericht über die Verschlechterung der Lage im Mekong Delta von Mert Perry für das Magazin *Time* wurde beispielsweise nie veröffentlicht. David Halberstams Bericht für die *New York Times* wiederum fand seinen Weg an die Öffentlichkeit. In diesem berichtet Halberstam von der prekären Lage der südvietnamesischen Armee und einem bevorstehenden Einsatz der Vietcong. Die Reaktionen von Seiten der Regierungsangehörigen darauf waren äußerst negativ, sodass aus dem militärischen Beraterstab in Saigon Major General Richard Stilwell dazu abgestellt wurde, den Bericht des Reporters zu widerlegen. Dies änderte jedoch nichts daran, dass die Niederlage im Mekong Delta einige Monate später unumstößlich wurde. (vgl. Halberstam, 1965, S. 112f.)

7.1.4. Uneinigkeit der Medien

Für die US-Regierung erwies es sich schließlich als Vorteil, dass die amerikanischen Medien mit der Zeit nicht immer eine gemeinsame Linie vertraten und es teilweise innerhalb eines Senders oder einer Zeitung zu Spannungen zwischen Redakteurinnen und Redakteuren mit ihren Korrespondentinnen und Korrespondenten kam. (vgl. Elter, 2005, S. 120f.) Doch auch zwischen den Korrespondentinnen und Korrespondenten selbst kam es zu unschönen Anschuldigungen. Joseph Alsop beschuldigte die amerikanische Presse, in Vietnam einen Kreuzzug gegen die heimische Regierung zu führen, indem sie ein dunkles und empörendes Bild zeichnete. Außerdem würden die Reporterinnen und Reporter nur in Saigon herumhängen und nicht von der Front berichten. Marguerite Higgins ging sogar so weit zu behaupten, dass die amerikanischen Reporterinnen und Reporter nur eine Niederlage herbeisehnen würden um zu beweisen, dass sie mit ihrer Sichtweise Recht hätten. (vgl. Hilsman, 1967, S. 457)

Es bildeten sich daher in den Medien zwei Lager heraus, nämlich das der regierungstreuen Kriegsbefürworter und das der Zweifler. (vgl. Elter, 2005, S. 122) Zu den Zweiflern zählten vor allem David Halberstam, Neil Sheehan und Malcolm Browne, die überzeugt waren, dass der Krieg mit der Diem Regierung nicht zu gewinnen wäre. Unterstützung erhielten sie dabei von Mitarbeitern des Militärs, die der gleichen Meinung waren und von denen die Reporter entsprechende Informationen erhielten. Auf der anderen Seite wiederum gab es diejenigen, die an einen baldigen Sieg glaubten und ihrerseits Journalistinnen und Journalisten wie Joseph Alsop und Marguerite Higgins mit Informationen versorgten. Die Zeitungen brachten dies schließlich groß heraus, wodurch der Riss zwischen den Gruppen immer größer wurde. (vgl. Hilsman, 1967, S. 499)

7.2. Pressepolitik unter Johnson

Lyndon B. Johnson, der nach dem tödlichen Attentat auf Kennedy am 22. November 1963 das Amt des Präsidenten übernahm, wollte unbedingt vermeiden, dass kritische Presseberichte über die Vietnampolitik in den Vordergrund traten. Ähnlich wie unter Kennedy setzte die Regierung auf eine Kooperation mit den Medien. Ziel war es, vor allem positive Berichte über den Kriegsverlauf zu verbreiten, ungeachtet dessen ob sie nun der Wahrheit entsprachen oder nicht. (vgl. Elter, 2005, S. 123) Wann immer eine

Washingtoner Reporterin oder ein Washingtoner Reporter nach Saigon fuhr, machte Johnson das Briefing für die Journalisten selbst. Dabei warnte er sie, nicht wie Halberstam und Sheehan zu sein, die er als Verräter am eigenen Land bezeichnete. (vgl. Halberstam, 1979, S. 628) Die Heimredakteure des *Time* Magazines schrieben aufgrund dieser neuen Regierungsziele wiederholte Male die Berichte ihrer Korrespondentinnen und Korrespondenten zu Erfolgsgeschichten um. Eine ähnliche Strategie verfolgten die TV-Stationen, die in den Abendnachrichten zwar Bilder von Helikoptern, Amphibienfahrzeugen und landenden Bodentruppen zeigten, aber auf tatsächliche Kampfhandlungen verzichteten. Hierbei ging es vorwiegend um die Inszenierung militärischer Überlegenheit und den Einsatz des Fernsehens als Propagandainstrument. Der Krieg wirkte wie ein Abenteuerspiel, das zur Abendunterhaltung diente, und nicht wie ein Ereignis, bei dem Menschen starben. (vgl. Elter, 2005, S. 124)

7.2.1. Der Golf von Tonkin Zwischenfall

Der Zwischenfall im Golf von Tonkin im August 1964 gipfelte in einer weiteren Verheimlichungstaktik der Regierung. Offiziellen Angaben zufolge wurde der US-Zerstörer Maddox bei einer Routinepatrouille *unprovokiert* von den Nordvietnamesen attackiert. (vgl. Elter, 2005, S. 125) Dabei soll es sich um zwei Angriffe gehandelt haben, die am 2. und 4. August 1964 stattfanden. Der erste Angriff wurde sogar als nicht schwerwiegend bewertet, woraufhin auch keine militärischen Aktionen von Seiten der Amerikaner beabsichtigt gewesen wären. 48 Stunden später erfolgte ein zweiter Angriff, bei dem sich laut eines offiziellen Berichts zwei US-Zerstörer in internationalen Gewässern befanden. Bereits elf Stunden nach dem zweiten Angriff entschied der Präsident mit dem Nationalen Sicherheitsrat, einen Vergeltungsschlag gegen Nordvietnam auszuführen. (vgl. Wolf, 1973, 118-124) Die Diskussion darüber, ob es sich doch nicht um einen Vergeltungsschlag handelte oder ob der Zerstörer in nordvietnamesisches Hoheitsgebiet eingedrungen wäre, blieb der Öffentlichkeit verborgen oder wurde vom Pressesprecher des US-Außenministeriums dementiert. (vgl. Elter, 2005, S. 125)

Wie sich allerdings später herausstellte war der US-Zerstörer Maddox keineswegs auf einer Routinepatrouille unterwegs und drang mit Spionageequipment ausgestattet in nordvietnamesische Gewässer ein. Die auf die nordvietnamesischen Schiffe abgegebenen Warnschüsse erwiesen sich schließlich als gezielte Vernichtungsschüsse, die von den

Amerikanern als erstes erfolgt waren. Diese Zwischenfälle vom 2. und 4. August dürften sich daher nie so ereignet haben, wie von der Regierung behauptet wurde. Dadurch wurden die Ereignisse im Golf von Tonkin als schwerwiegender eingeschätzt als sie in Wirklichkeit waren und die amerikanische Bevölkerung wurde vorsätzlich irreführt. (vgl. Wolf, 1973, 193ff.)

Am 8. August 1964 wurde der Präsident von einem Reporter auf Kritik innerhalb des Kongresses angesprochen, bei der das Timing über die Ankündigung des Angriffs kritisiert wurde. Als der Präsident dies herunterspielen wollte, indem er behauptete, solchen Kritiken nicht viel Aufmerksamkeit zu schenken und dass diese kaum von einer verantwortlichen Quelle stammen konnte, erwiderte der Journalist, dass es sich dabei um die Kritik des Kongressabgeordneten Foreman handelte. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1963-64, S. 940)

Q. He suggested you were acting irresponsibly by announcing the attack before it started.

The President. Before what?

Q. Before the attack started.

The President. Of course that didn't happen.

Q. Didn't it?

The President. No.

Q. Before the planes got to the target is what he was saying. Before the strike actually began.

The President. Before the strike got off the carrier they were in their radar and the Defense Department and the Secretary of Defense and the Chairman of the Joint Chiefs of Staff thought it was very important that we say to the American people what was happening before Hanoi said it to them, and that we say to all people what kind of an attack it was without any description.

(Public Papers of the Presidents, 1963-64, S. 940)

Die Konfrontation des Präsidenten bei der Pressekonferenz mit der Aussage des Kongressabgeordneten brachte Johnson beinahe in Erklärungsnot. Offensichtlich dürfte die überschnelle Reaktion von Seiten der Regierung die Medien ebenso überrascht wie misstrauisch gemacht haben. Auf jeden Fall übernahm der Präsident die Verantwortung dafür, als er sagte, dass man es für besser befunden habe, es der amerikanischen Bevölkerung selbst zu sagen als dass sie es von der nordvietnamesischen Regierung erfahren hätte.

Mit der Tonkin-Resolution konnte die Regierung im ersten Moment allerdings auch die propagandistische Möglichkeit dieser Situation für sich nutzen. Die Bevölkerung und die Presse wurden gleichsam von der Sicht ihrer politischen Führung überzeugt, auch wenn die *Pentagon Papers* im Nachhinein Gegenteiliges enthüllten. Da jedoch keine unabhängigen Informationen über den Tonkin-Zwischenfall vorhanden waren, wurde die von der Regierung verbreitete Sichtweise von den Medien übernommen. (vgl. Elter, 2005, S. 126)

In einer Radio- und Fernsehansprache gab Präsident Johnson der Bevölkerung zu verstehen, dass die Aggression gegen Südvietnam nun auch offen gegen die Vereinigten Staaten geführt werde. Er würde daher den Kongress unverzüglich um eine Resolution bitten, um zu zeigen, dass die US-Regierung in ihrer Entschlossenheit vereint sei, alle notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Freiheit und der Verteidigung des Friedens in Südostasien zu ergreifen. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1963-64, S. 927)

Lediglich zwei Mitglieder des Kongresses stimmten gegen die Tonkin-Resolution. Senator Wayne Morse war einer davon und hielt eine Rede bezüglich dieser immer größer werdenden Verwicklungen in Südostasien. Er kritisierte dabei vor allem, dass die Resolution einer Kriegserklärung glich und zitierte einen Artikel der Verfassung, der es dem Präsidenten nicht erlaubte, nach eigenem Ermessen Krieg zu führen. Die Ernüchterung kam schließlich am Schluss, als der Senator feststellte, dass während er seine Rede hielt der Krieg in Asien bereits in Gange war. (vgl. Miller, 2016, S.104f.)

Aufgrund einer Untersuchung des Senatsausschusses im Jahr 1967 zu den Vorfällen im Golf von Tonkin kam heraus, dass die USA schon Monate vorher auf eine öffentliche Rechtfertigung für eine Expansion in Vietnam gewartet hätten. Die Zwischenfälle im Golf von Tonkin kamen der Regierung daher sehr gelegen, um eine plausible Begründung für eine Resolution für eine exekutive Maßnahme in Vietnam zu verabschieden. (vgl. Wolf, 1973, 159ff.)

Die Pentagon Studie belegte schließlich, dass bereits im Mai 1964 ein Entwurf für eine derartige Resolution über Südostasien ausgearbeitet wurde. Darin betonten die USA, keine territorialen, militärischen oder politischen Interessen in Südostasien zu haben. Auch die Einigkeit und Entschlossenheit des amerikanischen Volkes, den Völkern in Südvietnam und Laos bei ihrer politischen Integrität beizustehen, wurden hier hervorgehoben. Darüber hinaus betrachteten die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der südvietnamesischen und laotischen Nation als lebenswichtig für ihr nationales Interesse und den Weltfrieden. Folglich sollten daher alle notwendigen Maßnahmen, auch der Einsatz bewaffneter Kräfte, ergriffen werden, um der betroffenen Regierung bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität beizustehen. (vgl.

Pentagon Papers, 1971, S. 281f.) Die im Jahr 1964 ausgearbeitete Resolution, in der man jegliches Desinteresse in territorialer, militärischer und politischer Hinsicht zeigte, widersprach allerdings den amerikanischen Interessen aus dem Jahr 1954, als man sehr wohl Interesse an der Entwicklung in Südostasien hatte. Der damalige Staatssekretär John Foster Dulles sprach bereits im Februar 1954 davon, dass die Sicherheit der Vereinigten Staaten, ihre Macht und die Möglichkeit, bestimmte Dinge von Südostasien zu erhalten, eine Rolle spielen würden. In der Handelskammer sagte er sogar, dass es großartige Produkte aus der Region gäbe, welche die Vereinigten Staaten bräuchten. (vgl. Kail, 1973, S. 110f.)

Schließlich gaben Präsident Johnson, Staatssekretär Dean Rusk und Verteidigungsminister Robert S. McNamara im August 1965 Statements ab, weshalb die Intervention in Vietnam notwendig sei. Eines der Hauptthemen war es, Nordvietnam als kommunistischen Aggressor darzustellen, um die immer wieder propagierte Dominotheorie zu stützen. Es wurde daher gezielt die Angst gegen einen immer mehr überhand nehmenden Kommunismus geschürt, falls man Länder in Südostasien wie Vietnam nicht verteidigen würde. Die Unterstützung Südvietnams in seinem Freiheits- und Unabhängigkeitsbestreben wurde schließlich als weitere Begründung genannt. Darüber hinaus war man überzeugt, dass sich der Erfolg so schnell wie möglich einstellen würde und eine Ausweitung des Krieges ausschließe. Zusammengefasst wurde dies in einer Broschüre mit dem Titel *Why Vietnam?*, die beinahe schon einer Propagandaschrift ähnelte. (vgl. Johnson, Rusk, McNamara, 1965, S. 5-23)

Einen gewissen Teil trug auch das sogenannte *objective reporting* zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Darunter verstand man, offizielle Regierungsmeinungen möglichst genau und ohne Kommentar wiederzugeben, wodurch diese für die Rezipientinnen und Rezipienten zur Wahrheit wurden. Besonders nach den Luftangriffen im Februar 1965 bezogen sich die offiziellen Regierungsverlautbarungen immer wieder auf die Dominotheorie und die drohende Gefahr des kommunistischen Expansionsdrangs. (vgl. Elter, 2005, S. 127) Die Dominotheorie wurde generell, sowohl in den Jahren davor als auch danach, als Schlüsselwort von den Repräsentanten der Regierung verwendet. Dabei wurde auf die verheerenden Auswirkungen verwiesen, die ein Fall Südostasiens zur Folge hätte. Der Präsidentenberater William P. Bundy ging sogar so weit zu behaupten, dass neben Indien und Japan auch Australien mit der Zeit gefährdet wäre. (vgl. Kail, 1973, S. 90f.) Die Angst vor dem Kommunismus wurde sogar durch den stellvertretenden

Verteidigungsminister Cyrus Vance noch mehr geschürt, indem er ein Szenario präsentierte, in dem das kommunistische China zuerst Asien, dann Afrika und schließlich Lateinamerika erfolgreich einnehmen würde. Die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Alliierten wären schlussendlich vom Kommunismus umzingelt und eingekesselt. Den Beginn dieser Bewegung verortete er in Vietnam. (vgl. Kail, 1973, S. 117f.)

Zu der Zeit regte sich in Journalistenkreisen bereits der Verdacht, dass Verteidigungsminister McNamara die Presse zu manipulieren versuchte. Vor allem bemerkte man, dass McNamara viel daran lag, die Presse vom Präsidenten fernzuhalten. (vgl. Halberstam, 1974, S. 463) Als im Januar 1965 die Bombardierung von Nachschubwegen in Laos publik wurde, sorgte dies für weitere Diskussion in der Öffentlichkeit. Vor allem auch deswegen, weil sich das Außen- und Verteidigungsministerium weigerten, zu dieser Luftoperation Stellung zu nehmen. (vgl. Sheehan, 1971, S. 336)

Am 7. Februar 1965 befahl Johnson den Rückzug amerikanischer Angehöriger aus Südvietnam. Zusätzlich dazu beorderte der Präsident Luftabwehrbataillone nach Vietnam, hielt sich aber die Option offen, dass andere Verstärkungen in Form von Einheiten oder Einzelpersonen ebenfalls dorthin geschickt werden könnten. Am selben Tag veröffentlichte das Weiße Haus die Nachricht, dass amerikanische und südvietnamesische Luftstreitkräfte angewiesen wurden, gemeinsam Vergeltungsangriffe gegen nordvietnamesische Kasernen durchzuführen. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1965, S. 153)

In einem Statement vom 25. März betonte Präsidenten Johnson ein weiteres Mal, dass die eigentliche Gefahr in Südvietnam die Aggression des Kommunismus sei und die Leidtragenden dieser Aggression die Vietnamesinnen und Vietnamesen wären. Allerdings sei es kein Kampf von Weißen gegen Asiaten, sondern der von totalitären Kommunisten gegen ihre unabhängigen Nachbarn. Die Toten der Amerikaner und der Südvietnamesen seien der grausame Preis der Verschwörung aus dem Norden. Darüber hinaus würden die Vereinigten Staaten nicht nach einer Ausweitung des Krieges streben und kein Regime bedrohen oder ein Territorium begehren. Die militärischen Aktionen der USA seien ausschließlich darauf ausgerichtet, geringstmögliche Kosten an menschlichem Leben, sowohl der Verbündeten und der eigenen Männern als auch denen der Gegner zu verursachen. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1965, S. 319)

Anhand der Regierungsstatements und Verlautbarungen war man daher sehr darauf erpicht, der Bevölkerung eine Sichtweise fernab der Realität zu vermitteln. Verstärkt

wurde dies durch die wiederholte Erwähnung der drohenden Gefahr des Kommunismus basierend auf der Dominotheorie. Auch ein großer Anteil der Presse war in diesem Zeitraum von den Ansichten der Regierung und ihrer Verpflichtung des *objective reporting* gefangen.

7.2.2. Wachsende Kritik

Um der Situation in Südostasien noch mehr Geheimhaltung zu verleihen, erhielt der Konflikt in Vietnam den Status der nationalen Sicherheit. (vgl. Elter, 2005, S. 127) Dies erhielt weitere Unterstützung als Johnson im Februar 1965 sagte, dass es für jede amerikanische Familie lebensnotwendig wäre, den Kommunismus in Südvietnam aufzuhalten. Für die Nationale Sicherheit solle daher alles Notwendige getan werden, weshalb das Land sich auf keinen Fall spalten dürfe. (vgl. Kail, 1973, S. 113) Auch dies begründete man wieder mit der Dominotheorie, indem man den Zerfall Südostasiens als Gefahr für die amerikanische Sicherheit erachtete und China dadurch eine vorteilhafte militärische Position einräumen würde. (vgl. Kail, 1973, S. 116) Um nun unerwünschte Berichte zu unterbinden waren die Verantwortlichen in Washington vor allem darauf bedacht, ein eigenes Bild des Krieges in Vietnam mit amerikanischer Beteiligung zu zeigen. Die daraus resultierenden Spannungen mit den Reporterinnen und Reportern zeigten sich in deren Berichterstattung, in denen sie schließlich ihren Zweifel an der Taktik der Kriegsführung äußerten. (vgl. Klein, 2006, S. 203)

Bezüglich der Bombenangriffe auf Nordvietnam sagte Präsident Johnson, dass er es sehr bedaure, dass die Notwendigkeit des Krieges die Regierung gezwungen habe, Nordvietnam zu bombardieren. Allerdings hätte man die Angriffe sorgfältig eingeschränkt, weshalb sich diese nur gegen Radarstationen, Brücken und Munitionslager richten würden und nicht gegen Bevölkerungszentren. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1965, S. 428)

Im März 1965 ging der Journalist Peter Arnett dem Gerücht nach, dass die Südvietnamesen bei ihren Einsätzen nicht letale Gase einsetzen würden. Obwohl er bei seinen Recherchen Hinweise zum Einsatz von chemischen Kampfstoffen fand, verweigerte der für die Presse zuständige Informationsoffizier jeglichen Kommentar dazu. Arnetts Kollege Horst Faas war jedoch erfolgreicher, da er am 21. März 1965 an einer Operation der südvietnamesischen Infanterie teilnehmen durfte, bei der mit chemischen Kampfstoffen experimentiert wurde. Zum Einsatz kamen diese zwar nicht, aber die

Offiziere, mit denen der Reporter sprach, gaben genügend Auskunft darüber. (vgl. Arnett, 1994, S. 167f.) Die *New York Times* brachte den Bericht darüber am 23. März 1965 heraus, in dem ein Presseoffizier vom Einsatz eines sogenannten *nauseating tear gas* sprach, das gegen Guerillas eingesetzt wurde, die sich in Dörfern versteckt hielten. Dabei argumentierte man damit, dass sich der Einsatz dieses neuen Gases darin unterschied, was menschlich und was unmenschlich war. Darüber hinaus versicherte man, dass es keine bleibenden Schäden für die betroffenen Personen geben würde. Der Verweis auf die Genfer Vereinbarungen, die seit dem ersten Weltkrieg erstickende, giftige oder ähnliche Gase verboten, wurde schließlich damit abgetan, dass die Vereinigten Staaten diesen Vertrag nicht unterzeichnet hätten und sich nicht daran halten müssten. (vgl. King, 1965, S. 1,2) Aufgrund der anschwellenden Kritik bezüglich des Einsatzes von Gasen in Vietnam gab Verteidigungsminister McNamara einen Tag später an, dass auch die Briten und die Grenzwatchen in Westberlin dieselben Gase verwenden würden und diese sogar im Handel erhältlich wären. (vgl. NY-Times, 1965, 24. 03., S. 1,2)

Man betonte auch, dass solcherlei Gase eine anerkannte Waffe der Polizei waren, um Unruhen unter Kontrolle zu bringen und man mit deren Einsatz auch Menschenleben retten würde. Außerdem sei man sehr unglücklich darüber, dass es solche Verwirrungen über giftige Gase, welche man auf keinen Fall beabsichtigte zu verwenden, und denen gegen die Unruhe in Südvietnam eingesetzten Mittel gegeben hätte. (vgl. Pomfret, 1965, S. 1)

Am 23. März 1965 konnte man allerdings einen kurzen Absatz in der *New York Times* darüber lesen, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten sehr wohl giftige Chemikalien in Südvietnam gegen die Vietcong verwendeten. (vgl. NY-Times, 1965, 23.03., S. 2) Vier Tage später kam von der Sowjetunion zusätzlich die Kritik, dass die USA mit der Verwendung giftiger Gase gegen internationales Recht verstießen. (vgl. NY-Times, 1965, 27. 03., S. 1) Die Vorwürfe der Nordvietnamesen, dass die Amerikaner und die Südvietnamesen bei ihren Angriffen giftige Chemikalien eingesetzt hatten, wurden vom Präsidenten damit abgewehrt, dass er sagte, nichts von einem solchen Bericht zu wissen. Er begründete dies damit, dass die Nordvietnamesen oft Aussagen machten, von denen er noch nie etwas gehört habe. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1965, S. 456)

Die amerikanische Regierung und die Militärführung waren sich keiner Schuld bewusst, was den Einsatz von Gasen betraf. Der Verweis darauf, dass auch andere Länder dieselben Gase einsetzten, zeigte im Grunde nur, dass man die wahren Hintergründe verbergen wollte. Nicht einmal als Berichte und Kritiken über den Einsatz giftiger Chemikalien an

die Öffentlichkeit kamen, rückte die politische Führung von ihrem Kurs des Verleugnens oder ihrer Haltung des Nicht-Wissens ab.

7.2.3. Einsatz von Bodentruppen

Die Entsendung von Bodentruppen war ein viel diskutiertes Thema im Kongress und in den Medien, weshalb sich der Präsident lange dagegen sträubte, Angaben darüber in der Öffentlichkeit zu machen. Doch je mehr Truppen nach Vietnam geschickt wurden, umso unvermeidlicher wurde es, darauf angesprochen zu werden.

Q. ... could there be circumstances in which large numbers of american troops might be engaged in the fighting of the war rather than in the advising and assistance to the south vietnamese?

The President. Our purpose in vietnam is, as you well know, to advise and to assist those people in resisting aggression. We are performing that duty there now. I would not be able to anticipate or to speculate on the conduct of each individual in the days ahead.

(Public Papers of the Presidents, 1965, S. 456)

Fragen danach, ob amerikanische Truppen nun in Vietnam aktiv kämpften, wurden zu der Zeit immer wieder bei diversen Pressekonferenzen gestellt. Die Antworten darauf waren daher auch immer wieder dieselben, nämlich, dass man die südvietnamesischen Verbündeten nur bei den Kampfhandlungen unterstützen und beraten würde.

In den *Pentagon Papers* ließ sich allerdings klar nachweisen, dass Präsident Johnson die Entsendung von mehr als 18 000 US-Soldaten zur Verstärkung der Bodentruppen am 1. April genehmigte. Er stimmte dabei auch einem 12-Punkte Programm für militärische Aktionen zu, das ihm bereits am 14. März vorgelegt wurde. Die wichtigste Entscheidung war jedoch die Änderung des Aufgabenbereichs aller Marinebataillone, welche nun aktiv eingesetzt werden sollten. (vgl. *Pentagon Papers*, 1971, S. 442)

Diesen Beschluss vom 1. April 1965, nämlich Bodentruppen zu entsenden, verschwieg man in der Öffentlichkeit. Als Präsident Johnson am gleichen Tag zum Einsatz von Bodentruppen gefragt wurde, gab er an, keine konkreten Pläne dazu zu haben. (vgl. Elter, 2005, S. 128)

„Q. Will there be any direct reprisal for any such acts of terrorism in the future?

The president. ... I see no real point in you or any individual to getting into details of the targets and strategy. ...“ (Public Papers of the Presidents, 1965, S. 368)

Johnson blieb hier ganz klar die Antwort schuldig. Alleine die Feststellung, dass er keinen Grund dafür sah ins Detail zu gehen bewies, dass genau die richtige Frage gestellt worden war.

Folglich konnte man in der *New York Times* am 3. April 1965 lesen, dass die USA lediglich die Unterstützung der südvietnamesischen Armee erhöhen würde. Dies sollte einerseits in Form von militärischem Personal, andererseits durch die Ausbildung der südvietnamesischen Soldaten erfolgen. (vgl. NY-Times, 1965, 03. 04., S. 1) Auch drei Wochen später, am 26. April, sprach der Präsident davon, nichts an der Vietnampolitik zu ändern. Das beinhaltete, auch weiterhin keine amerikanischen Kampftruppen an die Front zu schicken. (vgl. Wicker, 1965, S. 1)

Am 4. Mai jedoch sendeten die Vereinigten Staaten schließlich weitere 3 500 Soldaten nach Vietnam und erhöhten damit die Stärke der in Südvietnam stationierten Kampfeinheiten auf 35 000 Mann. (vgl. NY-Times, 1965, 04. 05., S. 1) Die Aufgabe der Fallschirmjängereinheiten war nun die statische Verteidigung, allerdings in einer angeblich neuen und ungewöhnlichen Weise. Sie galten damit als die ersten Kampfeinheiten der Army in Südvietnam. (vgl. Langguth, 1965, S. 1) Im gleichen Monat war in der *New York Times* beispielsweise am 8. und am 20. Mai zu lesen, dass US-Kampftruppen der Marines und der Army offensive Operationen durchführten. Experten prognostizierten schließlich schon, dass sich die Zahl der US-Truppen auf 500 000 Amerikaner erhöhen werde. (vgl. Chapin & Baldwin, 1965, S. 1) Damit wurde klar, dass man sich immer mehr von der davor verlautbarten Regierungslinie entfernte. Die stetige Erhöhung und die neuen Aufgabenverteilungen für die Kampftruppen machten schließlich die Medien auf das wahre Ausmaß des Engagements in Vietnam aufmerksam. In den zuvor gemachten Aussagen des Präsidenten ließen sich zwar Widersprüchlichkeiten entdecken, diese wurden allerdings nachher nicht weiter thematisiert.

Ein amerikanischer Offizier sagte schließlich am 4. Juni voraus, dass US-Kampftruppen im Sommer in den Vietnamkrieg eintreten würden. Damit war dies die ausdrücklichste öffentliche Erklärung bezüglich der geplanten Verwendung amerikanischer Truppen. (vgl. Langguth, 1965, S. 1) Drei Tage später gab es schon die ersten Berichte von *search and*

clear Patrouillen, die von US-Marines durchgeführt wurden. Fragen diesbezüglich beantwortete das State Department weiterhin damit, dass die amerikanischen Soldaten nur zum Schutz und zur Verteidigung eingreifen würden. (vgl. Finney, 1965, S. 1) Von der ersten aktiven Offensive amerikanischer Fallschirmjäger zusammen mit südvietnamesischen Regierungstruppen wurde schließlich am 30. Juni berichtet. Dabei wurden die Reporterinnen und Reporter sogar gefragt, ob sie ihre Berichte solange zurückzuhalten würden, wie die Operation dauerte. (vgl. Langguth, 1965, S. 1)

Zugegeben wurde die Entsendung der Kampftruppen schließlich erst am 28. Juli 1965, als amerikanische Soldaten bereits mehrere Monate in Vietnam kämpften. Aufgrund des *objective reporting* war der Präsident allerdings von den Medien bis dahin nie mit seinen vorherigen Aussagen konfrontiert worden. (vgl. Elter, 2005, S. 128) So sagte der Präsident bei der Pressekonferenz am 28. Juli, dass er am selbigen Tag die mobile Luftdivision und andere Kräfte nach Vietnam beordert hätte. Falls zusätzliche Kräfte benötigt werden, würden diese ebenso entsendet werden. Allerdings gab der Präsident an, dass er dies dem Land angemessen mitteilen würde, bevor er solche Maßnahmen ergreifen würde. Die Frage, ob sich durch die zusätzliche Entsendung neuer Truppen etwas an der Vietnampolitik ändern würde, verneinte er. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1965, S. 388f.)

7.2.4. Cam Ne

Nachdem nun offiziell Bodentruppen in Vietnam zum Einsatz kamen, kam es schließlich zum Zerwürfnis zwischen den Medien und der Regierung, woraufhin es kein Tabu mehr war, die Vietnampolitik des Präsidenten zu kritisieren. Besonders viel Aufmerksamkeit erhielt dabei ein Bericht des Korrespondenten Morley Safer vom Fernsehsender CBS. Safer filmte eine US-Einheit der Marines, als diese in das Dorf *Cam Ne* einrückten, die Einwohner aufforderten, die Häuser zu verlassen und anschließend das Dorf niederbrannten. Die vorwiegend negativen Reaktionen richteten sich daraufhin gegen den Fernsehsender und den Reporter, da die Bevölkerung der eigenen Armee solche Repressalien bisher nicht zugetraut hätte. Es war das erste Mal, dass das amerikanische Fernsehen die volle Brutalität und Härte des Krieges zeigte. Bis dahin hatte sich das Fernsehen vor allem durch die Übernahme der Regierungslinie ausgezeichnet. (vgl. Elter,

2005, S. 129) Im Anschluss zu den Ereignissen in *Cam Ne* verbreiteten amerikanische Soldaten eine Version, in der das Dorf bei einem Luftangriff zerstört und verbrannt worden wäre. Unterstützt wurde diese Sicht dabei von General Wheeler in der CBS Sendung *Vietnam Perspective*, in der er behauptete, dass die Schäden im Dorf durch Raketen aus der Luft verursacht wurden. (vgl. Klein, 2011, S. 178) Als erste Reaktion darauf versuchte die Marineinfanterie Safers Akkreditierung mit dem Argument aufzuheben, dass er kanadischer Staatsbürger war. Hinzu kamen Anschuldigungen, dass es sich bei den Aufnahmen um Fälschungen handeln würde. (vgl. Arnett, 1994, S. 225) Auch in diesem speziellen Fall schritt der Präsident der USA persönlich ein und forderte vom CBS-Chefredakteur Frank Stanton die Entlassung von Morley Safer. (vgl. Elter, 2005, S. 130) Es trug sich zu, dass Präsident Johnson sogar persönlich Frank Stanton zuhause anrief und verbal angriff:

„Frank“, said the early morning wake up call, „are you trying to fuck me?“ „Who is this?“ said the still sleepy Stanton?“ „Frank, this is your President, and yesterday your boys shat on the american flag,“ Lyndon Johnson said. (Halberstam, 1979, S. 683)

In der Folge fuhr der Präsident Stanton schließlich an, wie es dazu kommen konnte, dass CBS einen Kommunisten eingestellt hatte. Johnson warf dem Sender auch vor unpatrisch zu sein, weil sie einen Bericht ausstrahlten, der dem Feind zugute kam. Der Präsident war so überzeugt davon, dass Safer ein Kommunist war, dass er dessen Vergangenheit überprüfen ließ. (vgl. Halberstam, 1979, S. 683) Als man der Entlassung Safers nicht nachkam, wurde dieser von Außenminister Rusk als russischer Spion denunziert. Daraufhin wurde der Reporter zusätzlich vom FBI unter Beobachtung gestellt, allerdings ohne Ergebnis. Mit der Ausstrahlung des Berichts über das Dorf *Cam Ne* wurden die Forderungen des Militärs nach einer Zensur und das Fernhalten der Reporter aus dem Krisengebiet immer größer. (vgl. Elter, 2005, S. 130)

Die Tatsache dass der Präsident sogar persönlich den Chefredakteur von CBS per Telefon anrief und eine Schimpftirade losließ veranschaulicht, welche Brisanz die Aufnahmen Safers hatten. Ganz besonders hier zeigte sich auch der Machtmissbrauch der politischen Führung, indem sie Safer überwachen ließ, ungerechtfertigt beschuldigte und eine Entlassung erwirken wollte.

Mit der Aufzählung der Opferzahlen in der Fernsehberichterstattung wollte man schließlich von solchen Ereignissen wie *Cam Ne* ablenken, allerdings war dieses Übermaß an Zahlen für die Fernsehzuschauer kaum fassbar. Dies entsprach aber der bedeutenden Rolle, die die Militärstrategen diesen Zahlen beimaßen. Vor allem Verteidigungsminister McNamara war überzeugt, dass es sich mathematisch errechnen ließe, wann der Gegner besiegt wäre. Über den wirklichen Verlauf des Krieges konnte damit jedoch nichts ausgesagt werden, obwohl die Verantwortlichen ihren Fortschritt daran maßen. (vgl. Klein, 2011, S. 188) Angetrieben durch die anwachsende Spannung zwischen den Militärs und den Kriegsberichterstatterinnen und Kriegsberichterstattern führte die US-Militärbehörde schließlich die sogenannten *ground rules* ein. In 15 Kategorien wurden hier Informationen und Berichte beschrieben, die erst nach der Genehmigung der US-Behörde veröffentlicht werden durften. Interviews mit verwundeten oder traumatisierten Soldaten, Recherchen hinter feindlichen Linien oder die Veröffentlichung von militärischen Operationen wurden untersagt. Der Großteil der Journalistinnen und Journalisten, die neu in das Land kamen, hatte oft keine andere Wahl als diese Grundregeln zu akzeptieren und bei ihren jeweiligen Kampfeinheiten zu bleiben. Freie Reporterinnen und Reporter hingegen, die schon mehrere Jahre in Vietnam waren, konnten und wollten sich nicht solche Beschränkungen diktieren lassen und bewegten sich ohne Truppenbegleitung durchs Land, was natürlich wieder zu Konflikten mit den Militärs führte. (vgl. Elter, 2005, S. 131)

Präsident Johnson sah sich Anfang 1966 bald nur noch von Kritikern umgeben, bei denen er vor allem die Presse als eigentlichen Feind ausmachte. Kritiker waren Johnsons Ansicht nach keine Patrioten, weshalb er sich über Kongressabgeordnete, Journalistinnen und Journalisten Unterlagen vom FBI besorgen ließ. Die Überwachung ging dabei soweit, dass Johnson genau wusste, wer zu Empfängen in der russischen Botschaft zugegen war und wer nicht. (vgl. Halberstam, 1974, S. 583f.)

Es waren jedoch nicht nur die Korrespondentinnen und Korrespondenten in Vietnam oder Abgeordnete im Senat, die sich den Unmut der Johnson Regierung zuzogen, sondern auch zwei Kolumnisten in Washington. Walter Lippmann und James Reston, die anfangs neutral oder positiv über die Vietnampolitik schrieben, änderten ihren Standpunkt und kritisierten vor allem die Täuschungsmanöver der Regierung. Daraufhin entzog man beiden Journalisten die Akkreditierung für das Weiße Haus. (vgl. Elter, 2005, S. 131) Besonders die Kritik von Lippmann nahm der Präsident sehr persönlich, sodass er die Anweisung erteilte, dass der Kolumnist nicht mehr zu zeremoniellen Anlässen ins Weiße Haus geladen werden durfte. Er wies sogar seine Mitarbeiter an, jedes Wort von Lippmann das je

geschrieben wurde auf Fehler zu durchsuchen. (vgl. Halberstam, 1979, S. 763f.) In der Folge versuchte man generell aufkommende Kritik zu widerlegen oder zu verleumden. Dies konnte jedoch eine im Januar 1966 in die Wege geleitete Anhörung vor dem Senatsausschuss für Außenpolitik, in der die Desinformationen der Regierung thematisiert und diskutiert wurden, nicht verhindern. (vgl. Elter, 2005, S. 132)

Im selben Jahr erhielt der Vizepräsident Hubert Humphrey von Präsident Johnson den Auftrag nach Asien zu reisen und einen Bericht zu verfassen, in dem China als der Hauptaggressor in Asien angeprangert werden sollte. Dieser Bericht sollte laut Johnson, sowohl die Senatoren Fulbright und Mansfield als auch die Herausgeber der *New York Times* aufgrund ihrer vorangegangenen Kritik an die Wand nageln. (vgl. Halberstam, 1974, S. 502f.) Vor seinem Abflug am 8. Februar sagte Humphrey dazu noch, dass er in den fernen Osten reisen würde, um die Hoffnungen auf Frieden und den Fortschritt in Vietnam zu erklären. (vgl. NY-Times, 1966, 09. 02., S. 2)

Vor einem Dinner im Freedom House in New York am 23. Februar 1966 wehrte der Präsident die Vorwürfe ab, dass die Vereinigten Staaten in einer blinden Eskalation der Gewalt gefangen wären und dies zu einer Ausweitung des Krieges führen würde. Nachdem er gefragt wurde, ob dies ein Krieg mit unbegrenztem Ziel wäre, beantwortete er dies mit den Worten, dass es oberstes Ziel wäre, einen Erfolg der Aggression in Vietnam zu verhindern. Es wären weder Eroberung noch Herrschaft oder fremde Basen das Ziel der amerikanischen Intervention. Johnson behauptete auch, dass die erhöhte Anzahl der amerikanischen Truppen den Zweck hatte, den Aggressor zu dämpfen und den Schlachten eine Wendung zu geben. Daher wollte man die Maßnahmen in diese Richtung fortsetzen, allerdings sollte dies unter sorgfältiger Kontrolle erfolgen. Auf keinen Fall würde es daher zu einer geistlosen Eskalation kommen. (vgl. NY-Times, 1966, 24. 02., S. 1)

Einige Wochen später konnte man am 14. März in der *New York Times* lesen, dass seitens der amerikanischen Militärs schließlich die Überlegung bestand, den Hafen von Haiphong in Nordvietnam zu bombardieren, da sie dies für eine effektivere Lösung hielten. Obwohl Präsident Johnson und sein Verteidigungsminister dem kritisch gegenüber standen, drängten die Militärs zu einer Bombardierung oder Verminung des Hafens von Haiphong, um die Unterstützung für die Guerillas in Südvietnam zu unterbinden. (vgl. Raymund, 1966, S. 1,2)

7.2.5. Salisburys Bericht aus Nordvietnam

Im Dezember 1966 sorgte der *New York Times* Korrespondent Harrison E. Salisbury mit seinem Bericht aus Nordvietnam und damit hinter den feindlichen Linien für weitere Aufregung. Die vom Pentagon immer wieder betonten präzisen Bombardierungen militärischer Ziele wiederlegte Salisbury. Durch seine Berichterstattung von der Gegenseite kam nämlich heraus, dass vielmehr zivile Einrichtungen erheblich zerstört wurden. (vgl. Elter, 2005, S. 132)

Salisbury berichtete hierbei von *Namdinh*, der drittgrößten Stadt Nordvietnams, die vor allem Textilbetriebe, eine Obstkonservenfabrik und ein Werk für landwirtschaftliche Geräte beherbergte. Seit dem 28. Juni 1965 sollen bis zum Zeitpunkt, als Salisbury nach Weihnachten 1966 die Stadt besichtigte, 52 Angriffe stattgefunden haben. Allein die Textilfabrik wurde bei 19 Angriffen getroffen. Dem Reporter entzog sich dabei die Bedeutsamkeit der angegriffenen Ziele, da er keinen militärischen Nutzen erkennen konnte. Die daraufhin vom Pentagon geforderte Besichtigung der Flakstellungen auf der Hauptstraße von *Namdinh* führte der Journalist durch, allerdings ohne eine solche Anlage auszumachen. Einzig die Eisenbahn und die Hafenanlage wurden schließlich im Nachhinein als militärisch wertvolle Ziele eingestuft. (vgl. Salisbury, 1967, 106-110)

„Wir fahren in Namdinh herum, (...) Über ganze Straßenblocks hinweg konnte ich nichts als Verwüstungen sehen – Wohnhäuser, Geschäfte, alle Gebäude waren entweder zerstört, beschädigt oder verlassen.“ (Salisbury, 1967, 111)

Wie schon bei den Kritikern davor wurde auch Salisburys Bericht auf Schwachstellen geprüft und der Reporter selbst als kommunistischer Propagandist verleumdet, sodass sogar andere Journalisten ihn kritisierten. (vgl. Elter, 2005, S. 132)

Es war bedauerlich und lag nicht im nationalen Interesse, dass gleich nach Eingang meiner Berichte einige amerikanische Amtspersonen, insbesondere Zivilisten aus dem Pentagon, sich veranlasst sahen, eine Schimpfkanone gegen mich loszulassen, welche die Aufmerksamkeit von den wesentlichen meiner Beobachtungen ablenkte. (Salisbury, 1967, 221)

Als der Präsident bei einer Pressekonferenz am 31. Dezember 1966 auf die Bombardierungen in Nordvietnam angesprochen wurde, antwortete dieser, dass nur militärische Ziele angegriffen wurden. Dennoch merkte er an, dass solche Aktionen unweigerlich Verluste von menschlichen Leben verursachten und er diese natürlich bedauern würde. Darüber hinaus wären nur militärische Ziele autorisiert und die Männer

welche die Befehle zur Bombardierung erhielten, würden ihr Bestes tun, um diese so auszuführen wie sie sie bekommen hätten. Bei einer weiteren Frage bezog sich ein Reporter auf den Bericht von Salisbury, in dem beschrieben wurde, dass Wohngebiete rund um zwei Industriegebiete, eine Reismühle und eine Textilfabrik bombardiert wurden. Folglich wollte er wissen, ob sich daher die Zielsetzungen des Verteidigungsministeriums geändert hätten oder ob es sich hierbei um einen Irrtum gehandelt habe. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1966, S. 1459-1461) Um die Vorwürfe zu entkräften meinte der Präsident daraufhin:

None whatever. There has been no change. So far as the evidence that we have at this time there has been no mistake. ... Our orders are to bomb only military targets. Those are the only orders we have issued. We believe that our men have carried out those orders to the very best of their ability.

(vgl. Public Papers of the Presidents, 1966, S. 1461)

Viel Aufschluss gab nun die Antwort des Präsidenten über die Zielsetzung des Verteidigungsministeriums nicht. Es wurde eigentlich nur das bestätigt, was bereits vorher gesagt wurde, nämlich, dass nur militärische Ziele angegriffen würden und die Piloten ihre Befehle nach bestem Wissen ausführen würden. Da jedoch in der Öffentlichkeit nicht transparent war, was genau die Ziele beinhalteten, hätten die von den Piloten ausgeführten Befehle auch genau das Gegenteil sein können.

Innenpolitisch ließ der Bericht von Salisbury natürlich den Rückhalt für die Johnson-Regierung aus der Bevölkerung stark zurückgehen. Darüber hinaus war der Bericht aus Nordvietnam auch ausschlaggebend dafür, dass die Bombardierung bis 1970 vom Verteidigungsministerium dementiert wurde. (vgl. Klein, 2011, S. 183) Erst 16 Jahre später konnte sich Salisbury aufgrund einer veröffentlichten CIA-Studie rehabilitieren. Die kritischen Beiträge führten schließlich dazu, dass auch andere Medien vermehrt über Zivilopfer und den ungünstigen Kriegsverlauf berichteten. Bis zur Jahreshälfte 1967 war es unter der Johnson-Regierung üblich, Negativmeldungen auf die schlechte Berichterstattung der Medien zu schieben, da es aus militärischer Sicht nur Positives zu berichten gab. (vgl. Elter, 2005, S. 133)

Auch Kritiken bezüglich der Vietnampolitik wurden auf Desinformationen zurückgeführt. So sagte der Präsident bei einer Pressekonferenz, dass es für ihn offensichtlich wäre, dass

sich manche Kritikerinnen und Kritiker besser informieren sollten. (vgl. *Public Papers of the Presidents*, 1967, S. 311) Präsident Johnson verfolgte während dieser Zeit in seinem Büro akribisch die Fernsehbeiträge, Meldungen und Zeitungsberichte aus Vietnam. Dabei war er nicht verlegen, Chefredakteurinnen und Chefredakteure unter Druck zu setzen oder seine Beamtinnen und Beamten anzuweisen, die tägliche Informationsflut in die richtigen Bahnen zu lenken. In gewisser Weise wollte der Präsident damit von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass diese eine inoffizielle Zensur einführen sollten, um die Presseberichte in Einklang mit seinen Vorstellungen zu bringen. (vgl. Arnett, 1994, S. 259f.) Der Fotoreporter Eric Durschmied erinnert sich:

Die Propagandaeinheit der US-Militärberatergruppe Vietnam gab mit unglaublicher Geschwindigkeit Informationen heraus. Nur Positives – in ihren Augen gewannen wir. (...) Zu dieser Zeit hielt der Chef der öffentlichen Informationsabteilung, US MAG – V (...) ein kurzes Briefing über das Allerletzte von der Kriegsfront ab. Es gab nur positive Nachrichten. ‚Alles ist unter Kontrolle‘, war der am häufigsten wiederholte Satz. (Durschmied, 2004, S. 168)

Durschmieds Erinnerungen bringen recht klar zum Ausdruck, unter welchem Druck die Informationsabteilung des US-Militärs stand. Man konnte und wollte nicht zugeben, dass sich der Kriegsverlauf nicht so entwickelte, wie er von sogenannten Militärexperten prognostiziert wurde.

7.2.6. Tet Offensive

Mit der Tet-Offensive änderte sich allerdings die Stimmung in der Bevölkerung erheblich und auch das Fernsehen, das sich mit einigen Ausnahmen als regierungstreu präsentiert hatte, änderte seine Berichterstattung. (vgl. Elter, 2005, S. 133) Die Johnson-Regierung blieb trotzdem ihrer optimistischen Linie solange treu, bis sie schlussendlich von der Tet-Offensive überrannt wurde. Kurz vor den Ereignissen in Südvietnam informierte Johnsons Sicherheitsberater, Walt W. Rostow, noch drei *Washington Post* Reporter über die Fortschritte in Vietnam. (vgl. Klein, 2011, S. 194) Paradoxerweise gab sich der Präsident zum Neujahrstag noch optimistisch, als er meinte, dass der Feind nun wüsste, dass kein militärischer Erfolg in Südvietnam für ihn erreichbar sei. (vgl. *Public Papers of the Presidents*, 1968, S. 2) Genau einen Monat später wurde jedoch behauptet, dass man seit

einigen Monaten über die Pläne einer großangelegten Offensive der Kommunisten Bescheid wusste und detaillierte Informationen darüber hätte. Mit dem Vergleich der getöteten feindlichen Kämpfer, denen der Verbündeten und den eigenen Soldaten wollte der Präsident es so darstellen, dass es sich dabei um einen Erfolg der eigenen Seite handelte. Zusammenfassend sagte der Präsident, dass es aufgrund der schnellen und geistesgegenwärtigen Reaktion der USA auch ein psychologischer Sieg gegen die Nordvietnamesen gewesen sei. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1968, S. 155-157)

Zur Zeit der Offensive war es dem US-Militär nicht mehr möglich, die Kontrolle über ihre Journalistinnen und Journalisten zu behalten, sodass es ein Übermaß an Augenzeugenberichten und Interpretationen der Ereignisse gab. Die Beschwichtigungen der Regierung und des Militärs, dass sie die Situation unter Kontrolle hätten, wurden ein weiteres Mal von amerikanischen Fernsehteams widerlegt. Nicht mehr abhängig von den Materialien des Pentagons konnten die Journalistinnen und Journalisten auf eigene Aufnahmen zurückgreifen, die nun das Misstrauen gegen die Regierung immer mehr in die Höhe trieb. (vgl. Elter, 2005, S. 134f.) Auch wenn die Zeitungsberichte anfangs nur einen Überblick lieferten und aufgrund der Unübersichtlichkeit dramatischer ausfielen, so zeigten die Fernsehberichte doch ein deutliches Bild, das nicht abgestritten werden konnte. Für die Reporterinnen und Reporter war der Angriff insofern von hoher Bedeutung, da dieser nicht an der Front, sondern direkt in Saigon stattfand. Diese direkte Betroffenheit erlaubte es ihnen einerseits ohne großen Aufwand Bilder und Eindrücke der Kämpfe zu bekommen, andererseits war die Gefahr auch unmittelbarer vorhanden. (vgl. Klein, 2011, S. 195) Das am Anfang als Propagandainstrument der Regierung aufgebaute Massenmedium Fernsehen entlarvte nun die von ihr ausgesagten Fehleinschätzungen. Die Reporterinnen und Reporter wandten sich wieder mehr dem *interpretative journalism* zu, indem sie die Ereignisse selbst und kritisch bewerteten. Abgesehen von den USA selbst kamen auch die Südvietnamesen in den Fokus der Berichterstattung. Mit den Aufnahmen von südvietnamesischer Lynchjustiz durch den Polizeichef von Saigon auf offener Straße geriet das bisher positiv gezeigte Bild des Verbündeten ebenfalls ins Wanken. Die Ausstrahlung des *Huntley-Brinkley Reports* des Senders NBC, bei dem die Bilder des AP-Fotografen Eddie Adams gezeigt wurden, verfolgten in den USA schätzungsweise zwanzig Millionen Menschen. (vgl. Elter, 2005, S. 135f.)

Die psychologischen Auswirkungen der überraschenden Offensive auf die Leute im Süden dürfte sich jedoch als erheblich erwiesen haben, da auch im Ausland und ganz besonders in den Vereinigten Staaten die Reaktionen durchwegs bestürzt ausfielen. Für die öffentliche Meinung offenbarte sich der offizielle Optimismus der führenden US-Kommandeure gegenüber den Fakten schließlich als Lüge. (vgl. NY-Times, 1968, 02. 02., S. 12) Obwohl einige Sympathien für die amerikanische Zwangslage, vor allem in der britischen Presse, vorhanden war, so äußerten sich in der Öffentlichkeit und in Pressemitteilungen die Korrespondentinnen und Korrespondenten der *New York Times* generell kritischer gegenüber den Vereinigten Staaten. So hatten die Bilder aus Vietnam enorme Auswirkungen, die der Öffentlichkeit die Effektivität der Vietcong Offensive veranschaulichte, aber auch die Maßnahmen zeigten, die die Südvietnamesen und Amerikaner ergriffen, um auf diese zu antworten. (vgl. Lewis, 1968, S. 16)

Rund um die Debatten und Proteste bezüglich des Krieges waren die Politiker gezwungen, sich verstärkt mit der Darstellung des Vietnamkrieges zu beschäftigen. Dadurch widmete man sich mehr der Öffentlichkeitsarbeit als der tatsächlichen Vietnam-Politik, um das eigene politische Ansehen zu wahren und die historische Leistung hervorzuheben. (vgl. Klein, 2011, S. 189) Der populäre Fernsehjournalist Walter Cronkite, der mit seiner Sendung *CBS-Evening News* die höchsten Einschaltquoten im Land erreichte, distanzierte sich allerdings von der Regierungslinie und befand darüber hinaus, dass sich der Krieg in Vietnam in einer Sackgasse befand und dass nur noch in Verhandlungen ein Weg aus dieser Misere gefunden werden konnte. (vgl. Elter, 2005, S. 136) Cronkites Bemerkungen zur Tet-Offensive in seiner Nachrichtensendung ließen manche behaupten, dass sich daraufhin sogar ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit gegen den Krieg wandte. Konkret sagte er *dem Sieg heute näher zu sein, sei zu behaupten, den Optimisten nun zu glauben, die in der Vergangenheit falsch lagen*. Seine unbefriedigende, aber scheinbar einzig realistische Schlussfolgerung war, dass das amerikanische Engagement in einer Pattstellung versunken war und der einzige vernünftige Ausweg darin bestand zu verhandeln und zwar nicht als Sieger, sondern als Menschen, die versprachen, die Demokratie zu verteidigen. (vgl. Miller 2016, S. 163f.) Die Pressepolitik der Regierung blieb jedoch unverändert, indem man weiterhin den Kriegsverlauf beschönigte und damit fortfuhr, Kritiker zu verleumden. (vgl. Elter, 2005, S. 136) Im Zuge der Tet-Offensive lieferte der AP-Reporter Peter Arnett im Februar 1968 einen Artikel ab, der kurz darauf für Kontroversen in den Medien und in der Regierung sorgte. Er berichtete von der Stadt *Ben*

Tre, die im Laufe der Offensive komplett zerstört worden war, allerdings nicht vom Vietcong, sondern von den vietnamesischen Verbündeten der Amerikaner. Besonders das Zitat eines amerikanischen Offiziers war bezeichnend für die Ereignisse in *Ben Tre*, in dem es hieß: *Wir mussten die Stadt zerstören um sie zu retten*. Die daraufhin durchgeführte Suche nach dem Major, der für diese Aussage verantwortlich war, lief jedoch ins Leere, da Arnett seiner Quelle Anonymität zusicherte. Der Journalist musste sich allerdings von anderen Reporterkollegen den Vorwurf gefallen lassen, dass er Zitate erfand. (vgl. Arnett, 1994, S. 312-315)

Für weiteren Diskussionsstoff sorgte im März 1968 ein *Times* Bericht über die von General Westmoreland geforderte Erhöhung des Militärkontingents in Vietnam. Die damit einhergehende Widersprüchlichkeit der Regierung, die militärische Situation im Griff zu haben, brachte diese folglich in Erklärungsnot. Um dem Imageschaden entgegen zu wirken verweigerte Johnson weitere Truppenentsendungen, wodurch es zu Spannungen mit General Westmoreland kam und dieser schließlich vom Präsidenten im März 1968 seines Amtes enthoben wurde. (vgl. Elter, 2005, S. 137) In seiner Ansprache an die Nation am 31. März 1968 sprach der Präsident noch davon, dass die Regierung keine Absicht hätte, den Krieg auszuweiten, allerdings wäre sie auch nicht bereit, eine Scheinlösung zu akzeptieren, die man dann als Frieden bezeichnen würde. Mehrere Male betonte Johnson sogar, dass das was die USA in Vietnam täten nicht nur entscheidend für Südostasien, sondern auch notwendig für die Sicherheit jeder einzelnen Amerikanerin und jedes einzelnen Amerikaners wäre und damit der Kern ihres Engagements schon immer Amerikas eigener Sicherheit diene. (vgl. Miller, 2016, S. 168f.) Der amerikanische Botschafter Ellsworth Bunker unterstützte den Präsidenten in seinem Bestreben die Situation in Vietnam zu beschönigen, indem er in seinem Report am 9. April 1968 davon sprach, dass die Tet-Offensive des Feindes sowohl einen psychologischen als auch einen politischen Erfolg der Amerikaner darstellte. Darüber hinaus würde die südvietnamesische Regierung nach der Tet-Offensive noch selbstbewusster und vereinter agieren als davor. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1970, S. 501f.)

Der dadurch erhoffte Effekt, der Vietnamdiskussion ein Ende zu bereiten, ergab sich allerdings nicht und führte nur zu noch mehr Zweifel an der Vietnampolitik Johnsons. Bereits im Februar 1968 legte Robert McNamara sein Amt als Verteidigungsminister aus Protest gegen die Vietnampolitik nieder, und auch Präsident Johnson sah sich mittlerweile

einer wachsenden parteiinternen Opposition gegenüber, die in dazu bewog, für keine weitere Amtsperiode zu kandidieren. (vgl. Elter, 2005, S. 139)

Die Tet-Offensive war eindeutig ein Wendepunkt im Kriegsverlauf, der nicht nur Auswirkungen in militärischer Hinsicht hatte, sondern auch Veränderung in der medialen Berichterstattung nach sich zog. Auch wenn das amerikanische Militär auf den Angriff schnell reagierte und effizient zurückschlug, so hinterließ die Offensive der Nordvietnamesen und der Vietcong tiefe Spuren, sowohl in der amerikanischen als auch in der südvietnamesischen Bevölkerung. Die vom US-Militär behauptete Kenntnis von dem Angriff wurde allerdings aufgrund der von den Journalistinnen und Journalisten gemachten Aufnahmen während der Offensive widerlegt. Mit den immer mehr aufkommenden kritischen Berichten und Reportagen erfolgte in den Medien schließlich auch ein Kurswechsel, was die Unterstützung der Regierung betraf. Die meinungsbildende Funktion der Medien dürfte mitbestimmend gewesen sein, dass das Vertrauen in die Regierung sank und sich auch ein Wechsel in der politischen Führung vollzog.

7.3. Pressepolitik unter Nixon

Die Politik der Nixon-Regierung setzte sich einerseits zum Ziel, den Rückzug der amerikanischen Truppen voranzutreiben, aber andererseits bemühte sie sich auch, den Eindruck einer Niederlage zu verhindern. (vgl. Elter, 2005, S. 140f.) So sagte Nixon bei einer Pressekonferenz am 6. Februar 1969, dass er keinen amerikanischen Soldaten länger als nötig in Vietnam lassen wolle. Bereits hier sprach er schon davon, dass den südvietnamesischen Truppen mehr Verantwortung bei der Verteidigung ihrer Gebiete übertragen und amerikanische Einheiten zurückkommen würden. Allerdings konnte er noch keine genaueren Angaben über die Rückkehr der Truppen machen. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 67) Darüber hinaus sagte der Präsident in einer weiteren Pressekonferenz am 4. März, dass er weder vorhätte Nordvietnam noch etwas anderes zu bombardieren. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 185) Dies unterstrich er noch in seiner Rede an die Nation am 14. Mai, als er angab, dass Kambodscha und Laos nicht in einen weiteren Krieg hineingezogen werden würden und man die Genfer Abkommen

bezüglich Kambodscha und Laos einhalte werde. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 372f.)

Der Bereich der Presse- und Informationspolitik fiel im Speziellen Nixons Außenminister Henry Kissinger zu, der gute Kontakte zu einflussreichen Journalistinnen und Journalisten besaß. (vgl. Elter, 2005, S. 140f.) Kissinger sah in Reporterinnen und Reportern Personen, die ein erhöhtes Interesse an Kontakten zur Macht hatten, wenn es ihnen an alternativen Informationsquellen mangelte. Er bemühte sich daher, in den eigenen Regierungskreisen undichte Stellen vollkommen zu unterbinden und wichtige Regierungsinformationen nur an wenige Mitglieder weiterzugeben. Auf diese Weise konnten Informationen an einige ausgewählte Journalistinnen und Journalisten weitergegeben und ein ausgeklügeltes System zur Meinungsbildung aufgebaut werden. Während Kissinger von seinen bevorzugten und umworbenen Journalistinnen und Journalisten kaum kritisiert wurde, übernahm Präsident Nixon eine andere Rolle in der Pressepolitik. In seiner am 3. November 1969 gehaltenen Rede an die Nation sprach Nixon vom Feind im Inneren und suggerierte dabei eine moderne Dolchstoßlegende. (vgl. Elter, 2005, S. 142f.)

Hier stellte er fest, dass einige seiner Mitbürger nicht mit seinem Plan für den Frieden einverstanden wären. Es sagte dabei ganz klar, dass er es einer Minderheit nie erlauben würde einer ganzen Nation ihren Standpunkt aufzudrängen, da Amerika sonst keine Zukunft als eine freie Gesellschaft hätte. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 908)

7.3.1. Angriff auf die Presse

Besonders die Presse, die sich bisher kritisch zum Thema Vietnam geäußert hatte, wurde als ein solcher Feind ausgewiesen und man verlieh der Pressepolitik eine deutlich aggressivere Entwicklung. Wie bereits unter den vorherigen Regierungen wurden die Verheimlichungs- und Täuschungsstrategien weiter ausgebaut und Verleumdungskampagnen wie jene von Vizepräsident Spiro Agnew, der die Journalistinnen und Journalisten als Feinde der Gesellschaft bezeichnete, gezielt eingesetzt. (vgl. Elter, 2005, S. 143f)

Nixon setzte Agnew in dieser Hinsicht keine Grenzen, sodass der Vizepräsident zum verbalen Angriff auf die Massenmedien ansetzen konnte. Kritikerinnen und Kritiker am

Krieg und am Präsidenten sollten in die Defensive gedrängt und als unpatriotisch dargestellt werden. (vgl. Halberstam, 1974, S. 630) Erklärtes Ziel waren folglich dem Vietnamkrieg kritisch gegenüberstehende Personen, was durch drei grundlegende Argumente gerechtfertigt wurde. Zum einen sah man diese Dissidentinnen und Dissidenten als Intellektuelle außerhalb des amerikanischen Mainstreams, das wiederum aus guten patriotischen Bürgern bestünde, die den Präsidenten unterstützen würden. Andererseits würden sie auch das amerikanische System zerstören wollen. Zu guter Letzt gäbe es darüber hinaus Überschneidungen mit dem Denken der politischen Führung der Demokraten. (vgl. Porter, 1976, S. 43)

In drei Reden zwischen dem 13. und 29. November hielt Agnew Ansprachen über die Verantwortlichkeit des Fernsehens, die Gefahr durch die Medien und die Macht der Presse. Seiner Ansicht nach waren die Nachrichten bestimmt durch eine kleine Gruppe von Männern, die aus Nachrichtensprechern, Kommentatoren und Produzenten bestand und die entscheiden würden, was 40 bis 50 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner zu sehen bekämen. Man wüsste nichts über diese Männer, die diese Macht ausübten. Wie bei anderen amerikanischen Institutionen wäre es Zeit, dass die *Networks* mehr auf die Ansichten der Nation eingehen würden und sich gegenüber der Bevölkerung verantworten müssten. Der Vizepräsident unterstellte den *Networks* Machtmissbrauch und warnte vor der Gefahr, dass gewählte Beamte die Medien zu ihrem politischen Vorteil nutzen würden. Agnew kritisierte vor allem die *New York Times* und ihre Entscheidungen, wie sie ihre Berichte auswählten und veröffentlichten. Er schreckte dabei nicht davor zurück, sie indirekt als schlechte Zeitung zu bezeichnen. (vgl. Agnew, 1970, S. 62-81) Bei den Ansprachen wurde klar, dass er die Vertreter der Medien als eine spezielle, arrogante, kleine aber zu einflussreiche Elite wahrnahm, die auch noch unrepräsentativ, ungewählt und überbezahlt wäre. Agnews Meinung nach würde diese nur ihre eigenen Sichtweisen verstärken und nicht berichten, sondern nur herausgeben. Allerdings stellte sich heraus, dass die Kritik des Vizepräsidenten sich nicht nur gegen die Monopolstellung der Medien richtete, sondern auch parteiisch war, so attackierte er ausschließlich liberale Einrichtungen, aber nie Konservative. (vgl. Halberstam, 1979, S. 832) Der Präsident des Nachrichtensenders NBC bezeichnete schließlich die Reden als einen Aufruf zur Vorverurteilung, da sie der Zuseherin und dem Zuseher suggerierten, dass die Nachrichtenleute eine gefährliche freistehende Elite seien. Die Reden würden zwar keine Verschwörung repräsentieren, aber die Menschen dennoch zu einer gemeinsamen Verachtung aufrufen. (vgl. Porter, 1976, S. 47)

Zusätzlich wurde den Regierungsmitgliedern der Kontakt zu bestimmten Reporterinnen und Reportern verboten. Da die Regierung jedoch die Medien für die Meinungsbildung brauchte, wurden die guten Kontakte von Außenminister Kissinger zur Presse genutzt, um nicht alle Medienorgane gegen sich aufzubringen. (vgl. Elter, 2005, S. 143f.) In einem regierungsinternen Papier existierte allerdings eine klare Einteilung bezüglich einer feindlichen und einer freundlichen Presse, die den Kontakt zu feindlichen Medienorganen und Journalistinnen und Journalisten einschränken oder ganz unterbinden sollte. (vgl. Elter, 2005, S. 145) Nixon tat in dieser Hinsicht allerdings mehr als das. So lud er am 25. Juni 1970 Führungskräfte von fünfzig Zeitungen und Rundfunkanstalten zu einem privaten Briefing ein, ausgenommen davon waren jedoch Vertreter der *Washington Post* und der *New York Times*. (vgl. Porter, 1976, S. 66) Der Präsidentenberater J.S. Magruder initiierte schließlich eine effektivere Art der Pressekontrolle, indem er die *Federal Communication Commission* (FCC) hierfür vorschlug. Diese war bereits eine staatliche Regulierungsbehörde, die Sende- und Drucklizenzen sowie Richtlinien für die Medien vorgab. Obwohl die FCC eine unabhängige Organisation war, wurde der Leiter von der Regierung ausgewählt. Magruder wollte daraus einen Nutzen ziehen und so die Medien beeinflussen, um unliebsame Medienorganisationen unter Druck zu setzen. (vgl. Elter, 2005, S. 146) Damit wechselte die bisher an den Journalistinnen und Journalisten angesetzte Pressepolitik zu den Verlegerinnen und Verlegern, Herausgeberinnen und Herausgebern und TV-Managerinnen und TV-Managern. Von der Presse wurde folglich das *objective reporting* wieder aufgegriffen und auch die Beiträge aus Vietnam hielten sich mit ihrer Kritik zurück. (vgl. Elter, 2005, S. 147) Der Stabschef des Präsidenten, Haldeman, schrieb am 4. Februar 1970 ein vertrauliches Memorandum an den Berater J.S. Magruder, um die wahrgenommene Spannung mit der Presse zu bekämpfen. Darin wurde vor allem beschrieben, wie man gegen diverse Nachrichtensprecherinnen und Nachrichtensprecher, Zeitungen oder Fernsehsender vorzugehen gedachte. Er sprach auch davon, die vom Präsidenten angesprochene *Stille Mehrheit* zu mobilisieren und diese auf jede erdenkliche Weise gegen die Zeitschriften und *Networks* arbeiten zu lassen, um sie zu zerschlagen. Magruder sollte sich dabei vor allem auf NBC, *Time*, *Newsweek*, *Life*, die *New York Times* und die *Washington Post* konzentrieren. (vgl. Porter, 1976, S. 266) Noch konkreter wird ein geheimes Memorandum, welches ein Mitarbeiter Magruders an Magruder selbst sendete. In diesem wurde davon gesprochen, Chet Huntley aufgrund seines Statements im *Life* Magazin über den Präsidenten mittels einer Petition von seiner

Stellung bei NBC zu entfernen. (vgl. Porter, 1976, S. 268) Magruder entwarf dazu schließlich einen vorläufigen Plan zur Presseobjektivität, bei dem er anregte, nicht nur Huntley alleine, sondern auch seinen Nachrichtensender attackieren zu wollen. Darüber hinaus sollten in großen Magazinen regierungstreue Kolumnistinnen und Kolumnisten Artikel über Objektivität und Ethik in den Nachrichtenmedien schreiben. Wichtig war ihm dabei, dass die Presseobjektivität als ein ernstes Problem vermittelt wurde, über das diskutiert werden sollte. (vgl. Porter, 1976, S. 270f.)

Die Reden Agnews und die Einführung der Pressekontrolle durch die *Federal Communication Commission* setzten unter der Nixon Regierung neue Maßstäbe, was den Umgang mit der Presse und generell mit den Nachrichtenmedien betraf. Die verbalen Attacken und Ausgrenzungen bestimmter Mediensparten sorgten schließlich für erhebliche Spannungen in den Vereinigten Staaten. Die Stimmung, die gegen die Nachrichtenmedien gemacht wurde, sorgte allerdings auch dafür, dass diese argwöhnisch betrachtet wurden.

7.3.2. Ausweitung des Krieges

Die internen Prognosen für den Präsidenten blieben der Öffentlichkeit weiterhin verborgen. Hier bediente man sich bei öffentlichen Auftritten der sprachlichen Zweideutigkeit von Begriffen wie *Reduktion* und *Rückzug* oder *Beendigung der Kämpfe zu Land* und *Beendigung des Engagements*. Dadurch ließ die Regierung die Bevölkerung das heraushören, was sie glauben wollte. Nixons Erklärung von unerreichten Bedingungen für einen totalen Abzug der amerikanischen Truppen entpuppte sich als reine Propaganda. (vgl. Ellsberg, 1972, S. 37)

Mit dem Beginn der Bombardierung Kambodschas im März 1969 etablierte sich im Militär das System des *dual reporting*, bei dem es sich um die Weitergabe von Information innerhalb des Militärs handelte. In einer ersten Lagebesprechung informierte man eine ganze Einheit über angebliche Ziele in Südvietnam, um schließlich in einer weiteren Lagebesprechung nur an Eingeweihte die wahren Ziele in Kambodscha weiterzugeben. Journalistinnen und Journalisten, die oft Soldaten als inoffizielle Informationsquellen nutzten, erhielten daher nur falsche Informationen, wodurch sich das *dual reporting* in gewisser Weise zu einer Presselenkungsstrategie entwickelte. (vgl. Elter, 2005, S. 149)

Am 21. März 1970 sagte Nixon bei einer Pressekonferenz allerdings noch, dass die Vereinigten Staaten die Kambodschanische Neutralität respektierten und hofften, dass dies

die Nordvietnamesen ebenfalls tun würden. Darüber hinaus war man zuversichtlich, dass die dortige Regierung erkannte, dass das Interesse der USA ausschließlich dem Schutz deren Neutralität galt. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 292)

Das eigentliche Ziel Nixons war jedoch die Führung eines *unsichtbaren Krieges*, indem die Momente des Konflikts wie amerikanische Verluste, die Präsenz der Bodentruppen oder die Kosten für die Öffentlichkeit ausgeblendet wurden. Den vietnamesischen Verbündeten überließ man zwar den größten Teil der Kämpfe, der Krieg wurde allerdings auf Gebiete wie Kambodscha oder Laos ausgeweitet, in der Annahme, dass die Reporterinnen und Reporter ihm dorthin nicht folgen könnten. (vgl. Ellsberg, 1972, S. 37f.)

In seiner Rede an die Nation am 30. April 1970 kündigte Präsident Nixon an, dass amerikanische und südvietnamesische Einheiten die Hauptquartiere der gesamten kommunistischen und militärischen Betriebe in Südvietnam angreifen würden, die von den Nordvietnamesen seit fünf Jahren besetzt waren, was eine eklatante Verletzung der Neutralität Kambodschas darstelle. Allerdings wurde es nicht als eine Invasion Kambodschas deklariert, sondern damit begründet, dass die Gebiete, die angegriffen werden sollten, unter der Kontrolle der Nordvietnamesen standen. Ziel war daher nicht die Besetzung der Gebiete, sondern nur den Feind zu vertreiben und seine militärischen Einrichtungen zu zerstören. Diese Aktion, behauptete man, sollte auf keinen Fall den Krieg nach Kambodscha ausweiten, sondern vielmehr den Krieg in Vietnam beenden. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 407)

Im Mai 1969 erfuhr jedoch der *New York Times* Korrespondent William Beecher von den Bombardierungen in Kambodscha und berichtete am 9. Mai darüber in der *New York Times*. Darin schrieb er von den Angriffen amerikanischer B-52 Bomber auf Camps der Vietcong und der nordvietnamesischen Armee, die damit erstmalig in Kambodscha stattfanden. Da die kambodschanische Führung mit dem amerikanischen und dem südvietnamesischen Militär kooperierte, blieben Proteste von der kambodschanischen Seite aus. Obwohl man damit Hanoi zeigen wollte, dass man anders und härter als die vorherigen Regierungen wäre, argumentierten verlässliche Quellen ein weiteres Mal, dass dies nur eine Strategie wäre, um den Krieg zu beenden. Bisher hätte man nur über die Grenze geschossen und lediglich feindliches Feuer erwidert. (vgl. Beecher, 1969, S. 1,7)

Die Nixon-Regierung setzte schließlich alles daran herauszufinden, woher der Reporter seine Informationen bezog. In der Folge wurden hohe Beamte wie z.B. enge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kissingers vom FBI abgehört und Beechers Bericht als

spekulativ abgetan. Öffentlich und offiziell bestätigt wurden die Bombardements Kambodschas erst 1973. (vgl. Elter, 2005, S. 150)

Bei der Pressekonferenz am 26. September 1969 kam schließlich auch die US-Beteiligung bei Kämpfen in Laos, einem weiteren Nachbarland Vietnams, zur Sprache, die Präsident Nixon jedoch damit kommentierte, dass sich keine amerikanischen Kampfseinheiten in Laos befänden. Erst als gefragt wurde, wie er sich die Bombardierung des Ho Chi Minh Pfades an der Grenze zu Laos erkläre, versuchte er diese als Luftaufklärung abzutun. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 754f.)

Die Ausweitung des Vietnamkonflikts auf die umliegenden Nachbarländer und vor allem auch der Versuch, dies geheim zu halten, ließ die Nixon Regierung noch tiefer in ihr Netz aus Verheimlichungen und Machtmissbrauch rutschen. Trotz der Presselenkstrategie durch das *dual reporting* wurden die Bombardierungen Kambodschas publik und hatten abermals Überwachungen durch das FBI zur Folge. Dieses Mal wurden, abgesehen von den Reporterinnen und Reportern, auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beobachtet und abgehört.

7.3.3. My Lai

Ein weiteres Ereignis, das mit über einem Jahr Verspätung an die Öffentlichkeit gelangte, war das am 16. März 1968 verübte Massaker von *My Lai*. Eine amerikanische Einheit hatte den Befehl erhalten, eine im Dorf *My Lai* vermutete Guerillabewegung zu zerschlagen, allerdings war dort ein derartiger Feindkontakt nicht aufzufinden. Die US-Truppeneinheit zerstörte schließlich das gesamte Dorf, woraufhin die Militärbehörden bis 1969 diesen Zwischenfall verschwiegen. Offiziell gab man an, erfolgreich ein Guerillanest niedergeschlagen zu haben, was von den Medien ohne weiteres übernommen wurde. Durch Recherchen und Zeugenaussagen rollte der freie Journalist Seymour Hersh die verschwiegene Militäraktion jedoch 1969 wieder auf und schrieb dazu einen Bericht in einer kleinen Washingtoner Nachrichtenagentur. Hinzu kam, dass der US-Militärfotograf Ron Haeberle Bilder zu dem Massaker, bei dem er zugegen gewesen war, am 20. November 1969 in einer amerikanischen Lokalzeitschrift veröffentlichte. (vgl. Elter, 2005, S. 151f.) Ein Bericht zur Militäruntersuchung dazu wurde im März 1970 vorgelegt, allerdings wurde er erst im November 1974 veröffentlicht. Nach Hershs Bericht und den Fotos von Haeberle brachte das Wochenmagazin Life am 19. Januar 1970 ebenfalls einen

Bericht zu dem Vorfall heraus. (vgl. Elter, 2005, S. 152f.) *Life* arbeitete sehr genau die Ereignisse vom 16. März 1969 auf und sparte dabei nicht mit schockierenden Fotos von Haerberle. Der Bericht beinhaltete Augenzeugenberichte von den anwesenden GIs, die sich auch an den kompromisslosen Befehl ihres Kommandanten erinnerten, *My Lai* und alles darin zu zerstören. Auch die anfängliche Vertuschung durch das Militär, nämlich dass man 128 Vietcong getötet hätte, fand hier Erwähnung. Aufgrund von Gerüchten über Zivilopfer gab es sogar eine Untersuchung, die allerdings ohne disziplinarische Maßnahmen beendet wurde. (vgl. Wingo, 1970, S. 16f.) In der Bevölkerung war die Aufregung über die Kriegsverbrechen der US-Soldaten groß, doch nach einer Meinungsumfrage hielten immer noch 49 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner den Bericht für eine Fälschung. (vgl. Elter, 2005, S. 153) In Leserbriefen im *Life* Magazin konnte man daher neben den das Massaker verurteilende Kommentaren auch jene lesen, welche die Gräueltaten der US-Soldaten zu relativieren versuchten. So gaben einige sowohl den Vietnamesen als auch den Medien die Schuld für das Massaker. Darüber hinaus sprachen sich einige Leute dafür aus, dass man nicht alles wissen müsse, was in Vietnam geschah, und befürworteten gleichzeitig den Kurs, den Vizepräsident Agnew gegen die Medien fuhr. (vgl. Life, 1970, 19. 01, S. 26f.) Erstmals auf die Ereignisse in *My Lai* angesprochen, wurde der Präsident bei der Pressekonferenz am 8. Dezember 1969, bei der er betonte, dass man von einem *angeblichen* Massaker ausginge, solange die Schuld der Angeklagten nicht bewiesen sei. Außerdem solle es sich bei dem Vorfall, so der Präsident, um einen Einzelfall gehandelt haben. Um dem entgegen zu wirken, oder vielleicht um davon abzulenken, wechselte er schließlich dazu über, davon zu berichten, was die Amerikaner in Vietnam bisher geleistet, investiert und welche Opfer sie gebracht hätten. Daher sollte dieser eine Vorfall die vorangegangenen Leistungen nicht schmälern. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 1004)

7.3.4. Kambodscha und Laos

Die zweite Invasion Kambodschas im April 1970 fand in den Medien zustimmende oder eher geringe Beachtung. Der Grund hierfür lag vor allem an den Arbeitsbedingungen der US-Journalistinnen und US-Journalisten, die einerseits keine offizielle Akkreditierung für Kambodscha erhielten oder denen andererseits die Einreise von Vietnam nach Kambodscha vom US-Militär untersagt wurde. Auf Druck der USA konnten sogar

kritische Reporterinnen und Reporter, die sich bereits vor der Invasion in Kambodscha befanden, von den ansässigen Behörden ausgewiesen werden. Mit der Bombardierung Kambodschas litt allerdings auch die Vertrauenswürdigkeit der Regierung, die ihren propagierten Kurs der Deeskalation des Krieges nicht einhielt. (vgl. Elter, 2005, S. 155) In der *New York Times* war am 6. April 19670 zu lesen, dass ungefähr vierzig US-Bomber entlang der demilitarisierten Zone an der laotischen und kambodschanischen Grenze 1200 Tonnen an Bomben auf Ziele in Nordvietnam abgeworfen hatten. (vgl. NY-Times, 1970, 06. 04., S. 1) Vier Tage später wiederum berichtete ebenfalls die *New York Times* von einer Aussage des Verteidigungsministeriums, dass amerikanische Militärberater autorisiert wurden, in Kambodscha an Protokollbesprechungen teilzunehmen, allerdings war es ihnen nicht erlaubt, Pläne für militärische Operationen mit den Kambodschanern oder den Südvietnamesen zu besprechen. (vgl. Kamm, 1970, S. 1) In der gleichen Ausgabe wurde unter anderem festgestellt, dass sich dieselbe Situation bereits 1965 zugetragen hatte, als die amerikanischen Berater die Südvietnamesen in ihrem Kampf gegen die Vietcong unterstützten. An der US-Politik hätte sich daher nichts geändert, denn es würde wieder damit beginnen, dass die amerikanischen Soldaten nur das Feuer erwidern dürften, wenn sie angegriffen wurden. (vgl. Halloran, 1970, S. 7)

An seinem Statement zur Situation in Laos merkt man, dass Präsident Nixon vor allem Stimmung gegen Nordvietnam machte, indem er die über die Jahre immer höher werdenden Zahlen der nordvietnamesischen Truppen aufzählte. Den laotischen Kommunisten, den *Pathet Lao*, spricht er dabei eine eher untergeordnete Rolle zu. Obwohl der Präsident angibt, dass das Ziel in Laos weiterhin die Reduzierung der amerikanischen Beteiligung sei und keine Ausweitung des Krieges geplant wäre, entwickelte sich der Verlauf schließlich doch anders als angegeben wurde. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1971, S. 244-249)

Trotz der bereits bestehenden Proteste gegen den vorherigen Einmarsch in Kambodscha erfolgte die spätere Invasion in Laos ohne Bekanntgabe in den Nachrichten. Der Präsident äußerte sich erst am Nachmittag des Tages der Grenzüberschreitung im Fernsehen dazu. Es gab weder Fernsehaufnahmen, noch durften Reporterinnen und Reporter darüber berichten. (vgl. Ellsberg, 1973, S. 173f.) Den mangelnden Erfolg der südvietnamesischen Armee bei der Invasion in Laos verschwieg Präsident Nixon bei der Pressekonferenz am 17. Februar und behauptete, dass die militärische Operation ganz nach Plan verlaufen wäre. Laut General Abrams hätten die Südvietnamesen sogar herausragend gekämpft. (vgl. Public

Papers of the Presidents, 1972, S. 160) Dies unterstrich der Präsident noch in seiner Rede an die Nation am 7. April 1971, als er von erfolgreichen Operationen in Kambodscha und Laos sprach. Zudem konnten die südvietnamesischen Verbündeten auch ohne amerikanische Berater effektiv gegen die besten Truppen Nordvietnams kämpfen. Damit war seiner Ansicht nach die *Vietnamisierung* erfolgreich gelungen. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1972, S. 523)

Nachdem die Bombardierung Nordvietnams wieder aufgenommen wurde, kam bei der Pressekonferenz am 29. Juni 1972 der Vorwurf auf, dass amerikanische Flugzeuge Deiche und Dämme mit Bomben bewarfen. Es wurde daher gefragt, ob diese Bombardierungen wirklich stattgefunden hätten. Obwohl dies durch ausländische Reporterinnen und Reporter als Augenzeugen bestätigt wurde, gab der Präsident an, dass sich solche Anschuldigungen als ungenau erwiesen hätten. Die Vereinigten Staaten würden große Zurückhaltung in ihrer Bombardierungspolitik pflegen und daher, versicherte der Präsident, würden sowohl in der Zukunft als auch in der Vergangenheit nur militärische Ziele bombardiert. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1974, S. 708)

Schließlich kam bei der darauffolgenden Pressekonferenz einen Monat später von einem Reporter der Einwand, dass das Außenministerium zufällige und unbeabsichtigte Schäden durch Bombardierungen bekannt gegeben hätte und was der Präsident darüber wüsste. Nixon referierte daraufhin über die Politik zur Bombardierung von Zivilinstallationen in Nordvietnam, blieb allerdings eine konkrete Antwort schuldig. (vgl. Public Papers of the Presidents, 1974, S. 744f.)

7.3.5. Die Pentagon Papiere

Durch Proteststürme und die wachsende Zahl der Gegner des Vietnamkriegs traten nun auch vermehrt innenpolitische Entwicklungen in den Vordergrund der Berichterstattung. Die Veröffentlichung der *Pentagon Papers* 1971 durch die *New York Times* stellte eine weitere innenpolitische Brisanz in den USA dar und führte zu einer gewaltigen Konfrontation zwischen Regierung und Presse. (vgl. Elter, 2005, S. 156)

Die 1967 vom ehemaligen Verteidigungsminister Robert McNamara in Auftrag gegebene Studie belief sich auf bis zu 7000 Seiten und beinhaltete sowohl umfangreiche Analysen über Entscheidungen der US-Regierung als auch hunderte von internen Regierungsdokumenten. (vgl. Miller, 2016, S. 192) Die Zeitung erhielt vom ehemaligen

Pentagonmitarbeiter Daniel Ellsberg Material über die besagte Studie und die darin enthaltenen Entscheidungsabläufe der US-Regierung während des Vietnamkonflikts. Das Dokument enthüllte dabei ganz klar das Ausmaß der Täuschungs- und Geheimhaltungsstrategie der Kennedy- und Johnson-Regierung. Allerdings wurden die *Pentagon Papers* vor der Veröffentlichung redaktionell überarbeitet und militärisch relevante Dokumente weggelassen, um nicht als unverantwortlich und unpatriotisch zu gelten. (vgl. Elter, 2005, S. 157)

Ellsberg war klar, dass er mit der Veröffentlichung dieser Geheimdokumente den Krieg nicht beenden konnte, aber er hatte die Hoffnung, dass zumindest Anhörungen im Kongress stattfinden würden. Seiner Ansicht nach hätte Präsident Nixon seine geheime Politik dadurch nicht mehr länger vor öffentlichen Debatten oder skeptischen Äußerungen schützen können. Die Studie unterstützte schließlich die Anschuldigungen Ellsbergs, dass nicht nur Nixon, sondern auch seine vier Vorgänger den Kongress und die amerikanische Bevölkerung getäuscht hatten. (vgl. Miller, 2016, S. 195) Es ging vorwiegend darum, die politischen Aspekte der Studie aufzuzeigen, doch die Nixon Regierung versuchte dennoch dagegen vorzugehen, indem sie damit argumentierte, dass die Veröffentlichung gegen die nationale Sicherheit verstieß. Da es sich allerdings um Quellen über eine zurückliegende Zeitspanne handelte, hatten die Argumente der Regierung zu wenig Rückhalt. Vielmehr wollte die Regierung die inneren Entscheidungsabläufe nicht transparent machen, um die eigene Autorität nicht zu gefährden. (vgl. Elter, 2005, S. 158)

Viele Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner sahen jedoch den Beweis dafür erbracht, dass die US-Intervention in Vietnam unmoralisch war und die US-Führung die Öffentlichkeit über die wahren Gründe ihrer Entscheidungen belogen hatte. (vgl. Miller, 2016, S. 192)

Der fünftägige Prozess der Regierung der Vereinigten Staaten gegen die *New York Times* und die *Washington Post* fiel schließlich zugunsten der Zeitungen aus. Dabei drängte sich vor allem eine Frage in den Vordergrund, nämlich ob die Interessen der nationalen Sicherheit über den Werten der Meinungs- und Pressefreiheit standen. (vgl. Elter, 2005, S. 160)

Ellsberg wurde durch seine aktive Rolle bei der Veröffentlichung der *Pentagon Papers* für die Nixon Regierung zu einem der schlimmsten Gegner erhoben und damit Ziel einiger Aktionen der vom Weißen Haus beauftragten *Plumbers*, die für den Einbruch im Watergate Hotel verantwortlich waren. In der Hoffnung, brisantes Material gegen Ellsberg zu finden, ließ Nixon sogar die Praxis dessen früheren Psychoanalytikers durchsuchen. (vgl. Klein, 2011, S. 277) Die Nixon Tapes dokumentierten dazu Gespräche zwischen dem

Präsidenten und seinem Berater. So sagte Nixon am 29. Juni 1971 zu seinem Mitarbeiter Colson, dass es gut wäre, wenn er Ellsberg in Verbindung mit einigen kommunistischen Gruppen bringen könnte. (vgl. Kutler, 1997, S. 6) Ein Gespräch mit seinem Berater Ehrlichman am 8. September 1971 handelte von einer kleinen geheimen Operation bezüglich Ellsberg. Ehrlichman fügte noch hinzu, dass es für den Präsidenten wohl besser wäre, er wüsste nichts darüber. (vgl. Kutler, 1997, S. 28) Genau ein Jahr später, am 8. September 1972, verlangte Nixon von seinem Stabschef Haldeman, dass dieser ein Memorandum über die zwanzig einflussreichsten und böartigsten Reporterinnen und Reporter und Fernsehleute in Washington zusammenstellen sollte. Der Titel dazu sollte lauten: *Things that we'd like to forget they said*. (vgl. Kutler, 1997, S. 135)

Mit der Veröffentlichung der *Pentagon Papers* stieg natürlich der Druck auf die Regierung, den Vietnameinsatz zu beenden, allerdings veranlasste er sie nicht dazu, die Pressepolitik transparenter zu gestalten, sondern sogar noch weiter einzuschränken. Der Abzug der US-Truppen wurde von den US-Medien dennoch als Erfolg der Nixon-Regierung gefeiert. Bei den Friedensverhandlungen in Paris 1973 schaffte es die US-Regierung schließlich ein letztes Mal, eine Fehlinformation an die Medien weiter zu geben, indem sie zu verstehen gab, dass die nordvietnamesische Regierung Südvietnam als souveränen Staat anerkannte, was eben nicht der Fall war. (vgl. Elter, 2005, S. 162)

Der AP-Reporter Peter Arnett formulierte in seinen Erinnerungen treffend, dass die Arbeit der Reporterinnen und Reporter immer im Licht der Öffentlichkeit stand. Die Unverantwortlichkeit, die ihnen von Kritikerinnen und Kritikern stets vorgeworfen wurde, hätte sich ebenfalls im Nachhinein bewahrheiten müssen, was sie nicht tat. Die Untersuchungen, die diesbezüglich eingeleitet wurden, um die Presse zu verunglimpfen, und die Versuche, die Vietnamkriegs-Berichterstattung zu beeinflussen, ließ die politische Führung sogar so weit gehen, das FBI und die CIA hinzuzuziehen. Das Fazit ist schlussendlich, dass die Auseinandersetzungen rund um den Vietnamkrieg nicht nur dem Ansehen der Soldaten schaden, sondern auch dem der Kriegsberichterstatte(r)innen und Kriegsberichterstatte(r). (vgl. Arnett, 1994, S. 377f.)

8. Resümee

Pressepolitisch setzte der Vietnamkrieg den Weg der in der Vergangenheit geführten Kriege fort. Schon vor dem Eintritt der Amerikaner in den Südostasienskonflikt ließ sich eine immer restriktivere Medienpolitik während Kriegseinsätzen feststellen. Auch wenn die US-Regierung in den Kennedy-Jahren diese noch nicht so offensichtlich praktizierte, wurden gewisse Einschränkungen für die Presse dennoch in die Wege geleitet. Unter der Kennedy-Regierung war man noch darauf bedacht, eine gute Beziehung zu den Medien aufzubauen. Die politische Führung war sich sehr wohl bewusst, welchen Einfluss die Medien auf die Meinungsbildung der Bevölkerung hatte. Allerdings wollte man den Journalistinnen und Journalisten auch nicht freie Hand lassen, weshalb man einerseits an den guten Willen der Medien appellierte, aber andererseits auch Anweisungen zum Umgang mit der Presse herausgab. So war die Rede Kennedys vor der *American Newspaper Publisher's Association*, bei der der Präsident an die Selbstverantwortlichkeit der Presse appellierte, die eine Seite, während man sich mit der Herausgabe des *Cable 1006* und der darin beinhalteten Richtlinien gegenüber der Presse keinen Gefallen tat. Einschlägige Ereignisse wie die Buddhistenkrise oder die Niederlage bei *Ap Bac* wurden zwar in den Medien thematisiert, schädigten jedoch bei weitem nicht so sehr das Ansehen der Regierung, wie es spätere Berichte taten. Eine Aufteilung der Reporterinnen und Reporter in unterschiedliche Lager, nämlich der Kriegsbefürworterinnen und Kriegsbefürworter und der Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, bildete sich allerdings schon zu der Zeit heraus.

Die nachfolgende Johnson-Regierung hatte anfangs Ambitionen, ein gutes Verhältnis zu den Medien weiterzuführen. Der Regierung ging es dabei vor allem darum, positive Nachrichten über den Kriegsverlauf zu verbreiten. Die Beziehung zu den Medien gestaltete sich allerdings schwieriger als gedacht, da man versuchte, gewisse Tatsachen bezüglich der Beteiligung des US-Engagements zu verheimlichen.

Mit dem aktiven Kriegseintritt der USA in den Südostasienskonflikt nach dem Golf von Tonkin Zwischenfall häuften sich unter der Johnson-Regierung die Konfrontationen mit der Presse. Propagandistische Veröffentlichungen wie *Why Vietnam?* oder inszenierte Fernsehaufnahmen regierungstreuer Fernsehsender waren die Strategien der Regierung, um sich das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung zu sichern. Wie unter keiner

anderen Regierung verwies man anhand der *Dominotheorie* immer wieder auf die von Asien ausgehende drohende Gefahr des Kommunismus. Die Weigerung, Stellung zu Bombardierungen zu nehmen oder die Verheimlichung des Einsatzes reizender Gase oder giftiger Chemikalien sorgten allerdings dafür, dass das Vertrauen in die Regierung immer mehr sank.

Ein Bruch erfolgte schließlich, als man den vorher immer wieder als Berater bezeichneten US-Soldaten Bodentruppen folgen ließ, obwohl dies in der Vergangenheit mehrmals dementiert wurde. Auch die von US-Soldaten begangenen Repressalien an der vietnamesischen Zivilbevölkerung in *Cam Ne* sorgten für Empörung in den USA. An die Öffentlichkeit kamen diese Ereignisse durch die Berichterstattung der in Vietnam arbeitenden Journalistinnen und Journalisten. Dadurch gerieten diese allerdings in die Missgunst der politischen Führung, die nun alles daran setzte, kritische Reporterinnen und Reporter zu diskreditieren und mundtot zu machen. Aufgrund seines aufbrausenden Temperaments griff Präsident Johnson sogar persönlich den Chefredakteur von CBS verbal an und verlangte die Entlassung einer seiner Journalisten. Überwachungen durch das FBI, der Verlust von Akkreditierungen und Verleumdungen waren schließlich die Folgen für einige kritische Reporterinnen und Reporter.

Die Tet-Offensive brachte jedoch die Wende, da es der Regierung hier nicht mehr möglich war, sich auf die schlechte Berichterstattung der Medien auszureden. Um Schadensbegrenzung zu betreiben wollte man zwar der amerikanischen Bevölkerung weismachen, immer noch *alles unter Kontrolle* zu haben, aber aufgrund diverser Fernseh- und Zeitungsberichte wurde die Bevölkerung eines anderen belehrt. Nachdem sich schließlich auch der populäre Fernsehjournalist Walter Cronkite öffentlich gegen den eingeschlagenen Kurs der Regierung bekannte und die Kritiken von allen Seiten unüberhörbar wurden, hoffte man mit einem Wechsel der politischen Führung der Misere ein Ende zu bereiten.

Mit dem Versprechen, den Vietnamkrieg zu beenden, die US-Soldaten nach Hause zu holen und den Krieg nicht weiter auszuweiten, startete die Nixon-Regierung recht vielversprechend in eine neue Amtsperiode. Doch innerhalb des ersten Regierungsjahres wurde schnell klar, dass die US-Regierung sowohl außenpolitisch als auch pressepolitisch neue Wege beschritt. Mehr denn je wurden die Nachrichtenmedien attackiert und als Feinde der Gesellschaft bezeichnet. Trotz der guten Kontakte von Außenminister Kissinger zu ausgewählten Pressevertreterinnen und Pressevertretern und dem Rückhalt einiger

regierungstreuer Nachrichtenmedien initiierte man eine Art Pressekontrolle in Form der *Federal Communication Commission* (FCC) und übte damit zusätzlich Druck auf die Medienvertreterinnen und Medienvertreter aus. Es folgte eine klare Einteilung in eine *gute* und eine *böse* Presse, die sich nicht zuletzt so äußerte, dass einige Nachrichtenmedien wie die *New York Times* oder die *Washington Post* bewusst ausgeschlossen wurden.

Entgegen den Versprechungen wurde der Vietnamkrieg auf die Nachbarländer Laos und Kambodscha ausgeweitet man rechtfertigte dies mit der Begründung, den Krieg damit beenden zu wollen. Obwohl man einen vor der Öffentlichkeit verborgenen Krieg führen wollte, waren es abermals Journalistinnen und Journalisten, die derartige Verschleierungen der Regierung aufdeckten. Die Folge waren wieder Überwachungen durch das FBI.

Auch das Publik-Werden des im südvietnamesischen Dorf *My Lai* begangenen Massakers durch amerikanische Soldaten sorgte für große Bestürzung in der amerikanischen Bevölkerung. Doch wie bei den Ereignissen in *Cam Ne* richtete sich die Ablehnung auch gegen die Medien und die Journalistinnen und Journalisten, die für die Veröffentlichung solcher schrecklichen Taten verantwortlich waren.

Mit der Veröffentlichung der *Pentagon Papers* wurden schließlich die Entscheidungsprozesse der vorangegangenen Regierungen offengelegt. Da man Rückschlüsse auf das Entscheidungsverhalten der bestehenden Regierung ziehen konnte, versuchte die damalige Nixon-Regierung, weitere Publikationen zu verhindern, was ihr allerdings nicht gelang. Als schlussendlich vier Jahre nach Regierungsantritt, der Vietnamkrieg zu einem Ende gebracht wurde, folgte der endgültige Vertrauensbruch mit dem Einbruch in das Watergate Hotel.

Im Vergleich zu den Regierungen Kennedy und Johnson war die Nixon-Regierung die mit Abstand kompromissloseste Führung bezüglich ihrer Medienpolitik. Während die Kennedy-Regierung noch um ein gutes Klima mit den Medien bemüht war und versuchte, sich mit Einschränkungen zurückzuhalten, ging man unter Nixon auf Konfrontationskurs. Die Johnson-Regierung hingegen verfolgte zwar vielmehr eine Verschwiegenheitstaktik, bediente sich jedoch schon diverser Behörden, um Überwachungen durchzuführen und Desinformationen zu verbreiten. Es ließ sich daher feststellen, dass alle drei Regierungen ganz klar von Verheimlichungsstrategien geprägt waren und verschiedene Formen der Zensur und Informationsunterdrückung ausübten. Anhand der Zeitungsartikel und der Fernsehberichte wurden schließlich auch die Widersprüchlichkeiten der öffentlichen Aussagen und Verlautbarungen der US-Regierung

offenbart. Die Leidtragenden unter allen Regierungen waren jedoch nicht die Nachrichtenmedien in ihrer Gesamtheit, sondern meist Einzelpersonen wie die Journalistinnen und Journalisten.

9. Literatur

Agnew, Spiro Theodore (1970). *Frankly speaking. A collection of extraordinary speeches.* Washington: Public Affairs Press.

Browne, Malcolm (1966). *Das neue Gesicht des Krieges.* Frauenfeld: Verlag Huber.

Büttner, Christian, Gottberg, Joachim von, Metze-Mangold, Verena (Hrsg.) (2004). *Der Krieg in den Medien.* Frankfurt am Main: Campus.

Dominikowski, Thomas (2004). *Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherung an eine unfriedliche Symbiose.* In Martin Löffelholz (Hrsg.) *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S. 59-80). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Durschmied, Erik (2004). *Shooting Wars. Mein Leben als Kriegsreporter zwischen Kuba und Irak.* Wien: Böhlau Verlag

Ellsberg, Daniel (1972). *Ich erkläre den Krieg. Vietnam – Der Mechanismus einer militärischen Eskalation.* München: Carl Hanser Verlag

Elter, Andreas (2005). *Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917-2005.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foggensteiner, Alexander (1993). *Reporter im Krieg. Was sie denken, was sie fühlen, wie sie arbeiten.* Wien: Picus.

Frey, Eric (2004). *Schwarzbuch USA.* Frankfurt am Main: Eichborn.

Frey, Marc (1998). *Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums.* München: Beck.

Hanitzsch, Thomas (2004). Journalisten zwischen Friedensdienst und Kampfeinsatz. Interventionismus im Kriegsjournalismus aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive. In: Martin Löffelholz (Hrsg.) Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert (S. 169-193). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Halberstam, David (1965). Vietnam oder wird der Dschungel entlaubt?. Hamburg: Rowohlt.

Halberstam, David (1974). Die Elite. The Best and the Brightest. Hamburg: Rowohlt.

Halberstam, David (1979). The Powers That Be. New York: Dell.

Hartwig, Stefan (1999). Konflikte und Kommunikation. Berichterstattung, Medienarbeit und Propaganda in internationalen Konflikten vom Krimkrieg bis zum Kosovo. Münster: Lit-Verlag.

Hickthier, Knut (2007). „Der Drang nach Menschen, Unterhaltung, Erleben ist so groß in einem“ – Mediensituationen im zweiten Weltkrieg. In: Matthias Karmasin & Werner Faulstich (Hrsg.). Krieg, Medien, Kultur. Neue Forschungsansätze (S. 105-130). München: Wilhelm Fink Verlag.

Hilsman, Roger (1967). To move a nation. The politics of foreign policy in the administration of John F. Kennedy. Garden City: Doubleday & Company.

Johnson, Lyndon (1965). Toward peace with honor. In Why Vietnam (S. 5-7). o.O.: o.V.

Kail, Floyd Michael (1973). What Washington said. Administration Rhetoric and the Vietnam War: 1949-1969. New York: Harper & Row.

Karmasin, Matthias (2007). Krieg – Medien – Kultur: Konturen eines Forschungsprogramms. In Matthias Karmasin, Werner Faulstich (Hrsg.). Krieg, Medien, Kultur. Neue Forschungsansätze (S. 11-35). München: Wilhelm Fink Verlag.

Kellner, Douglas (2007). Kriegskorrespondenten, das Militär und Propaganda. Eine kritische Betrachtung. In Barbara Korte, Horst Tonn (Hrsg.). Kriegskorrespondenten: Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft (S. 17-38). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klein, Lars (2011). Die „Vietnam-Generation“ der Kriegsberichtersteller. Ein amerikanischer Mythos zwischen Vietnam und Irak. Göttingen: Wallstein Verlag.

Kutler, Stanley (1997). Abuse of Power. The New Nixon Tapes. New York: The free press.

Löffelholz, Martin (1993). Beschleunigung, Fiktionalisierung, Entertainisierung. Krieg (in) der Informationsgesellschaft. In Martin Löffelholz (Hrsg.). Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation (S. 49-64). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Löffelholz, Martin, Trippe, Christian F., Hoffman, Andrea C. (Hrsg.)(2008). Kriegs- und Krisenberichterstattung. Ein Handbuch. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft

Luostarinen, Heikki & Ottosen, Rune (1998). Militär-Medien-Management und Kriegsberichterstattung. Herausforderungen für Journalismus in begrenzten Konflikten nach dem 2. Weltkrieg. In Wilhelm Kempf & Irena Schmidt-Regener (Hrsg.). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. (S. 21-34). Münster: Lit

McNamara, Robert (1965). The task of defense. In Why vietnam (19-23). o.O.: o.V.

Miller, Edward (2016). The Vietnam War. A Documentary Reader. Chichester: Wiley Blackwell

Paul, Gerhard (2004). Bilder des Krieges. Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Paderborn: Schöningh

Porter, William Earl (1976). *Assault on the Media. The Nixon Years*. Michigan: The University of Michigan Press

Public Papers of the Presidents of the United States (1961-1973). John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard Nixon. Containing the public messages, speeches and statements of the president. Washington: United states government printing office

Rusk, Dean (1965). The tasks of diplomacy. In *Why Vietnam* (S. 9-17). o.O.: o.V.

Salisbury, Harrison Evans (1967). *Hinter den feindlichen Linien. Ein Amerikaner in Hanoi*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag

Sheehan, Neil (1992). *Die große Lüge. John Paul Vann und Amerika in Vietnam*. München: Europa Verlag

Sheehan, Neil (Hrsg.) (1971). *Die Pentagon Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges*. New York: Knauer

Staiger, Jan (2004). Selbstorganisation, Nicht-Linearität, Viabilität. Eine konstruktivistisch-sozialsystemische Perspektive auf Kriegsberichterstattung. In Martin Löffelholz (Hrsg.) *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S. 145-168). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vincent, Richard C., Galtung, Johan (1993). *Krisenkommunikation morgen. Zehn Vorschläge für eine andere Krisenberichterstattung*. In Martin Löffelholz (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation* (S. 171-210). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wingo, Hal (1970). The Massacre at Mylai. In: *Life*, Vol. 48, 19. Januar, 16-27

Wise, David (1973). *The politics of lying*. New York: Randon house

Wolf, Dieter (1973). „Präsidenten-Krieg“ in Vietnam. Kompetenzen, Entscheidungsverfahren und Verhalten von Präsident und Kongress im Indochinakonflikt. München: Oldenbourg Verlag

Wöfl, Jan (2005). Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg. Münster: Lit Verlag

9.1. Zeitungsartikel der New York Times

Baldwin, Hanson (1965). U.S. buildup in vietnam to spread like ‚ink blot‘. New York Times (Internationale Ausgabe), (20. 05.), 1.

Beecher, William (1969). Raids in cambodia by U.S. unprotected. New York Times (Microfilm), (9. 05.), 1 und 7

Chapin, Emerson (1965). U.S. marines land to open new base in south vietnam. New York Times (Internationale Ausgabe), (08.05.), 1.

Finney, John (1965). Active U.S. combat role in vietnam is admitted. New York Times (Internationale Ausgabe), (07. 06.), 1.

Halberstam David (1963). Vietnamese Reds in 10-Prong Raid. New York Times (Internationale Ausgabe), (19. 04.), 1.

Halberstam, David (1963). 40 Vietnam Troops and U.S. Sergeant slain by Guerrillas. New York Times (Internationale Ausgabe), (29. 04.) 1.

Halberstam, David (1963). Vietcong downs five U.S. Copters, hits nine others. New York Times (Internationale Ausgabe), (03. 01.), 1.

Halberstam, David (1963). Vietnamese Reds win major clash. New York Times (Internationale Ausgabe), (04. 01.), 2.

- Halberstam, David (1963). Vietnam defeat shocks U.S. aides. New York Times (Internationale Ausgabe), (07. 01.), 6.
- Halloran, Richard (1970). U.S. lets officers enter cambodia. New York Times (Microfilm), (10. 04.), 7.
- Kamm, Henry (1970), Cambodian troops leave embattled border region. New York Times (Microfilm), (10. 04.), 1.
- King, Seth (1965). Saigon now using a nonlethal gas against vietcong. North hit again. New York Times (Internationale Ausgabe), (23. 03.), 1 und 2.
- Langguth, Jack (1965). U.S. paratroopers dig in around bases in vietnam. New York Times (Internationale Ausgabe), (06. 05.), 1.
- Langguth, Jack (1965). U.S. may assume full combat role in vietnam war. New York Times (Internationale Ausgabe), (05. 06.), 1.
- Langguth, Jack (1965). U.S. paratroops open offensive against vietcong. New York Times (Internationale Ausgabe), (30. 06.), 1.
- Lewis, Anthony (1968). Pictures of war arouse revulsion. New York Times (Microfilm), (05. 02.), 16
- Pomfret, John D. (1965). Rusk asserts U.S. is not engaging in gas warfare. New York Times (Internationale Ausgabe), (25. 03.), 1.
- Porter, Russell (1961). President urges press to censor news aiding reds. Partial Text of Kennedy's message to newspaper publishers' group. New York Times (Internationale Ausgabe), (28. 04.), 1 und 4.
- Raymond, Jack (1962). U.S. fears rising in Vietnam war. New York Times (Internationale Ausgabe), (12. 2.), 1 und 3

Raymund, Jack (1966). U.S. Military Chiefs seek to bomb Haiphong port. New York Times (Internationale Ausgabe), (14. 03.), 1 und 2.

Trumbull, Robert (1962). U.S. heavily committed in struggle to save south vietnam. New York Times (Internationale Ausgabe), (23. 7.), 9.

Wicker, Tom (1965). President plans no major change in vietnamstand. New York Times (Internationale Ausgabe), (26. 04.), 1.

o.A. (1965). M'Namara backs saigon on gas. New York Times (Internationale Ausgabe), (24. 03.), 1 und 2.

o.A. (1965). U.S. defends gas as human move. New York Times (Internationale Ausgabe), (23. 03.), 2.

o.A. (1965). Soviet protests on ,poison' gas; U.S. spurns note. New York Times (Internationale Ausgabe), (27. 03.), 1

o.A. (1965). U.S. increase military action in vietnam war. New York Times (Internationale Ausgabe), (03. 04.), 1.

o.A. (1965). 3,500 U.S. troops going to vietnam. New York Times (Internationale Ausgabe), (04. 05.), 1.

o.A.(1966). Humphrey describes role. New York Times (Internationale Ausgabe), (09. 02.), 2.

o.A.(1966). Johnson asserst U.S. has no plans for wider war. New York Times (Internationale Ausgabe), (24. 02.), 1.

o.A. (1968). Gains stressed in Hanoi. New York Times (Microfilm), (02. 02.), 12

o.A. (1970). Saigon's infantry reported to raid foe in cambodia. 2d Day of clashes. New York Times (Microfilm), (06. 04.), 1.

Anhang

Kurzfassung

Das Thema dieser Arbeit ist die Informationspolitik der US-Regierung zur Zeit des Vietnamkrieges. Von besonderem Interesse sind die medienpolitischen Strategien und Handlungen der damaligen amtierenden US-Präsidenten und deren Beraterstab, um Informationen über den Krieg in Südostasien zu ihrem Vorteil zu nutzen bzw. diese auch zu unterdrücken.

Der erste Teil der Arbeit gibt einen geschichtlichen Überblick zur amerikanischen Phase des Vietnamkrieges und setzt sich mit der Wechselbeziehung zwischen Krieg und Medien auseinander. Neben einem Querschnitt über die Medienlandschaft der damaligen Zeit beinhaltet dieser Teil auch allgemeine Hintergrundinformationen zur Profession der Kriegsberichterstatteerin und des Kriegsberichterstatters.

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich schließlich mit der Veränderung der Informationspolitik der damaligen amtierenden Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon. Dabei werden die Konfliktsituationen zwischen der US-Regierung und den Medien anhand von Beispielen aufgezeigt. Der Fokus liegt dabei vor allem auf der Sichtbarmachung der Diskrepanz zwischen der von der Regierung und den Medienvertreterinnen und Medienvertretern veröffentlichten Informationen. Diese Unterschiede werden durch Gegenüberstellungen von offiziellen Verlautbarungen und Zeitungsberichten deutlich gemacht. Dabei ließ sich feststellen, dass die Medienpolitik aller drei Regierungen von Verheimlichungsstrategien geprägt war und verschiedene Formen der Zensur und Informationsunterdrückung ausgeübt wurden.

Abstract

The subject of this paper is the information policy of the US government during the Vietnam war. Of particular interest are the media policy strategies und actions implemented by the acting US presidents and their advisory staff at that time to use information about the war in Southeast Asia to their advantage or to supress it altogether.

The first part of the paper provides an historical overview of the American phase of the Vietnam War and deals with the interrelationship between war and the media. In addition to a cross-section on the media landscape at that time, this part oft he paper also contains general background information on the profession of war correspondents.

The second part of the paper deals with the change in the information policy of the acting presidents at that time, Kennedy, Johnson and Nixon. The conflict situations between the US government and the media are illustrated by examples. The main focus thereby lies on identifying the discrepancy between the information published by the government and the information published by media representatives. These differences are made clear by contrasting the official statements and newspaper reports. It was observed that the media policy of all three governments was characterized by concealment strategies and the various forms of censorship and information suppression were exercised.